

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 344 =====

Die Anfänge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und die Haltung der Parteien

(Das Unfallversicherungsgesetz 1881–1884)

Von

Dr. Otto Quandt

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

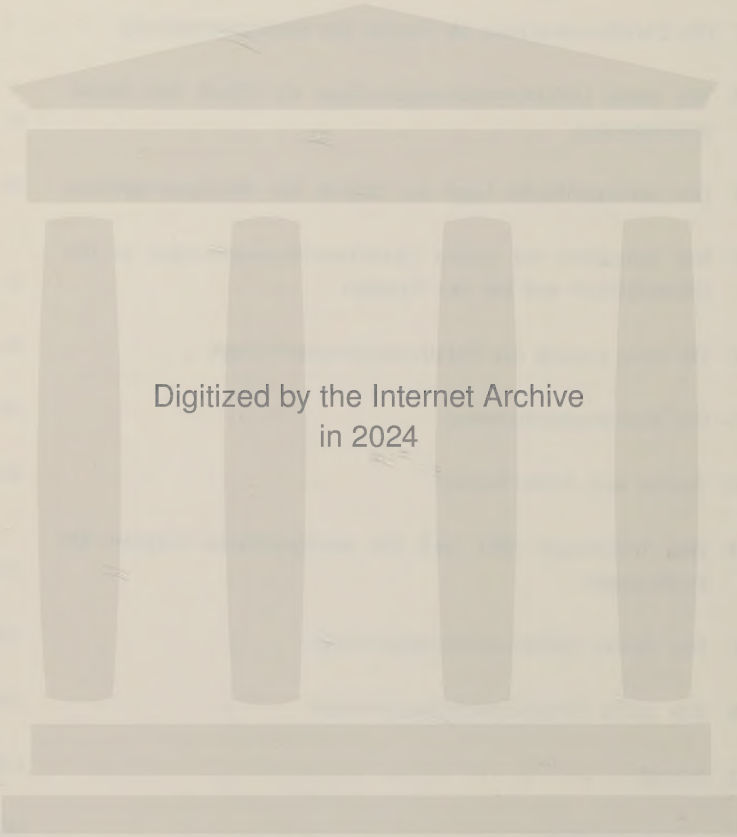
Meinen Großeltern und Eltern

Meinen Großeltern und Eltern

in dankbarer Erinnerung
am 1. April 1900

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	7
I. Die Unfallversicherung als Beginn der Sozialgesetzgebung .	9
II. Die erste Unfallversicherungsvorlage als Glied der Sozial- gesetzgebung	15
III. Die parteipolitische Lage am Beginn der Sozialgesetzgebung	26
IV. Die Aufnahme der ersten Unfallversicherungsvorlage in der Öffentlichkeit und bei den Parteien	31
V. Die erste Lesung der Unfallversicherungsvorlage	40
VI. Die Kommissionsberatung	58
VII. Zweite und dritte Lesung	63
VIII. Der Wahlkampf 1881 und die sozialpolitische Aufgabe des Reichstages	73
IX. Die zweite Unfallversicherungsvorlage	85
X. Die dritte Unfallversicherungsvorlage	93
XI. Schluß	113
Archivalische Quellen	122
Gedruckte Quellen	122
Literatur	124



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Vorwort.

Vorliegende Arbeit, ein Beitrag zur Parteigeschichte und Sozialpolitik, will die Haltung aller deutschen Parteien zum Unfallversicherungsgesetz und damit zu den Anfängen der deutschen Sozialgesetzgebung untersuchen. Sie zieht „eine Art Querschnitt“¹, geht also nicht ideen- oder entwicklungsgeschichtlich vor, sondern sie nimmt ihren Ausgangspunkt vom parlamentarischen Kampffeld, auf dem die staatliche Sozialpolitik ihren gesetzlichen Niederschlag fand. Nur durch eine solche Methode wird sich erkennen lassen, wie weit die Parteien bestrebt sind, sich als Machtfaktoren durchzusetzen, und wie weit ideelle oder prinzipielle Beweggründe die politische Haltung bestimmen. Das „Zeitalter“ der Parteien und Parteikämpfe liegt hinter uns. Wir gewinnen mehr und mehr Abstand, können die gesamtpolitischen Zusammenhänge klarer überschauen und von einem weiteren Blickfeld aus die politischen Bedingtheiten der Parteien beurteilen. Ebenso werden wir das Ringen Bismarcks um den inneren Ausbau des Reiches und die sozialpolitischen Auseinandersetzungen mit oder gegen die Parteien besser begreifen, wo wir heute in einem tiefen sozialen Umbruch, in einem Kampf um eine neue Volksordnung stehen.

Es erwies sich als notwendig, auf die Entstehung der Regierungsvorlagen einzugehen, um die Prinzipien und Zielsetzungen der staatlichen Sozialpolitik herauszuarbeiten und die Spannungen zwischen Reichstag und Bismarck aufzuzeigen; denn Bismarck war und blieb als schöpferische und treibende Kraft der sozialen Reformen der eigentliche Gegenspieler der Parteien. Da die Sozialpolitik im Rahmen der staatlichen Gesamtpolitik aufgeworfen wird, so sollen nur die grundsätzlichen

1. Vgl. W. Mommsen: Zur Methodik der Parteigeschichte. Hist. Ztschr. Bd. 147, 1933. Bismarcks Sturz und die Parteien. Berlin-Leipzig. 1925. S. 15.

sozialpolitischen Probleme der Unfallversicherung herausgegriffen und rechtliche oder gar versicherungstechnische Fragen nur da berührt werden, wo es sich als unbedingt notwendig erweist. Wenn die Entstehung der ersten Regierungsvorlage und die Haltung der Parteien zu dieser eingehender dargelegt wird, so deshalb, weil es sich um den Anfang der Sozialgesetzgebung überhaupt handelt und sich erst allmählich aus den Auseinandersetzungen bestimmte Richtungen herauschälen, die von den Parteien dann vier Jahre hindurch eingehalten werden. Es erübrigte sich, auf die Entwürfe zur zweiten und dritten Vorlage näher einzugehen, da eine Untersuchung von K. Marzisch² über den Gang der Arbeiten innerhalb der Regierung vorliegt. Die Wechselbeziehungen zwischen Parteien und Regierung und die Zielsetzungen Bismarcks klarzulegen, genügte also.

Das lückenhafte Material erschwert eine erschöpfende Darstellung der Parteipolitik. Akten des Polizeipräsidiums zu Berlin, Stenographische Berichte über die Reichstagsverhandlungen und Zeitungen bilden den Grundstock. Sie lassen zwar die allgemeine politische Linie erkennen, beleuchten jedoch die für die Parteien so bezeichnende Tätigkeit hinter den Kulissen kaum. Erinnerungen, Briefe und Aufsätze führender Politiker und Parlamentarier sind herangezogen, um innere parteipolitische Motive — soweit möglich — aufzudecken.

Herrn Professor Mommsen, unter dessen Leitung die Arbeit als Dissertation in Marburg entstanden ist, möchte ich an dieser Stelle für Hilfe und Rat meinen ergebensten Dank aussprechen.

2. K. Marzisch: Die Vertretung der Berufsstände als Problem der Bismarckschen Politik. Diss. Marburg 1934.

I. Die Unfallversicherung als Beginn der Sozialgesetzgebung.

Bismarck hat die politische Gefahr, die dem jungen Reich durch die soziale Frage drohen konnte, schon frühzeitig erkannt und offenbar schon 1871 die Möglichkeit erwogen, durch staatliche Sozialpolitik größeren Umfanges die sozialistische Bewegung zu hemmen und ihre zersetzende agitatorische Tätigkeit zu zerschlagen. Bereits im November 1871 heißt es in einem Schreiben an Staatsminister v. Itzenplitz: „Nur die Aktion der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalt kann der Verwirrung der sozialistischen Bewegung Halt gebieten, indem sie realisiert, was in den sozialistischen Forderungen berechtigt erscheint und mit der Staats- und Gesellschaftsordnung vereinbar.“¹

Zu umfassenden sozialen Maßnahmen war es jedoch damals von staatlicher Seite nicht gekommen, weil außenpolitische Fragen, wirtschaftlicher Ausbau und nicht zuletzt der Kulturkampf die Arbeiterfrage zurückdrängten oder überdeckten. Das liberale Wirtschaftssystem, die zunehmende Industrialisierung und der aufstrebende Kapitalismus offenbarten bald ihre Schattenseiten. Trotz eines scheinbaren wirtschaftlichen Aufblühens brach die soziale Frage stärker hervor; sie beschäftigte wissenschaftliche und industrielle Kreise, erfaßte die Parteien und führte durch die sozialdemokratische Agitation innerhalb der Arbeiterschaft selbst zu einem stärkeren Bewußtsein ihrer sozialen und politischen Stellung.

Die soziale Frage durchdrang mehr und mehr alle Schichten staatlichen und volklichen Lebens und wurde damit im höchsten Sinne zu einem staatspolitischen Problem. Sofern der Staat sich seiner sozialen Aufgabe und politischen Berufung bewußt blieb, mußte er sich einmal mit der Arbeiterfrage auseinandersetzen. Überdies lag es im eigensten Interesse des Staates,

1. Schreiben Bismarcks an Staatsminister v. Itzenplitz v. 17. Januar 1871. Ges. Werke Bd. 6c S.10.

ein weiteres Aufbrechen sozialer Gegensätze und eine gefährdrohende Zerrissenheit im Volke zu unterbinden, um die sozialrevolutionäre Agitation, die auf die Unzufriedenheit der Massen rechnete, zu bannen oder gar zu überwinden.

Das Sozialistengesetz war nur eine einseitige, abwehrende Maßnahme. Es zwang geradezu jene 1871 von Bismarck angeordnete sozialpolitische Aktion in Angriff zu nehmen, um neben den zwar scharfen, aber nur äußeren Druckmitteln zu einer schöpferischen, ergänzenden Politik überzugehen. Bismarck hat diese notwendige, innere Ergänzung seiner Politik nie verkannt und darauf hingearbeitet, „die Gefahren, welchen durch die regressiven Maßregeln jenes Gesetzes entgegengetreten werden sollte, auch durch positive, auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gerichtete Maßnahmen zu bekämpfen“².

Die Parteien hatten diesen Standpunkt teils aus taktischer, teils aus prinzipieller Einstellung heraus ebenfalls vertreten, aber eigentlich vergeblich versucht, wie Reichspartei und Zentrum, durch Anträge, die sich mit der Arbeiterversicherung und dem Arbeiterschutz befaßten, der Sozialpolitik neuen Anstoß zu geben. Die Regierung wies diese sozialpolitischen Anregungen nicht ab, aber sie zögerte und hielt hin. Bei der tiefen Verwurzelung der sozialen Frage im Staats- und Volksleben mußten solche einzelnen, oft nur von parteipolitischem Gesichtspunkt ausgehenden Vorstöße notwendig Flickwerk bleiben. Und die Arbeiten innerhalb der Regierung, wie im Handelsministerium unter Staatsminister Hofmann und dem Sachbearbeiter Lohmann, ließen deutlich genug erkennen,³ daß bald mangelnde Erfahrung, bald Meinungsverschiedenheiten hemmend einwirkten und daß ohne einen festen politischen Willen zur Gestaltung die umfassende sozialpolitische Aufgabe nicht bewältigt werden konnte.

Wenn Bismarck sich erst 1880 zu einer grundlegenden Sozialpolitik entschloß, so sind das hinhaltende Warten und die Auslösung des Entschlusses nur im Rahmen seiner Gesamtpolitik

2. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

3. Vgl. F. Hellwig: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg. Heidelberg 1936. S. 215 f.

zu deuten. Gedanken, einer Lösung der sozialen Frage durch eine „Arbeiter-, Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversorgung näher zu kommen“,⁴ finden sich bereits 1877 und beschäftigen den Kanzler auch 1879 noch, ohne jedoch greifbare Gestalt anzunehmen. Vermutlich wurde Bismarck nicht nur durch das Sozialistengesetz von einer Initiative abgehalten, wenn er auch in einem Immediatbericht seinen Entschluß damit begründete, daß es an der Zeit sei, dieser Aufgabe näher zu treten, „nachdem die äußeren Ausschreitungen der Sozialdemokratie für jetzt beseitigt sind“. ⁵ Um staatlich gebundene und staatlich orientierte Sozialpolitik treiben zu können, bedurfte es einer breiten, geeigneten Grundlage, die erst der Abbruch der liberalen Ära und der damit verbundene innerpolitische Wandel brachte. Von hier aus gesehen, fügt sich die soziale Gesetzgebung nicht nur der Gesamtpolitik ein, sondern sie bedeutet gleichzeitig eine Frontverlängerung und ein Vorantreiben des neuen innenpolitischen Kurses.

Über die Schwierigkeiten der Aufgabe täuschte sich Bismarck keineswegs hinweg. Er war sich bewußt, daß die Lösung der Arbeiterfrage „einer jahrelangen ernsten Arbeit bedürfe“, „vielleicht niemals zu vollem und definitivem Abschluß gelangen“ würde und daß es sich gegenwärtig nur darum handeln könne, „einen Anfang damit zu machen“. ⁶ Bismarck stellte aus dieser Erkenntnis heraus keinen geschlossenen, fest umrissenen Plan auf, sondern er deutete eine weitausgreifende Planung an, in der die Unfallversicherung vorläufig als Ansatzpunkt diene, die soziale Frage von einer Seite her aufzurollen und praktisch anzupacken, ohne gleich „das ganze Feld, welches mit diesem Entwurf betreten wird“, ⁷ fest abzustecken. Ein solches Vorgehen entsprang einem klaren Erfassen und Abschätzen der politischen Wirklichkeit; es war elastisch und ließ Raum genug,

4. Schreiben an Staatsminister v. Achenbach v. 10. August 1877. Ges. Werke Bd. 6c, S. 84.

5. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

6. a. a. O.

7. Erlaß an Tiedemann v. 16. November 1880. RA. A. V. 2 Bd. 1. (Abschrift) Abgedr. auch in: Ges. Werke Bd. 6c, S. 200 f.

je nach den realpolitischen Gegebenheiten weitere Bausteine aufzuschichten. Bismarck war sich klar, daß es unmöglich sein konnte, „sofort etwas Vollkommenes und Erschöpfendes“⁸ zu gestalten, betrat man doch — wie er sogar noch 1883 gestehen mußte — „eine terra incognita an der Hand der Theorie allein“.⁹ Erfahrung, Unterlagen und brauchbare Statistiken fehlten; aber alle zu erwartenden Hindernisse konnten ihn nicht abhalten, einmal die „Bebauung“¹⁰ des Feldes einzuleiten, und „zunächst die Sache in Fluß zu bringen“.¹¹

Es ist den Anregungen des rheinisch-westfälischen Montan-industriellen Baare mit zu verdanken, daß Bismarck sich kurz entschlossen der Unfallversicherung zuwandte und die Vorarbeiten für die Alters- und Invalidenversorgung zurückstellte, ohne jedoch innerhalb seiner Planung auf sie zu verzichten.¹² Baare hatte am 30. April 1880 dem Staatsminister Hofmann eine Denkschrift, ein „Promemoria betreffend Versicherung der Arbeiter gegen Unfall und Beschädigung . . .“ übergeben,¹³ worauf sich eine Vermittlung zum Kanzler anbahnte. Mit seiner Denkschrift traf der Industrielle auf günstigen Boden, denn innerlich war Bismarck schon längere Zeit zu praktischen sozialen Maßnahmen bereit. Baares Vorschläge halfen einen Entschluß auslösen und erleichterten ein Vorgehen, weil sie auf ein Gebiet verwiesen, wo die greifbarsten Anhaltspunkte vorhanden waren und wo es gleichzeitig „einem besonders dringlichen Bedürfnisse“ abzuhelfen galt, „ohne auf allzu große Schwierigkeiten zu stoßen“.¹⁴

Das 1871 unter liberalem Einfluß entstandene Haftpflichtgesetz hatte wegen seines privat-rechtlichen Charakters oft zu

8. a. a. O.

9. Randbemerkung Bismarcks, Nov. 1883. RA. A. V. 2 Bd. 10 Bl. 228.

10. Erlaß an Tiedemann, a. a. O.

11. Schreiben an Staatsminister v. Boetticher v. 23. November 1880. RA. A. V. 2 Bd. 1 Bl. 57.

12. „Die Beschränkung enthält nicht notwendig den Verzicht auf weitere Ziele . . .“ Begründung zum Unfallversicherungsgesetz. Sten. Ber. 1881 Bd. 3, Aktenstück Nr. 41.

13. Th. Baare: Die Anfänge der deutschen Sozialgesetzgebung. Gelbe Hefte 1934, Nr. 9 S. 553.

14. Immediatbericht v. 11. Januar 1880. GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

Prozessen und damit zu Unstimmigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter geführt. Schon Lohmann hatte an einer Ergänzung und Erweiterung des Haftpflichtgesetzes gearbeitet, aber keine rechte Zustimmung gefunden.¹⁵ „Gegen Alles was sich unter ‚Verschärfung‘ der Haftpflicht präsentiert, hat Bismarck einen Widerwillen oder vielmehr Grimm“,¹⁶ schrieb er seinem Freunde Wyneken. Denn Bismarck verwarf eine Reform der Haftpflicht; er suchte eine neue Grundlage für die Arbeiterversicherung zu gewinnen und nahm daher Baares Denkschrift dankbar auf.

Nachdem im August in einer vertraulichen Besprechung das Staatsministerium über den Plan unterrichtet war,¹⁷ ging Bismarck mit aller Tatkraft daran, Grundzüge für einen Gesetzentwurf herauszuarbeiten. Es entsprach dabei seinem Wesen, daß er nicht von einer der herrschenden sozialpolitischen Anschauungen oder einer der volkswirtschaftlichen Theorien ausging, sondern mit Männern der Praxis wie mit Baare, später mit dem Chemnitzer Oberbürgermeister André und dem Direktor G. Molt¹⁸ Verbindung anknüpfte. Konnte man nicht gerade aus diesen Kreisen Erfahrung sammeln und Anregung schöpfen, da Vorbilder oder feste Anhaltspunkte so gut wie nicht vorhanden waren? Lohmanns Klage, daß sich der Fürst „mit allen möglichen Subjekten“ unterhalte und schließlich die Kommerzienräte mehr Einfluß als die Regierungsräte erhalten würden,¹⁹ ist deshalb gewiß ungerecht und nur daraus zu verstehen, daß der Geheimrat an einer Reform der Haftpflicht festhielt. Überdies beauftragte Bismarck nach einer Unterredung am 18. September nicht nur Baare, seine Denkschrift zu einem Gesetzentwurf auszubauen, sondern auch Lohmann wurde angewiesen, ebenfalls „unter Verweisung auf Baares Denkschrift“²⁰ eine Vorlage einzureichen. Bismarck ließ also von einer gemeinsamen Grundlage zwei Arbeiten vorantreiben, um durch gegenseitige Ergän-

15. Vgl. F. Hellwig a. a. O. S. 223.

16. Lohmann an Wyneken 23. Oktober 1880. RA.Nachl. 39 AI 2b.

17. Vgl. F. Hellwig a. a. O. S. 224.

18. Vgl. RA.A.V. 2 Adh. 1 Bd. 1, 2.

19. Lohmann an Wyneken 23. Oktober 1880. RA.Nachl. 39 AI 2b.

20. a. a. O.

zungen einen möglichst geschlossenen Entwurf vorlegen zu können, denn die „Neigung der Opposition, Lücken zu finden“,²¹ kannte er nur zu gut.

Als Bismarck im September 1880 persönlich das Preußische Handelsministerium übernahm und sachliche Ressortarbeit mit politischer Führung vereinte, erhielt die Sozialgesetzgebung einen letzten Anstoß. Im November wurde auf Bismarcks Anregung²² noch eine Abteilung für wirtschaftliche Gesetzgebung im Reichsamt des Innern errichtet, um eine straffere Zusammenfassung aller Kräfte zu erreichen und den reichseinheitlichen Charakter der Sozialreform zu unterstreichen. Die Arbeiten sollten „unter der Firma der Reichsabteilung“ vorläufig nebenamtlich von den bisherigen Referenten im preußischen Handelsministerium fortgeführt werden, weil jeder neue Mitarbeiter doch nur neue Ansichten bringen würde.²³

Nach Fühlungnahme mit industriellen Kreisen²⁴ konnte Baare seinen Entwurf am 5. November nach Friedrichsruh senden und am 9. November Motive zu demselben folgen lassen.²⁵ Bismarck betrachtete Baares Entwurf wohl nur als nützliche Ergänzung und als Vergleich für die amtlichen Arbeiten, denn schon im Oktober hatte er eine Vorlage Lohmanns „sehr beifällig“ aufgenommen.²⁶ Als er am 16. November beide Entwürfe überarbeitet nach Berlin zurücksandte, wies er in einem Begleitschreiben ausdrücklich darauf hin, daß „in dubio, wo beide unvereinbar“, an dem amtlichen festzuhalten sei.²⁷ Lohmanns umgeänderten Entwurf hatte der Kanzler bereits am 21. November

21. Erlaß an Tiedemann v. 16. November 1880. RA.A.V. 2, Bd. 1.

22. Immediatbericht v. 12. Oktober 1880. Ges. Werke Bd. 6c S. 198.

23. Erlaß an Tiedemann v. 16. November 1880. RA.A.V. 2 Bd. 1 Bl. 32.

24. Vgl. Th. Baare a. a. O. S. 557.

25. RA.A.V. 2 Adh. 1 Bd. 1 Bl. 91.

26. Lohmann an Wyneken 23. Oktober 1880. RA. Nachl. 39 AI 2b.

27. Erlaß an Tiedemann a. a. O. Th. Baare a. a. O. erwähnt die Tätigkeit Lohmanns überhaupt nicht. Selbst wenn man die Mitarbeit des Industriellen anerkennend berücksichtigt, so ist das Urteil, Bismarck u. Baare hätten „in gemeinsamer mühevoller Arbeit dieses Werk geschaffen und so die Grundlage zu dem gewaltigen Friedenswerk gelegt“, ungerechtfertigt, zum mindesten übersteigert. S. 560.

wieder in Händen.²⁸ Bismarck, der auf einen endgültigen Abschluß gedrängt hatte, stimmte zu und schlug nur aus „stilistischen Gesichtspunkten“ eine Umstellung vor.²⁹

Am 30. November 1880 wurde der Entwurf „betreffend die Versicherung von Arbeitern gegen Unfälle“ zu vertraulicher Kenntnisnahme³⁰ dem preußischen Staatsministerium und den Bundesregierungen übermittelt und dabei die Absicht geäußert, den noch zu bildenden Volkswirtschaftsrat, der ja im wesentlichen „ein technischer Beirat des Kaisers“³¹ sein sollte, ebenfalls zur Beratung heranzuziehen. Die Änderungen, die die einzelnen preußischen Ministerien, der Volkswirtschaftsrat und schließlich der Bundesrat vorschlugen, betrafen nur praktische Detailbestimmungen, berührten also den grundsätzlichen Aufbau der Arbeiterversicherung nicht.

Mit den Parteien mußte dagegen ein Kampf um diesen grundsätzlichen Aufbau und um das innere Prinzip der sozialen Planungen überhaupt entbrennen, wenn diese noch reale Machtfaktoren waren oder als solche gelten wollten. Denn Bismarck hatte mit der Unfallversicherungsvorlage nicht nur die soziale Frage aus dem Bereich theoretischer Diskussionen gelöst, sondern gleichzeitig die sozialpolitische Führung dem Staat übertragen.

II. Die erste Unfallversicherungsvorlage als Glied der Sozialgesetzgebung.

Inhalt und Form der Arbeiterversicherung entstammen nicht ausschließlich Bismarcks Gedankengut, aber dadurch, daß er die Zielsetzungen bestimmte und die politische Ebene festlegte, ist er als der eigentliche Schöpfer der Sozialgesetzgebung anzuzählen.

28. Übersandt mit einem Begleitbericht an Bismarck am 23. November 1880. RA.A.V. 2 Bd. 1.

29. Schreiben an Staatsminister v. Boetticher v. 30. November 1880. RA.A.V. 2 Bd. 1 Bl. 57.

30. Schreiben an die preuß. Minister v. 30. November 1880. RA.A.V. 2 Bd. 1 Bl. 156.

31. K. Marzisch: Die Vertretung der Berufsstände als Problem der Bismarckschen Politik. Diss. Marburg 1934. S. 22.

sehen. Bismarck ging — unbeeinflusst durch theoretische oder dogmatische Gebundenheit — von der Wirklichkeit der sozialen Frage aus, um dann den engen, rein sozialen Bereich zu durchstoßen und Sozialpolitik von der Ebene des Staates her zu treiben. Immer wieder bewegt sich deshalb sein sozialpolitisches Denken um einen Angelpunkt: um den Staat und das staatliche Gesamtinteresse.

Bismarck nahm von allen Seiten Anregungen auf; er prüfte und verarbeitete Vorschläge, soweit sie dem inneren Prinzip der Sozialreform entsprachen und soweit sie mit den jeweiligen realpolitischen Erfordernissen und vor allem mit seinen staatspolitischen Anschauungen vereinbar waren. Zähl verteidigte er jedoch einmal feststehende Überzeugungen und Grundsätze, von denen ihn auch seine engsten Mitarbeiter nicht abbringen konnten. Lohmann, der erste Referent für die soziale Gesetzgebung, äußerte zwar schon frühzeitig: „...wenn er [Bismarck] einsehen muß, daß er das auf seine Manier nicht fertig kriegt, so wird er am Ende noch froh sein, es auf eine ihm weniger zusagende Manier zu können.“¹

Lohmann unterschätzte nicht nur den zielbewußten politischen Willen des Kanzlers; er verkannte wohl auch, daß die Sozialpolitik fest in der Innenpolitik verwurzelt war und diese genau so wie die Außenpolitik von einem starken Staatsbewußtsein getragen wurde. Der Geheime Rat übersah eben, daß „die Periode der geistreichen Einfälle und großartigen Projekte“,² wie er seinem Freunde gegenüber urteilte, nicht um ihrer selbst willen angebahnt worden war, sondern daß die Sozialgesetzgebung dazu dienen sollte, staatliches Bewußtsein und staatliche Autorität tiefer in der Volksordnung zu verankern.

Bismarck stellte der Sozialreform die aus sozialen Mißständen und materieller Not erwachsene Aufgabe, den Arbeitern durch praktische Maßnahmen zu helfen. Darüber hinaus strebte er aber politische Zielsetzungen an und hob den Staat als das „Richtungsgebende, Objektive“³ heraus. „Soll der

1. Lohmann an Wyneken 23. Oktober 1880. RA.Nachl. 39 AI2b.

2. Lohmann an Wyneken 22. Juni 1882. RA.Nachl. 39 AI2b.

3. F. Lütge: Die Grundprinzipien der Bismarckschen Sozialpolitik. Jhrb. f. Nationalök. u. Statistik. III. Folge 79. Bd. Jena 1931. S. 596.

Gegensatz gegen die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung, in welchen ein großer Teil der Arbeiter geraten ist, überwunden werden, so muß in diesen das Bewußtsein klarer als bisher werden, daß der Staat ihnen nicht nur Pflichten und Lasten, sondern auch Vortheile und Rechte verbürgt."⁴ Die Kluft zwischen Arbeiter und Staat, die ein soziales Unverständnis des Bürgertums und eine staatszersetzende Agitation des marxistischen Sozialismus aufgerissen hatte, sollte durch staatlichen Eingriff ausgefüllt oder wenigstens überbrückt werden.

Eine öffentliche revolutionär-sozialistische Agitation hatte zwar das Sozialistengesetz mit rein mechanischen Mitteln unterbunden, aber im Stillen und unterirdisch wühlten sozialdemokratische Führer weiter. Man verbreitete Flugzettel, sammelte heimlich Geldbeträge, schmuggelte den verbotenen „Sozialdemokraten“ von Zürich über die Grenze und hielt auch hier und da hinter verschlossenen Türen Versammlungen ab.⁵ Schon damals waren es vorwiegend Schriftsteller und Juden,⁶ die mit ihren marxistischen Schlagwörtern den Arbeitern den Traum eines sozialistischen Zukunftsstaates vorgaukelten, sie in Gegensatz zu der bestehenden Staatsordnung brachten und Klassenkampf predigten. Und es wird uns heute wenig überraschen, wenn Polizeiberichte melden konnten, daß Juden aus dem Lager des extremen Liberalismus diese bewußte Irreführung und Blendung mit Geldbeiträgen unterstützt hätten.⁷

Freilich lag die Gefahr eines Umsturzes in weiter Ferne; aber die Umtriebe steigerten sich, nachdem der erste Schrecken des Sozialistengesetzes überwunden worden war.⁸ Als Kanzler trug Bismarck die schwere staatspolitische Verantwortung, die

4. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

5. Vgl. GSTA.Akten d. Pol.-Präs. z. Berlin Nr. 46. Vol. 3. Ebenso Berichte d. Reg. u. Landdr. Nr. 3 Bd. 1; 2.

6. W. Kremer: Der soziale Aufbau des deutschen Reichstages von 1871—1914. Diss. Köln 1934. S. 71.

7. GSTA.Bericht d. Reg.-Präsidioms Breslau v. 2. April 1881. Ebenso Bericht d. Oberpräs. Breslau v. 4. Oktober 1881. Berichte d. Reg. u. Landdr. Nr. 3 Bd. 2; 3.

8. Mandate d. Sozialdemokratie: 1878=9; 1881=12; 1884=24.

ihm gebot, einer weiteren Zersetzung im Arbeitertum vorzubeugen. Als ihm der preußische Gesandte in Dresden, v. Dönhoff, ein Gespräch mit dem König von Sachsen mitteilte, in dem dieser geäußert hatte, bevor man mit sozialer Gesetzgebung beginne, „müsse ein gründliches Studium aller Gründe, die dafür und dagegen sprechen, vorausgehen“, — bemerkte Bismarck sehr drastisch: „unter dessen werden alle Sachsen Social Demokraten; die meisten sind es schon“.⁹ Die Sorge für den inneren Bestand des jungen Reiches trieb also Bismarck zu sozialen Maßnahmen, aber nicht allein um Not und Unstimmigkeiten zu beseitigen, sondern um „auf diesem Wege in den arbeitenden Klassen das Interesse an der Erhaltung und Ausbildung der staatlichen Einrichtungen zu beleben“ und ihnen zu zeigen, daß der Staat „eine auch für sie nicht bloß nothwendige, sondern auch für sie selbst wohlthätige Institution“ sei.¹⁰

Der Arbeiter sollte an den Staat herangezogen werden. Er sollte erkennen lernen, daß der Staat sich seiner sozialen Pflicht bewußt war, „das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern“.¹¹ Der Arbeiter sollte spüren, daß die staatliche Ordnung nicht nur „zum Schutze der besser situirten Klassen“,¹² sondern auch für ihn selbst da sei.

Die Sozialreform war nicht Selbstzweck; sie sollte vielmehr als Mittel dienen, um die staatliche Autorität bewußt herauszustellen und dem Arbeiter ein staatliches Bewußtsein einzuimpfen. Bismarck hoffte die Arbeiter „bei ihrem niedrigen Bildungsstande“¹³ mit Rechten und durch sichtbare Vorteile von der Notwendigkeit der bestehenden Staatsordnung zu überzeugen, sie mit dem Staate auszusöhnen und dadurch der sozialistischen Agitation den Boden zu entziehen. Freilich begreifen wir heute, daß er das keimende politische Bewußtsein im Arbeiter

9. Randbemerkung zu einem Bericht v. 20. Januar 1881. RA.A.V. 2. Adh. 2 Bd. 1 Bl. 138.

10. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinetts.

11. Begründung zum Gesetzentwurf. Sten.Ber. 1881. Bd. 3 S. 228.

12. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. a. a. O.

13. a. a. O.

verkannte oder unterschätzte, und daß „die Plattform einer neuen Weltanschauung, für deren Aufstieg der Kampf hätte gekämpft werden können“,¹⁴ fehlte. Bismarck ging von einer stark ausgeprägten Staatsanschauung aus, und von dieser Ebene her konnte er mit Recht darauf hinweisen, daß es „eine Aufgabe staaterhaltender Politik“,¹⁵ „eine Aufgabe konservativer Politik“¹⁶ sei, einer drohenden politischen Zerrissenheit und sozialen Verwirrung innerhalb des Volkskörpers wirksam entgegenzuarbeiten.

Es wäre demnach verfehlt, die Sozialreform lediglich als Wohlfahrtspolitik zu betrachten¹⁷ oder ihren Charakter ausschließlich nach den praktischen sozialen Tatsachen zu beurteilen. Ebenso wenig wird man ihr einen spezifisch christlich-charitativen Zug beilegen können, wenn auch die Begründung zur Unfallversicherung auf die Pflicht „der Humanität und des Christentums“¹⁸ anspielte und der Kanzler dem Kaiser seine Maßnahmen als Forderungen hinstellte, „welche naturgemäß aus der modernen christlichen Staatsidee“¹⁹ folgten. Bismarcks eigene, christlich gebundene Weltanschauung mag mitgesprochen haben, andererseits aber der Gedanke, daß die Sozialreform durchaus mit einer christlichen Überzeugung harmonierte und daß christlicher Geist tatsächlich und wirksam im Volke vorhanden war.²⁰

Die erste Unfallversicherungsvorlage zeigt am deutlichsten das Bestreben, der sozialen Gesetzgebung ein staatliches Gepräge zu geben und das staatliche Prinzip fest in ihr zu verankern. Lohmann hatte der Vorlage die letzte Form gegeben, ohne mit dem Inhalt und dem Aufbau zufrieden zu sein, da er

14. Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1935 S.189.

15. Begründung zum Unfallversicherungsgesetz. Sten.Ber. 1881 Bd.3 S. 228.

16. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

17. Vgl. die Broschüre v. J. Findel: Des Reichskanzlers Wohlfahrtspolitik und die Demokratie. 1881.

18. Sten.Ber. 1881. Bd. 3 S.228.

19. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA. a. a. O.

20. Vgl. R. Seeberg: Das Christentum Bismarcks. Berlin 1915. S.23.

sie zu mechanisch fand und „das Ding zu viel Angriffspunkte“²¹ bot. Aber Bismarck hatte von Anfang an bewußt darauf hingedrängt, das Haftpflichtgesetz und damit eine privat-rechtliche Lösung der Arbeiterversorgung zu beseitigen, die Unfallversicherung auf den Boden des öffentlichen Rechts zu stellen und durch gesetzlichen Zwang Einrichtungen zu schaffen, „wonach den Arbeitern rechtliche Ansprüche auf ausreichende Unterstützung gewährt werden“ sollte.²²

Der Entwurf stellte die obligatorische Versicherung auf. Und zwar sollten „alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, in Anlagen für Bauarbeiten (Bauhöfen), in Fabriken und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten“,²³ sofern der Jahresverdienst 2000 Mark nicht überschreite, bei „einer von dem Reich zu errichtenden und für Rechnung desselben zu verwaltenden Versicherungsanstalt“²⁴ gegen Unfälle versichert werden.

Eine obligatorische Versicherung für Arbeiter hatte schon der Großindustrielle Stumm in seinen Anträgen im Reichstag gefordert.²⁵ Der Entwurf von Baare hatte ebenfalls das Zwangsprinzip übernommen. Aber die Regierungsvorlage ging darüber hinaus, indem sie eine Reichsversicherung errichtete, die jede Privatversicherung grundsätzlich ausschloß, dagegen „Unternehmern von Betrieben derselben Gefahrenklasse in räumlich abgegrenzten Bezirken“ gestattete, „zum Zweck der Unfallversicherung auf Gegenseitigkeit zusammenzutreten“.²⁶ Die Reichsversicherungsanstalt, die ihren Sitz in Berlin haben sollte, erhielt eine zentrale Stellung und „eine erhebliche politische Bedeutung“²⁷ innerhalb der Arbeiterversicherung. Bismarck folgerte sie einerseits aus dem Zwangsprinzip, „da bei ‚Zwang‘ zur Ver-

21. Lohmann an Wyneken 16. März 1881. RA.Nachl. 38 AI 2b.

22. R. Piloty: Das Reichsunfallversicherungsrecht. Würzburg 1890. Bd. 1 S. 8.

23. Sten.Ber. 1881 Bd. 3 Aktenstück Nr. 41; S. 222.

24. a. a. O. § 13 S. 223.

25. Vgl. F. Hellwig a. a. O. S. 210 ff.

26. Sten.Ber. a. a. O. § 56 S. 227.

27. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

sicherung auch die Sicherheit staatlich verbürgt sein muß",²⁸ und er glaubte andererseits, daß das Reich „wohlfeiler“ versichern würde, „weil kein Gewinn gesucht wird“,²⁹ Die Reichsanstalt sollte Garant für eine gerechte Entschädigung sein; sie sollte gleichzeitig eine Brücke schlagen zwischen Staat und Arbeiter und den staatlichen Charakter der Sozialreform betonen.

Bismarck hatte schon im August 1880 vor dem Staatsministerium im Hinblick auf die Reichstagsverhandlungen geäußert, daß der Reichsversicherung eine grundsätzliche Bedeutung zukäme, „weil es als eine Stärkung der Macht der Reichsregierung erscheine“.³⁰ Bei den Bundesstaaten erregte der reichseinheitliche Zug und die straffe Zentralisation der Versicherung jedoch ebenfalls sofort Bedenken. Sachsen nahm Anstoß,³¹ ebenso Bayern, welches zwar an und für sich einer Reichsanstalt zustimmte, aber wünschte, daß in den einzelnen Bundesstaaten äußere Organe der Reichsversicherungsanstalt nicht errichtet, sondern die Geschäfte „soweit thunlich“ Landesbehörden übertragen würden.³² Bismarck wollte einem solchen Antrag nicht widersprechen, um den ganzen Gesetzentwurf nicht zu gefährden³³ und bemerkte zu einem Bericht des preußischen Gesandten in Dresden: „Reichs- oder Staatseinrichtung ist für den Zweck gleichgültig“.³⁴

Die Reichsanstalt blieb jedoch in der dem Reichstag am 8. März 1881 übermittelten Vorlage enthalten, weil die Bundes-

28. Randbemerkung zu einem Bericht d. preuß. Gesandten in Dresden Graf Dönhoff v. 8. Dezember 1880. RA.A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 128.

29. Randbemerkung Bismarcks zu einem „Promemoria“ d. bayr. Regierung, übersandt v. preuß. Gesandten v. Werthern 31. Dezember 1881. RA.A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 97. Vgl. auch die von Bismarck korrigierten Motive zur Vorlage. Ges. Werke Bd. 6c S. 204.

30. Vgl. F. Hellwig a. a. O. S. 224 f.

31. Bericht d. preuß. Gesandten Graf Dönhoff v. 8. Dezember 1880. a. a. O. Bl. 127 ff.

32. Promemoria d. bayr. Regierung a. a. O. Bl. 96.

33. Werthern wies in seinem Bericht darauf hin, daß die Entscheidung von Einfluß auf Bayerns Haltung zu dem ganzen Gesetz sein könne. „Glaube ich auch“ — bemerkte Bismarck. a. a. O. Bl. 128.

34. Randbemerkung zum Bericht des Grafen Dönhoff v. 8. Dezember 1880. RA.A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 128.

regierungen einsahen, daß nur die größeren Staaten Versicherungsanstalten einrichten, die kleineren sich dagegen Preußen anschließen würden.³⁵ Man war um das eigne Ansehen besorgt und gönnte Preußen nicht das geringste Übergewicht. Bismarck selbst hätte sich mit Reichs- wie Landesanstalten zufrieden gegeben, weil für ihn weniger diese organisatorische Frage, sondern vor allem der Ausschluß jeglicher Privatversicherung von prinzipieller Bedeutung war.

„Nur keine Private mit Dividende und Konkurs.“³⁶ In dieser Losung lag mehr, als nur der sozial-sittliche Gesichtspunkt, daß der Unfall nicht „Gegenstand der Spekulation und Ausgangspunkt der Dividendenverteilung sein sollte“.³⁷ Neben dem straffen, staatlichen Aufbau mußte sich gerade die Ausschließung jeder Privatversicherung gegen das „laissez faire, laissez aller“, gegen die Wirtschaftsauffassung und gegen das individualistische Sozialprinzip der Liberalen richten. Die Regierungsvorlage war von Grund auf antiliberal, weil sie ein öffentlich-rechtliches Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufstellte, eine Zwangsversicherung errichtete und vollends den Staat zum Träger der Organisation stempelte. Gleichzeitig wandte sich die Sozialgesetzgebung gegen den auflösenden, individualistischen Staatbegriff des Liberalismus, wenn sie dazu beitragen sollte, staatliches Bewußtsein im Volke zu vertiefen.

Mit dem Ausschluß der kapitalistischen Privatgesellschaften griff Bismarck über die Arbeiterfrage und über die sozialpolitischen Zielsetzungen hinaus. Er konnte die Ende der siebziger Jahre mit dem wirtschaftlichen Umschwung begonnene politische Linie fortsetzen, indem er die Sozialpolitik benutzte, um die Parteien, die in ihrem politischen Gedankengut mehr oder minder erstarrt waren, in Fluß zu bringen. Gelang es währenddessen, die Arbeiter an den Staat heranzuziehen, dann waren

35. Vgl. Bericht von v. Werthern v. 13. Juni 1881. RA.A.V.2 Adh. 2 Bd. 2 Bl. 174.

36. Randbemerkung Bismarcks zum Bericht des Grafen Dönhoff v. 8. Dezember 1880. a. a. O. Bl. 128.

37. Bismarck bei einer Besprechung des Staatsministeriums. Vgl. F. Hellwig a. a. O. S. 224.

auch die Parteien, vor allem der Liberalismus, entscheidend getroffen.

Wie der Ausschaltung von Privatgesellschaften, so kommt auch dem Staatszuschuß eine umfassende, d. h. prinzipielle und politische Bedeutung zu. Nach dem Gesetzentwurf sollte die Versicherungsprämie zu $\frac{1}{3}$ vom Staat und zu $\frac{2}{3}$ vom Unternehmer aufgebracht werden, wenn der jährliche Lohn des Arbeiters unter 750 Mark lag. Bei einem Verdienst von 750 bis 1000 Mark sollten der Arbeiter selber $\frac{1}{3}$, der Unternehmer die restlichen $\frac{2}{3}$ und bei Jahresverdienst über 1000 Mark beide die Hälfte zur Prämie beitragen. Bismarck hatte anfangs den $\frac{1}{3}$ -Prämienzuschuß den Armenverbänden auferlegt,³⁸ war dann aber Weihnachten 1880, als Lohmann zum Vortrag in Friedrichsruh weilte,³⁹ dazu übergegangen, nicht die Armenverbände, sondern das Reich mit der finanziellen Hilfe für die Ärmsten der Arbeiter zu belasten.

Er begründete es damit, daß die Armenpflege an sich nichts anderes als „Staatsversorgung“ sei, zwar „durch die Gemeinden aber auf Zwang vom Staat“⁴⁰ und daß letzten Endes die Armenlast „in ihrer Gesamtheit keine Gemeinde- sondern eine Staatslast“⁴¹ sei. Die Folgerung, dem Reich deshalb den Zuschuß zu übertragen, konnte als durchaus berechtigt gelten. Sie verschleierte zwar den politischen Hintergrund, der in einem Beitrag an sich und vor allem darin lag, daß der Staat als der Spender hervorgehoben wurde. Jedenfalls war es der ganzen Zielsetzung der Sozialreform nach das Gegebene, wenn der Arbeiter den Vorteil und die materielle Unterstützung spüren sollte, ihm auch das Gefühl einzuprägen, daß der Staat der eigentliche Wohltäter sei.

38. Der erste veröffentlichte Entwurf vom Jahre 1881 belastete die Landarmenverbände, an deren Stelle auch die Bundesregierungen andere Verbände oder den Bundesstaat selbst einsetzen konnten. *Annalen d. deutsch. Reiches*. Jhrg. 1881. S. 99.

39. H. Rothfels: Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik. 1871—1905. Berlin 1927. S. 52. Vgl. F. Hellwig a. a. O. S. 225.

40. Randbemerkung Bismarcks zu den Bemerkungen d. hessischen Regierung, übersandt durch d. preuß. Gesandten v. Alvensleben am 24. Dezember 1880. RA.A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 175.

41. Immediatbericht v. 11. Januar 1881. GSTA. a. a. O.

Etwaige Bedenken, „daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Element eingeführt werde“,⁴² spielten für Bismarck keine Rolle und hielten ihn auch nicht ab, finanzielle Opfer zu bringen, die der inneren Sicherheit der Staatsordnung wieder zugute kommen konnten. War Bismarck etwa ein bewußter Praktiker des Staatssozialismus⁴³ oder seine Sozialpolitik gar „eine Frage der Kapitalanlage“,⁴⁴ wenn er den Staatszuschuß als Mittel zum Zweck anwandte?

Als der preußische Gesandte berichtete, die württembergische Regierung rate von einem Beitrag der Armenverbände ab, weil dieser dem Gesetz einen „sozialdemokratischen Stempel aufdrücken“ werde, schrieb Bismarck an den Rand: „Was schadet das? Das Wort tuts nicht.“⁴⁵ Diese Randbemerkung ist äußerst charakteristisch für das Wesen seiner Sozialpolitik, die eben nicht in systematische Formen oder irgendwelche sozialwissenschaftliche Ausdrücke gepreßt, sondern immer nur von der Ebene, von der Schau des Staates her erfaßt und gewertet werden kann. Was bedeuteten Begriffe und Schlagwörter wie staatssozialistisch, sozialistisch oder gar kommunistisch, die in den Köpfen damaliger Politiker nur unheilsame Verwirrung anrichteten, für einen Staatsmann, der nach praktischen Maßnahmen und nicht zuletzt nach politischen Zielen strebte! Nicht aus irgendeiner sozialistischen Regung war der Staatszuschuß hervorgegangen, sondern Bismarck erachtete ihn aus praktischer und staatspolitischer Überzeugung für unbedingt notwendig, selbst dann, wenn man ihm einen sozialistischen Zug beilegen würde.

Bismarck wollte von vornherein den Arbeiter soweit wie möglich von Beiträgen verschonen, weil sein Lohn nur ausnahmsweise „über das, was zur Bestreitung der nothwendigen Lebens-

42. Motive zum Gesetzentwurf. Sten.Ber. a. a. O. S. 228.

43. Vgl. L. Zeitlin: Fürst Bismarcks sozial-, wirtschafts- und steuerpolitische Anschauungen. Diss. Leipzig 1902.

44. K. Bachem: Vorgeschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei. Köln 1927/28. 5. Bd. S. 95.

45. Bericht d. preuß. Gesandten in Stuttgart v. 2. Januar 1881. RA. A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 152. Unterstreichung von Bismarck.

bedürfnisse erforderlich" sei, hinausgehe.⁴⁶ Daneben sei Unfall „casus, unvorhergesehen“, und nicht wie Invalidität „das im regelmäßigen Verlauf der Dinge liegende vorauszusetzende Ergebnis“. ⁴⁷ Aber auch die Möglichkeit, ausschließlich dem Unternehmer die Prämie aufzubürden, hielt Bismarck aus wirtschaftlichen Bedenken für gefahrvoll. Die Industrie werde die Last nicht tragen können, ohne im Interesse der staatlichen Gesamtwohlfahrt an ihrer Export- und Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber Schaden zu leiden.⁴⁸ Notgedrungen würde die Industrie nach einem Ausgleich streben müssen und letzthin „der Arbeiter durch Lohnherabsetzung in Mitleidenschaft“⁴⁹ gezogen werden, wodurch der Zweck der Sozialgesetzgebung in das Gegenteil, in eine Schädigung des Arbeiters umschlage.

Bismarcks Gedanken kreisen im Grunde immer wieder um den Staat und das allgemeine Staatsinteresse; denn „soll der Arbeiter selbst zahlen, so geht die Wirkung auf ihn verloren und virtuell trägt es dann doch der Unternehmer“.⁵⁰ An den wirtschaftlichen Bedenken, die Industrie nicht über ihre vermeintliche Tragfähigkeit zu belasten, hielt der Kanzler ebenso fest, wie an der Hoffnung, daß der Staatszuschuß eine politische und moralische Wirkung haben werde, die dem Staatswohl wieder zufließen könne.

Obligatorische Versicherung, Reichsanstalt, Ausschluß jeglicher Privatversicherung, Staatszuschuß — auf dieser Grundlage und auf diesen Grundpfeilern baute sich die Unfallversiche-

46. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers. November 1881. RA.A.V. 2 Bd. 5.

47. Randbemerkung zur Kritik des Chemnitzer Oberbürgermeisters André, der ebenfalls Arbeiterbeiträge als „eine Illusion“ bezeichnet hatte. RA.A.V. 2 Adh. 1 Bd. 1 Bl. 121.

48. Randbemerkung zu einem Bericht Boettichers an Bismarck, den Lohmann im Konzept entworfen hatte. 24. Oktober 1881. RA.A.V. 2 Bd. 5 Bl. 131. Vgl. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers, November 1881. RA. a. a. O.

49. Randbemerkung zu einem Bericht Boettichers an Bismarck. 24. Oktober 1881. RA.A.V. 2 Bd. 5 Bl. 133.

50. Randbemerkung zu einem Bericht d. preuß. Gesandten in Stuttgart v. 8. Dezember 1880. RA.A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 129. Unterstreichung von Bismarck.

rung auf. Der Gesetzentwurf enthielt in seinen 56 Paragraphen noch eine Menge organisatorischer und versicherungstechnischer Bestimmungen, wie Höhe der Entschädigung, vierwöchige Wartezeit usw. Aber alle diese Fragen treten mehr oder weniger in den Hintergrund, da sich letzten Endes der Kampf zwischen den Parteien und dem Staat um die Grundgedanken der Sozialgesetzgebung abspielte, d. h. um die grundsätzliche Lösung. Und mit dieser grundsätzlichen Lösung griff Bismarck weit über die soziale Frage als solche hinaus, weil die Zielsetzungen sich mit sozialen, wirtschaftlichen und parteipolitischen Problemen schnitten.

III. *Die parteipolitische Lage am Beginn der Sozialgesetzgebung.*

„Trotz aller Wirren und Mißverständnisse ist die schöpferische Kraft der deutschen Politik noch nicht versiegt, und nur der Parteihaß wagt von den Schrecken der hereinbrechenden Reaktion zu fabeln.“¹ Heinrich v. Treitschke umriß mit diesen Worten in großen Zügen die innerpolitische und parteipolitische Lage um 1880.

Wie so oft in vergangenen Jahren trat auch jetzt der Kanzler als schöpferische und gestaltende Kraft hervor, da er „die Fahne sozialer Reform mitten im Getümmel des Parteikampfes“² erhob. Ihm stand ein Parlament gegenüber, das er mit den schärfsten Worten tadelte, dem er reine Fraktionsinteressen, Unfruchtbarkeit und Lähmung des nationalen Gesamtlebens vorwarf. Solche Anklagen entsprangen zweifellos der Besorgnis vor einer „rückläufigen Entwicklung“³ des jungen Reiches. Unablässig arbeitete Bismarck am inneren Aufbau, und immer wieder wurde er durch den Widerstand der Parteien gezwungen, sich mit ihren Machtansprüchen und Forderungen auseinanderzusetzen.

Aber hatte er nicht auch einen Teil Schuld auf sich geladen, wenn er im Januar 1881 in einem Gespräch äußerte: „Er könne

1. Preußische Jahrbücher 1881. Bd. 47; S. 646.

2. R. Craemer: Der Kampf um die Volksordnung. Hamburg 1933. S. 125.

3. Immediatbericht. Ca. 13. Mai 1880. Ges. Werke Bd. 6c; S. 183.

... mit den jetzt verwickelten Parteien nichts anfangen.“⁴ Hatte er nicht selber zu der Zerrissenheit und Verworrenheit des parlamentarischen Lebens beigetragen, wenn er bald hier, bald da die Parteien taktisch einsetzte und sie rücksichtslos hin- und herwarf, um seine Pläne durchzubringen?

Unter Parlamentariern und in der Presse, besonders in Zeitungen, die den Oppositionsparteien nahe standen, fehlte es nicht an Klagen und Vorwürfen, daß die Politik des Reichskanzlers oft undurchsichtig, wechselnd und sein Vorgehen äußerst unberechenbar sei.⁵ Mag diese Kritik auch eine „natürliche Schattenseite der Größe Bismarcks“⁶ berühren, so ging sie doch zweifellos über die Tatsache hinweg, daß das deutsche Parteileben damals von engen, einseitigen Klassen- und Standesinteressen beherrscht war und große ideelle Zielsetzungen verblaßten oder gar fehlten. Der weltanschauliche Inhalt — wenn man von einem solchen überhaupt sprechen kann — war weniger an der staatlich geeinten Nation ausgerichtet, sondern letzten Endes Rüstzeug für den Kampf um die Macht und um die Beherrschung des Staates. Wenn Bismarck von der Ebene dieses Staates her eine soziale Reformpolitik einleitete, so mußte sich zeigen, wie weit die Parteien fähig waren, Taktik und selbstsüchtige Fraktionspolitik zurückzustellen, um sachlich, leidenschaftslos mitzuarbeiten an der Lösung der sozialen Frage. Die Initiative Bismarcks stellte die Parteien vor neue oder bisher nur flüchtig behandelte Probleme, so daß es aus der inneren Struktur des damaligen Parteilebens verständlich wird, wenn sich politische Taktik und prinzipielle Stellungnahme oft überdeckten.

Aber wenn man einmal von dem inneren Prinzip und dem Aufbau der Arbeiterversicherung absieht und nur die Tatsache als solche hinnimmt, war es dann — parteipolitisch betrachtet —

4. Im Gespräch zu seinem Arzt Dr. Cohen. 6. Januar 1881. Ges. Werke Bd. 8; S. 394.

5. Vgl. z. B. den Brief Sybels an Baumgarten. P. Wentzcke: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Bonn-Leipzig 1926 Bd. 2; S. 374.

6. W. Mommsen: Bismarcks Sturz und die Parteien. Berlin-Leipzig 1924. S. 15.

ein günstiger Zeitpunkt, die soziale Frage von staatlicher Seite aufzuwerfen?

Der Reichstag, dem am 15. Februar 1881 durch die Thronrede die Unfallversicherungsvorlage als Beginn der sozialen Reformen verkündet wurde, war aus den Wahlen des Jahres 1878 hervorgegangen. Das Sozialistengesetz, der Abbruch der liberalen Ära und der langsame Abbau des Kulturkampfes hatten dieser Legislaturperiode ihr besonderes Gepräge gegeben. Es kann natürlich nicht im Rahmen dieser Darstellung liegen, die tieferen Gründe dieses innerpolitischen Wandels näher zu untersuchen. Das parlamentarische Bild mit seinen Verlagerungen und Ungeklärtheiten mag genügen, denn mit dieser parteipolitischen Konstellation um 1880 hatte Bismarck zu rechnen, wenn er als Fortsetzung seiner wirtschaftlichen Reformen nun die sozialen zu einem inneren Programmpunkt erhob.

Am schwersten hatte der Liberalismus, vor allem die national-liberale Partei, in diesem inneren Umschwung gelitten, stand doch der neue wirtschaftspolitische Kurs der Regierung im schärfsten Gegensatz zu den liberalen Anschauungen. Bennigsen hatte trotz aller Taktik und trotz allen guten Willens seine Partei nicht zusammenhalten können. Die fortwährenden Attacken des Reichskanzlers und nicht zuletzt die sich anbahnende Wendung im Kulturkampf sprengten die Einheit der Partei. Die Trennung des linken Flügels der Nationalliberalen von dem rechten war „eine naturgemäße Sache, die erfolgen mußte“.⁷ Damit waren nicht nur die politische Bedeutung und die Kraft des liberalen Bürgertums aufgespalten, die große, mit der Epoche der Reichsgründung innerlich verbundene Stellung der national-liberalen Partei dahin,⁸ sondern parlamentarische Lage und parteipolitische Verhältnisse von Grund auf verändert.

Der Erfolg der Nationalliberalen konnte in Zukunft nur noch von einer vorsichtigen Taktik abhängen, denn das Schwergewicht des Liberalismus hatte sich nach dem linken Flügel, nach den

7. Brief E. A. Müllers an Lasker. Juli/August 1880. P. Wentzcke a. a. O. S. 337.

8. Vgl. H. Oncken: Rudolf v. Bennigsen. Stuttgart-Leipzig 1910 Bd. 2; S. 451 f.

Sezessionisten und der Fortschrittspartei verschoben. Und dieser linke Flügel „wurde jetzt noch mehr das, was er früher bereits zwar nicht absolut, aber doch in sehr hohem Grade gewesen war, nämlich Opposition“.⁹ Aber diese prinzipielle Gegnerschaft, auf die sich der extreme Liberalismus versteifte, war rein negativ und unfruchtbar, wenn auch Eugen Richter, der Brennpunkt der Opposition, im Juli 1880 auf einer Kundgebung feststellen konnte: „Die Anzeichen eines in weiten Kreisen des Volkes sich vollziehenden Umschwunges der Ansichten mehren sich.“¹⁰ Wenn man in der Außenpolitik Bismarck die Führerschaft zugestand, so hoffte man innenpolitisch auf seine Niederlage. Und auf dieser Hoffnung, die noch durch die Möglichkeit eines baldigen Thronwechsels gestützt wurde, baute der Linksliberalismus seine allesverneinende und zersetzende Politik auf.

Keine Partei konnte mehr durch die Verworrenheit und Lähmung des Liberalismus gewinnen als das Zentrum. Windthorst, der große taktische Gegenspieler Bismarcks, hatte die ultramontane Partei im Kulturkampf zu einer festen Einheit zusammengeschmiedet. Diese Stärke und Straffheit erkannte Bismarck stets an.¹¹ Die Aufspaltung des Liberalismus hatte das Zentrum in seiner Mittelstellung jetzt in eine überaus günstige parlamentarische Lage gebracht, konnte es doch bald mit der Rechten, bald mit der Linken stimmen und dabei doch seine Richtung einhalten, die ihm der Kulturkampf aufzwang. Und da Windthorst schon immer das Bestreben hatte, die Konservativen und die Nationalliberalen auseinanderzuhalten, „indem er die längst angebahnten Beziehungen seiner Fraktion zu den Konservativen sorgfältig pflegte“,¹² so konnte ihm eine entschiedene Opposition, wie sie die Fortschrittspartei trieb, in seinem taktischen Spiel nur wertvoll sein. Gerade diese günstige Mittelstellung ermöglichte es der Zentrumsparlei, mit dem beginnenden Abbau des Kulturkampfes ihre prinzipielle Opposition auf-

9. F. Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus. Ztschr. f. Politik. Jahrgang 5; 1912. S. 306.

10. a. a. O. S. 312.

11. Vgl. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart 1898. Bd. 2, S. 307.

12. K. Bachem, a. a. O. Bd. 4; S. 23.

zugeben und an deren Stelle eine vorsichtige, geschickte Taktik des sachlichen Prüfens zu setzen. Eine solche bewegliche und ausschlaggebende Stellung konnte Bismarck jederzeit in eine unangenehme Zwangslage bringen. Sicher konnte er eigentlich nur auf die Konservativen rechnen, die sich mit dem Kanzler wieder ausgesöhnt hatten, nachdem die liberale Ära durchstoßen war und gleichzeitig in der Innenpolitik christlich-konservatives Gedankengut stärker und sichtbarer herausgestellt wurde.

Der innerpolitische Umschwung Ende der siebziger Jahre hatten seinen Einfluß auf die Parteien nicht verfehlt, ja, er war selbst in das innere Gefüge des deutschen Parteilebens eingedrungen, wie die Spaltung des Liberalismus zeigte. Für die Regierung konnte jedoch die parlamentarische Lage noch keineswegs als geklärt gelten, wenn auch die Wahl des Reichstagspräsidiums im Februar 1881, die zu einem regelrechten politischen Scharmützel ausartete, die Möglichkeit einer Umgruppierung andeutete.

Bismarck hatte wohl Bennigsen zum Präsidenten gewünscht,¹³ um nicht alle Bindungen zu den Nationalliberalen abzureißen und dem Zentrum ein Gegengewicht zu bieten. Aber eine konservativ-klerikale Mehrheit besetzte den Präsidentenposten mit dem Unterstaatssekretär v. Goßler, dem das Zentrumsmitglied v. Franckenstein und der sächsische Konservative Ackermann zur Seite traten.¹⁴ Die Liberalen waren völlig ausgeschaltet, so daß die „National-Zeitung“ nur enttäuscht feststellen konnte: „Erstaunen und Kopfschütteln auf allen Seiten, verwunderte Fragen: ist es so, ist es wirklich so?“ Sie konnte v. Goßler nur „als einen vorgeschobenen Posten der Regierung“¹⁵ betrachten, während die „Kreuzzeitung“ die Wahl als „durchaus den Wünschen der deutschkonservativen Fraktion“¹⁶ entsprechend bezeichnete.

13. Vgl. den Briefwechsel zwischen Tiedemann und Graf Udo Stolberg. Chr. v. Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten. Leipzig 1909. S. 417 ff.

14. Sten.Ber. 1881. Bd. 1; S. 7 ff.

15. National-Zeitung, Nr. 81, 18. Februar 1881.

16. Kreuzzeitung, Nr. 42, 18. Februar. Ebenso das konservative Casseler Journal, 19. Februar 1881.

Mit einer Zusammenarbeit von Konservativen und Zentrum begann die letzte Session der Legislaturperiode von 1878, denn für den Herbst waren Neuwahlen zu erwarten. Bismarck hatte deshalb auf einen schnellen Abschluß der Arbeiten gedrängt, um die Unfallversicherungsvorlage noch in dieser letzten Session vor den Reichstag zu bringen. Als Glied der sozialen Reform sollte die Vorlage eine Sondierung des parlamentarischen Geländes, sie sollte „gewissermaßen eine Probe“ sein.¹⁷

IV. *Die Aufnahme der ersten Unfallversicherungsvorlage in der Öffentlichkeit und bei den Parteien.*

Die Aufnahme der ersten Arbeiterversicherungsvorlage in der Öffentlichkeit kann als getreues Spiegelbild der damals äußerst zerrissenen und verworrenen sozialen Anschauungen angesehen werden. Die katholischen „Historisch-politischen Blätter“ gaben ein treffendes Urteil ab, wenn sie davon sprachen, daß man wohl „in der Kritik gut beschlagen und einmütig“¹ sei, aber noch einen weiten Weg zur Klarheit zu machen habe. Es schien jedoch mehr als fraglich, wie man dorthin kommen sollte, denn nicht nur jede Partei, sondern fast jede Zeitung hatte eine andere Auffassung vom Wesen und von der Lösung der sozialen Frage. Anfangs zeigte sich zwar ein gewisser einheitlicher Zug in der Presse, da man allgemein die Initiative des Kanzlers begrüßte und auch die Reformbedürftigkeit des Haftpflichtgesetzes anerkannte. Der spätere Umschwung und die bald an allen Punkten der Vorlage einsetzende Kritik bewiesen jedoch, daß man sich taktisch zurückgehalten hatte, um Klarheit zu gewinnen und auf das erlösende Wort von seiten der Parteien zu warten.

Vom Liberalismus war seiner inneren Struktur nach von vornherein kaum Zustimmung oder eine sachliche Beurteilung der sozialpolitischen Pläne zu erwarten. Wer auf doktrinärem, manchesterlichem Boden stand, dem konnte die Innenpolitik nur

17. Bismarck, Rede 2. April 1881. Ges. Werke Bd. 12; S. 241.

1. Historisch-politische Blätter. 1881. S. 153.

„gewaltsam, ja roh und brutal“² erscheinen. Wer dagegen versuchte, sich aus der Erstarrung zu lösen, wie Heinrich v. Treitschke, der konnte mit Recht feststellen, daß freiere Köpfe „ihre alte Doctrin zu prüfen“³ beginnen.

Von den liberalen Parteien hatte es zweifellos die Fortschrittspartei am leichtesten, sich zu entscheiden. Sie stellte sich wie immer, ihrem negativen Prinzip folgend, in die grundsätzliche Opposition. Schon im März 1881 konnte die „Vossische Zeitung“ melden, daß sich die Fortschrittspartei mit einem Gegenentwurf beschäftige, der eine Erweiterung des alten Haftpflichtgesetzes darstelle.⁴ Im übrigen tat die dem extremen Liberalismus nahestehende Presse ihr Möglichstes, um das Bürgertum auf die ungeheure Gefahr hinzuweisen, die durch Eingriff und staatlichen Zwang der individuellen Freiheit und der bestehenden Gesellschaftsordnung drohe. Man stellte Bismarck in die Schußlinie sozialistischer Bestrebungen, da augenblicklich „die sozialdemokratische Fahne aufgezogen“⁵ werde, ja, man behauptete sogar, im vorliegenden Gesetzentwurf trete „nicht mehr eine sociale, sondern eine communistische Tendenz zu Tage“.⁶ Mit einer Fülle von Schlagwörtern wurde das Bürgertum überschüttet und unablässig vor der Sozialgesetzgebung gewarnt, die der erste Schritt zur gewaltsamen Revolution sei. „Wir aber wollen nicht die Revolution“ — so rief das jüdische „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel „Der Sozialismus des Salons“ aus — „sondern die Reform“.⁷

Neben der Gefahr eines revolutionären Umsturzes malte man das Schreckgespenst des Staatssozialismus grell an die Wand. Die „Vossische Zeitung“ urteilte, daß die Pläne Bismarcks „mit einer erstaunenswerthen Kühnheit“ über Friedrich d. Gr. hinausgingen, von dem zwar alle Zwangsanstalten herkämen, dem aber niemals in den Sinn gekommen wäre, „den

2. Brief Baumgartens an Sybel. 29. März 1881. Wentzeke a. a. O. S. 378.

3. Preuß. Jahrbücher, 1881, S. 440.

4. Vossische Zeitung, Nr. 145, 23. März 1881.

5. Volkszeitung, Nr. 70, 24. März 1881.

6. Vossische Zeitung, Nr. 31, 20. Januar 1881.

7. Berliner Tageblatt, Nr. 144, 25. März 1881.

Staat selbst den Interessen Einzelner dienstbar zu machen".⁸ Mit dem Unfallversicherungsgesetz und seinem monopolistischen Charakter beginne die Regierung, „den Staatsbetrieb an Stelle der Privatindustrie zu setzen“⁹ und „im Sturmschritt zum Staatssozialismus“¹⁰ überzugehen, der jedes freie Spiel wirtschaftlicher Kräfte töte. „Juristisch unhaltbar, wirtschaftlich schädigend, moralisch und sozialpolitisch verderblich“ sei die Versicherungsvorlage, erklärte Max Hirsch in einer Versammlung von Gewerkvereinen. Als „erste Frucht des Staatssozialismus“ solle es nur dazu dienen, „als eiserne Fessel um die freie Bewegung des Arbeiters geschmiedet“ zu werden.¹¹ Und wie man Bismarck in Hinblick auf das Bürgertum sozialistischer Ideen beschuldigt hatte, so drängte man ihn jetzt an die Seite der Schornsteinritter,¹² der schutzzöllnerischen Großindustriellen und Agrarier.¹³

Fortschrittler und die ihnen zuneigenden Sezessionisten bezogen eine Abwehrstellung und verschanzten sich hinter ihrem doktrinären Wall. Ihre Haltung wurde ausschließlich von taktischen Momenten bestimmt, denn hinter der Sozialgesetzgebung stand für den extremen Liberalismus der „letzte Kampf des gebundenen Staates gegen den Staat der freien Entwicklung“.¹⁴

In der Frage: freies Spiel der Kräfte und staatliches Eingreifen lag auch die Problemstellung für die Nationalliberalen. Aber ihrem ganzen Charakter nach mässigten sie den scharf konstruierten Gegensatz und hielten eine Vereinigung beider Systeme „bis zu einem gewissen Grade“¹⁵ für durchaus möglich. Die „National-Zeitung“ konnte berichten, daß innerhalb der nationalliberalen Partei kein prinzipieller Widerspruch gegen

8. Vossische Zeitung, Nr. 151, 31. März 1881.

9. Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 15, 19. Januar 1881.

10. Volkszeitung, Nr. 66, 19. März 1881.

11. „Das Reichs-Unfallgesetz und die Arbeiter“. Referate einer Versammlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Berlin am 1. Februar 1881. (Als Broschüre gedr. Berlin 1881.) Enthalten in: RA.A.V. 2 Adh. 1 Bd. 2 Bl. 321 ff.

12. Vossische Zeitung, Nr. 151, 31. März 1881.

13. Volkszeitung, Nr. 17, 21. Januar 1881.

14. Vossische Zeitung, Nr. 157, 3. April 1881.

15. Nationalliberale Korrespondenz, abgedr.: Post, Nr. 95. 6. April 1881.

die Vorlage erhoben worden sei.¹⁶ Aber sie hatte schon vorher von „einem gewissen unangenehmen Schein“ gesprochen und mißtrauisch auf „die Benutzung religiöser Schlagworte zu Partei- und Wahlreklame“ hingewiesen.¹⁷ Im allgemeinen waren die Pressestimmen jedoch ruhig, vorsichtig und auf eine möglichst sachliche Kritik abgestimmt.

Bennigsen, der Parteiführer, hatte wohl die individualistisch-liberalen Theorien der Sozialpolitik schon aufgegeben,¹⁸ aber es war doch höchst zweifelhaft, ob er und die Gesamtheit der Partei sich für eine so autoritär-staatliche, im Grunde antiliberale Lösung gewinnen ließen.

Im geheimen hoffte Bismarck scheinbar doch noch auf nationalliberale Unterstützung.¹⁹ Die regierungsfreundliche Presse schonte die Partei weitgehend, während der „Fortschritt“ scharf angegriffen wurde. Die Nationalliberalen standen zwischen den Fronten, isoliert, ohne Rückhalt und wußten sich nicht zu entscheiden, wie eine Gegenresolution zum sezessionistischen Parteitag in Halle Anfang 1881 erkennen ließ. Die Erklärung sprach von dem großen geschichtlichen Beruf der Partei und umriß ihn für die Zukunft dahin, daß man die Innenpolitik des Kanzlers nicht bekämpfen dürfe, wohl aber versuchen müsse, Einfluß auf sie zu gewinnen.²⁰ Aber wie?

Ein nationalliberal-konservatives Zusammengehen war damals, wenn auch nicht unmöglich, so doch äußerst erschwert. Der staatlichen Initiative und dem staatlichen Prinzip der Arbeiterversicherung stimmten die Konservativen freudig zu. Christlich-konservative Züge in der Sozialpolitik Bismarcks fanden innerhalb der konservativen Reihen einen guten Resonanzboden, konnte doch an altes Ideengut angeknüpft werden. Man machte sich die Gedanken der Sozialgesetzgebung zu eigen und stellte vor allem die Verbindung zwischen sozialer Frage und sittlicher Erneuerung heraus. Stöcker, der sich mit seiner

16. National-Zeitung, Nr. 139, 23. März 1881.

17. National-Zeitung, Nr. 53, 2. Februar 1881.

18. Vgl. H. Oncken a. a. O. Bd. 2: S. 453.

19. Vgl. Das Gespräch mit M. Busch, 21. Januar 1881, Ges. Werke, Bd. 8: S. 396.

20. Schultheß: Europäischer Geschichtskalender, 1881, S. 50.

christlich-sozialen Bewegung 1881 dem extremen, der Kreuzzeitung nahestehenden Flügel der deutsch-konservativen Partei angeschlossen hatte,²¹ verstärkte diese Tendenz. Unablässig wies der Hofprediger in überaus zahlreich besuchten Versammlungen²² darauf hin, daß eine Lösung der Arbeiterfrage nur durch „die Verbindung der Selbsthülfe und Genossenschaften mit der Staatshülfe und vor allem mit Gottes Hülfe“²³ zu erreichen sei. In der Unfallversicherung sei ein Sozialismus angebahnt, „der auf Genossenschaften und organische Gliederung“ dringe.²⁴

Die konservative Presse nahm eindeutig Frontstellung gegen den Liberalismus und verteidigte die Sozialgesetzgebung gegen dessen zersetzende Angriffe. Stöckers „antijüdische Agitation als Teil der Sozialpolitik“²⁵ verschärfte den Kampf. Tastend streckten konservative Blätter dagegen die Fühler zum Zentrum hin aus. Waren hier nicht Berührungspunkte zu finden, wo die liberalen Ideen abgelehnt und christlich-konservative Gedanken stark hervorgekehrt wurden? Die „Kreuzzeitung“ bekannte ganz offen, daß die Stellung des Zentrums zu dem Gesetzentwurf wichtiger sei als die „des zerklüfteten Nationalliberalismus“.²⁶

Das Zentrum hielt sich jedoch vorerst trotz heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der katholisch-sozialen Bewegung äußerst zurück, wenn auch die „Germania“ den Grundzügen des Gesetzentwurfes zustimmte und die Initiative des Kanzlers begrüßte.²⁷ Die Feststellung Heidemanns, daß man sich im Zentrum noch „im höchsten Grade“ unklar war, wie man sich gegenüber der neuen Richtung der Regierung verhalten sollte, mag

21. Vgl. W. Frank: Hofprediger Stoecker und die christlich-soziale Bewegung. Berlin 1926. S. 132.

22. Stöcker sprach oft Tag für Tag in Versammlungen. Die Zahl der Anwesenden schwankte zwischen 1000—3000 Personen. Akten des Polizeipräsidiums zu Berlin betr. christlich-soziale Partei.

23. Kreuzzeitung, Nr. 44, 22. Februar 1881.

24. Stöcker, Rede in München 8. April 1881. In den Akten d. Polizeipräsidiums zu Berlin.

25. W. Frank, a. a. O. S. 64.

26. Kreuzzeitung, Nr. 66, 18. März 1881.

27. Germania, Nr. 14, 19. Januar 1881.

zutreffend sein.²⁸ Aber es kommt noch ein anderes Moment hinzu, das eine Zurückhaltung rechtfertigt. Das Zentrum mußte auf seine innere Struktur Rücksicht nehmen, denn es setzte sich aus allen Schichten des katholischen Volksteils zusammen, und bei der günstigen parlamentarischen Mittelstellung mußte gerade seine Stellungnahme ausschlaggebend werden. Für die spätere Haltung der Partei in den Reichstagsverhandlungen konnten dagegen die eigenständigen und teils fruchtbaren Auseinandersetzungen in der katholischen sozialen Bewegung nur wertvoll und anregend sein.

Schon im Februar drängte sich innerhalb des politischen Katholizismus eine Richtung hervor, die das Zentrum stark beeindrucken mußte. Die ultramontane Partei in Bayern besorgte sich ängstlich vor einer „raschen Weiterentwicklung des Reiches zum Einheitsstaat“²⁹ und machte in der bayrischen Kammer durch eine Interpellation einen Vorstoß, ob durch das Versicherungsgesetz die Selbständigkeit der Bundesstaaten angetastet würde. Wie die bayrische Regierung Bedenken geäußert hatte, so flößte jetzt der zentralistische Aufbau der Versicherung „dem bayrischen Patrioten ein Grauen“ ein.³⁰ Jörg, der diese Interpellation veranlaßte, hatte damit eine Tendenz im Katholizismus wachgerufen, die er durch seine kritischen „Zeitläufte“ in den „Historisch-politischen Blättern“ mehr und mehr verstärkte. Er stellte die Gefahr der Staatsomnipotenz stark heraus und zeigte den „rothen Faden“ der Bismarckschen Politik auf, nach dem sich „die älteren und neueren Unternehmungen . . auf dem kirchlichen, dem wirtschaftlichen und dem sozialpolitischen Gebiete nicht mehr als isolirte Versuche, sondern als wohlüberlegte Seiten Eines und desselben Systems“³¹ ergäben. Das Unfallversicherungsgesetz war für ihn nur der Anfang eines Schauspiels, „wie ein Staat konstruiert wird, den die Lehrbücher des Staatsrechts bis jetzt nicht gekannt haben“.³²

28. K. Heidemann: Bismarcks Sozialpolitik und die Zentrumsparthei, (1881—1884). Diss. Göttingen 1930, S. 16.

29. Vgl. d. Bericht d. preuß. Gesandten v. Werthern v. 5. Februar 1881. RA.A.V. 2 Adh. 2 Bd. 1 Bl. 116.

30. Kreuzzeitung, Nr. 41, 18. Februar 1881.

31. Historisch-politische Blätter, 1881, S. 452.

32. a. a. O. S. 455.

Jörg's „Historisch-politische Blätter“ deuteten nur unklar eine Lösung der sozialen Frage an, die „in dem Compromiß zwischen Freiheit und Gebundenheit“, „zwischen den abstrakten Theorien der Selbsthilfe und der Staatshilfe“³³ zu suchen sei. Aber sie konnten ihren Eindruck auf die ultramontanen Fraktionsmitglieder nicht verfehlen, weil föderalistische, besser gesagt, partikularistische Tendenzen im Zentrum erweckt und auch auf die Sozialpolitik übertragen wurden. „Kölnische Volkszeitung“ und „Germania“ nahmen den Gedanken sofort auf und stellten sich schützend „vor die angeblich bedrohten Rechte der Einzelstaaten“.³⁴

Wesentlich fruchtbarer und schöpferischer wirkte eine andere katholische Richtung, als deren Vertreter der junge Kaplan Hitze auftrat. Wie Jörg, so war auch Hitze nicht Reichstagsmitglied,³⁵ aber durch seine Schriften und Aufsätze in den „Christlich-sozialen Blättern“ bestimmte er eine sozialpolitische Einstellung im Zentrum, die anfangs zurücktrat, deren Keime aber stetig an Boden gewinnen sollten. Von seinem ständisch-korporativen Standpunkt kam Hitze zu einer ähnlichen Abwehrstellung gegenüber einer zu weit und zu tief eingreifenden staatlichen Sozialpolitik³⁶ wie Jörg vom partikularistischen. Seine Ideen verstärkten indessen korporative Bestrebungen im Zentrum und gaben dem politischen Katholizismus eine weitere Waffe gegen die autoritär-staatliche Lösung Bismarcks.

So sehr diese zwei Richtungen auch im Gegensatz standen, dem Zentrum konnten sie zu einer Klärung nur dienen. Ja, man konnte sie letzten Endes in dem Gemeinsamen, in der Verbindung von Staat, Christentum und Kirche zu einem taktischen Widerstandsmoment zusammenfassen. Mitte Januar hatte die „Germania“ schon die Befreiung der Kirche von den Fesseln, „die ihr der im ‚Culturkampf‘ triumphirende Liberalismus auf-

33. a. a. O. S. 460/61

34. Vgl. K. Heidemann a. a. O. S. 16.

35. Hitze kam erst 1884 in den Reichstag, sein Hauptwerk: „Kapitel und Arbeit“ und die Reorganisation der Stände. Paderborn 1880, hatte jedoch schon maßgeblichen Einfluß im Katholizismus gewonnen.

36. Vgl. K. Heidemann a. a. O. S. 20.

erlegt“³⁷ habe, als notwendig bezeichnet, denn die soziale Frage sei zutiefst eine religiöse und ihre Lösung ohne Mithilfe der Kirche „ein erfolgloses Beginnen“.³⁸

Wie uneinheitlich und allgemein gehalten im großen und ganzen die Aufnahme des Gesetzentwurfes und die Äußerungen in der Öffentlichkeit auch waren, so konnte Bismarck doch nicht in Zweifel sein, wo er fördernde und hemmende Kräfte zu erwarten hatte. Die Eingaben, deren Zahl nicht gering war, wandten sich größtenteils gegen die geplante Gesetzgebung. Eine Konferenz sämtlicher Unfallversicherungsgesellschaften beschloß aus begreiflichen finanziellen Belangen, gegen das Gesetz zu agitieren.³⁹ Der Zentralverband deutscher Industrieller machte Vorschläge, in denen er sich z. B. entgegen Bismarck „aus ethischen und sozialpolitischen Gründen“⁴⁰ für allgemeine Arbeiterbeiträge aussprach. Zahlreiche Handelskammern und Gewerksvereine lehnten ebenfalls die Vorlage ab oder erhoben ernste Bedenken.

Von den Parteien fiel die linksliberale Opposition, „die Fortschrittspartei und Cliques der Manchesterpolitiker, der Vertreter des mitleidslosen Geldsacks“,⁴¹ wie sich Bismarck ausdrückte, von vornherein aus. Die Nationalliberalen schienen isoliert. Konservative und Zentrum erkannten die Notwendigkeit einer staatsgebundenen Sozialpolitik an und betonten beide die sittliche, religiöse Grundlage der sozialen Frage. Eine Mitarbeit des Zentrums war zu erwarten. Aber nicht nur in der parlamentarischen Mittelstellung, sondern im Herausarbeiten eigener Gedanken und in einer wahrscheinlichen taktischen Verkoppelung der sozialen mit der kirchenpolitischen Frage lagen Gefahren für eine im Sinne Bismarcks staatsnotwendige Lösung. Jedenfalls war ein konservativ-klerikales Zusammenarbeiten,

37. Germania, Nr. 14, 19. Januar 1881.

38. Germania, Nr. 49, 2. März 1881.

39. Vgl. Brief d. Direktors G. Molt v. 5. Februar 1881. RA.A.V. 2 Adh. 1 Bd. 2 Bl. 33.

40. Eingabe d. Central-Verbandes deutscher Industrieller. 2. März 1881. RA.A.V. 2 Adh. 1 Bd. 2 Bl. 314.

41. Bismarck: Ges. Werke Bd. 8 S. 412. Berlin 1926.

wie die Reichstagspräsidentenwahl schon erwiesen hatte, durchaus möglich.

Abseits der öffentlichen Auseinandersetzungen versuchte die Sozialdemokratie im geheimen, soweit bei dem polizeilichen Druck möglich, unter den Arbeitern zu agitieren. In Flugzetteln sprachen sich die Führer mit den üblichen Verdrehungskünsten gegen die Vorlage aus, die nur „ein winziges piepsendes Mäuslein“⁴² sei. „Ja, wenn wir kein verbesserungsfähiges Haftpflichtgesetz hätten“,⁴³ hieß es. In der Taktik unterschieden sich also Sozialdemokraten und Linksliberale kaum. Beide verschleierten dem Arbeiter die Vorteile der Gesetzgebung, und beide arbeiteten mit Schlagwörtern, die bar jeder politischen Verantwortung waren. Ausdrücke wie Staatssozialismus, „Zunft- und Kasernensozialismus“⁴⁴ warf auch der „Sozialdemokrat“ unter die Arbeiter. Und wenn die Fortschrittler gegen die durchgreifende Autorität des Staates anrannten und dieser Autorität den Kampf ansagten, so gingen die Sozialdemokraten nur einen Schritt weiter, indem sie zur Vernichtung des bestehenden Staates aufriefen.⁴⁵ Der Staatssozialismus sei an sich nur „die Bankerotterklärung des modernen Staates und der modernen Gesellschaft“, und Bismarck müsse sein sozialistisches „Arsenal“ öffnen, um seiner verrannten Staatskunst auf die Beine zu helfen.⁴⁶ Most's „Freiheit“, die damals in London gedruckt wurde, verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß dem Arbeiter die „Staatsversorgungskette“ umgelegt werde, die ihn zum „Staatssklaven“ mache.⁴⁷

Wenn man die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, den Wirrwar der Agitation, den Gegensatz der Meinungen und schließlich das leichtfertige Spiel mit dem Wort „sozialistisch“ überblickt, dann ermißt man die Schwere der Aufgabe, die sich Bismarck gestellt hatte. Man wird einer damaligen

42. Der Sozialdemokrat, Nr. 5, 30. Januar 1881.

43. Flugblatt von Hasenclever und Kräcker. Enthalten in: Berichte d. Reg. u. Landdr. Bd. 1, März 1881.

44. Der Sozialdemokrat, Nr. 9, 27. Februar 1881.

45. Vgl. Der Sozialdemokrat, Nr. 5, 30. Januar 1881.

46. Der Sozialdemokrat, Nr. 10, 6. März 1881.

47. Die Freiheit, 29. Januar 1881.

Flugschrift zustimmen, die von einem „Eisenpanzer unermüdlicher Geduld, unerschütterlicher Ausdauer und felsenfesten Vertrauens“ sprach, mit dem sich der Staatsmann frühzeitig wappnen müsse, der den Weg der Reformen gehen wolle.⁴⁸

V. Die erste Lesung der *Unfallversicherungsvorlage*.

Die ersten Beratungen über den vorliegenden Gesetzentwurf begannen am 11. April 1881. Es war wohl weniger dem Zufall als einer geschickten Regie zu verdanken, daß die Sitzungen vorher mit heftigen, erregten Kämpfen über das Sozialistengesetz ausgefüllt wurden. Staatsminister v. Puttkamer stellte noch einmal die Sozialdemokratie mit scharfen, anklagenden Worten an den Pranger und brandmarkte sie als „eine ausschließlich revolutionäre, auf den Umsturz spekulierende Partei“.¹ In bezug auf die kommende Sozialgesetzgebung sprach er jedoch die Hoffnung aus, daß die Zeit einmal kommen werde, wo sich der Arbeiter „aus den Banden der wüsten Agitatoren“² befreit habe.

Als „Präliminarien“³ bezeichnete die „Kreuzzeitung“ die ersten Beratungen, denn außer der linksliberalen Opposition, die sofort ihre Geschütze in Stellung brachte und „ihr Pulver zu früh“ verschoß,⁴ hielten sich die übrigen Parteien taktisch zurück, um den Gang der Dinge abzuwarten.

Für die Struktur der liberalen Opposition mag es uns heute bezeichnend vorkommen, daß sie zwei Juden, Bamberger und Lasker, daneben den typischen Vertreter des erstarrten Liberalismus, Eugen Richter, in den ersten Kampf schickte. War von ihnen überhaupt ein Verständnis gegenüber den großen sozialen Problemen zu erwarten, wo sie weder die Machtfragen des Staates noch die tiefe Berechtigung der sozialen Frage erkannten? Bismarck konnte ihnen mit Recht aus seinem starken Staats-

48. E. Backhaus: Der Liberalismus, Fürst Bismarck und die Parteien. Hamburg 1881, S. 14.

1. Puttkamer, Rede 30. März 1881. Sten.Ber. 1881, Bd. 1; S. 636.

2. Puttkamer a. a. O. S. 639.

3. Kreuzzeitung, Nr. 81, 5. April 1881.

4. Preuß. Jahrbücher 1881, S. 441.

bewußtsein heraus die Worte entgegenschleudern: „... dadurch sind wir den Angreifern überlegen, weil die Gegner von ihrem Ursprung, von dem Boden der Parteikämpfe, der an ihren Schuhen klebt, sich niemals werden freimachen können.“⁵

Liberaler Vereinigung und Fortschrittspartei blieben ihrem individualistisch-manchesterlichen Bekenntnis treu und setzten dem staatlichen Eingreifen in die soziale Frage die Überzeugung entgegen, „daß die eigne Thätigkeit, die Selbsthilfe und das eigne Streben auch auf diesem Gebiet das meiste thun und daß der Staat überhaupt nur sehr ergänzend eintreten“⁶ dürfe. Bamberger bekannte sich offen zum „Nachtwächterstaat“,⁷ und für seine Einstellung zur sozialen Reform war es kennzeichnend, daß er „Staatserhaltung“ im Gegensatz zum „Nihilismus“ darin sah, „daß die Gesetzgebung nicht in die inneren menschlichen Verpflichtungen eingreife, sondern nur für die äußere Ordnung um so energischer Sorge“.⁸

Eine solche atomistische Anschauung mußte an dem Staatsgedanken, von dem aus Bismarck „die Wirklichkeit deutscher Sozialpolitik“⁹ begründete, verständnislos vorübergehen. Wenn die extremen Liberalen das soziale Problem in hohem Grade aus der wirtschaftlichen Perspektive betrachteten, so war es zwar leicht, den Grundsatz des „laissez faire, laissez aller“ auf das Gebiet der Sozialpolitik zu übertragen. Aber es war gefährlich und politisch vollends verantwortungslos gegenüber der staatlichen Gemeinschaft, einem wirtschaftlichen Egoismus zu huldigen und im übrigen eine Lösung der sozialen Frage „nur durch Selbstentsagung, Selbstverzicht, durch moralische Verbesserungen und Erhebung aller bürgerlichen Klassen“,¹⁰ also letztlich durch „die allgemeine Kulturentwicklung“¹¹ zu erhoffen.

Mit dieser prinzipiellen Auffassung lehnte der linke Flügel des Liberalismus den Gesetzentwurf ab, der „so scharf die

5. Bismarck, Rede 2. April 1881. Ges. Werke, Bd. 12; S. 248.

6. E. Richter, Rede 2. April 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 704.

7. Lasker, Rede 1. April 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 680.

8. Lasker, Rede 1. April 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 680.

9. R. Craemer a. a. O. S. 125.

10. Lasker, Rede 2. April 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 729.

11. E. Richter, Rede 2. April 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 710.

falsche Richtung eingeschlagen“ habe, daß es um so leichter sei, „den richtigen Weg zu finden“.¹² Daß dieser Weg nur in Richtung des auch jetzt verherrlichten Haftpflichtgesetzes liegen konnte, hatte schon der durch Zeitungen angekündigte Gegenentwurf angedeutet. Man hielt damit an einem privat-rechtlichen Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer fest, verwarf die Reichsanstalt, ebenso den Staatszuschuß und den monopolistischen Charakter der Versicherung. Desto lebhafter trat man für die privaten Versicherungsgesellschaften ein, da die „Privatspekulation nicht der Gegensatz zum öffentlichen Interesse“, also auch nicht „der Gegensatz zum Arbeiterinteresse“ sei, sondern gerade „diejenige Form, die zugleich dem öffentlichen Interesse am meisten“¹³ diene.

In der Reichsanstalt sahen die oppositionellen Liberalen nur eine Verstärkung der Bürokratie und der bürokratischen Schablonisierung. Der Staat werde nicht „culanter, humaner und nachgiebiger“,¹⁴ er werde auch nicht besser und billiger arbeiten können als Privatgesellschaften, weil der staatlichen Zentralisation der „Stimulus“¹⁵ der Konkurrenz fehle. Es wurden also vorwiegend wirtschaftliche Beweggründe gegen die Reichsanstalt vorgebracht, hinter denen sich die Furcht verbarg, der Staat könne „diktatorisch“ in die Industriebetriebe eingreifen.

Nicht so einmütig verhielt man sich gegenüber der obligatorischen Versicherung. Eugen Richter lehnte als Sprecher der Fortschrittspartei zwar auch diese ab, während Bamberger, an und für sich gegen Zwang, die Frage „doch für diskutabel“¹⁶ erklärte und sein Parteifreund Lasker sogar den Zwang befürwortete. Aber die Einheitsfront wurde bald wieder hergestellt, als man sich über den Staatszuschuß, der den heftigsten Widerstand erregte, geradezu empörte.

Wie anfangs die ihnen nahestehende Presse, so rannten jetzt die linksliberalen Abgeordneten im Reichstag gegen das

12. Bamberger, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 673.

13. E. Richter, Rede 2. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 705.

14. Bamberger, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 676.

15. E. Richter, Rede 2. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 707.

16. Bamberger, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 681.

drohende Gespenst des Staatssozialismus und der Staatsomnipotenz an. Bismarck selbst hatte in seiner großen Rede am 2. April ausdrücklich betont, daß bei Wegfallen der Staatshilfe sein Interesse an der Unfallversicherung erlahmen und er nicht den Mut haben würde, „für die Folgen dieses Gesetzes der Industrie gegenüber einzustehen“.¹⁷ Für den extremen Liberalismus war hier jedoch der gegebene Ansatzpunkt, durch einseitige, doktrinär beschränkte Kritik nicht nur das Bürgertum aufzuschrecken, sondern die grundsätzliche Ablehnung zu einem grundsätzlichen Angriff auf das „System Bismarck“ zu übersteigern.

Fortschrittler und Sezessionisten waren sich der prinzipiellen Opposition, der man seine Kraft, Beredsamkeit und seine ganze politische Leidenschaft widmete, voll bewußt, ohne aber im geringsten das Lähmende und Unschöpferische dieser Haltung zu begreifen. Man spielte mit Worten, verleugnete jede christlich-konservative Begründung der Sozialreform und stellte sie im Kern als revolutionär hin. Bismarck sei „seit drei bis vier Jahren immer mehr auf die schiefe Ebene gelangt“,¹⁸ die zum sozialistischen Bekenntnis führe. Der Unterschied zwischen seinem System und dem der unterdrückten Sozialdemokratie liege nur in der sozialautokratischen und sozialdemokratischen Regierungsform.¹⁹ Durch die Staatsfürsorge für einen bestimmten Teil der Arbeiter werde ein Klassengegensatz konstruiert. Von den staatlichen Maßregeln der Unfallversicherung „bis zur Organisation der Arbeit durch das Reich“²⁰ sei nur ein kleiner Schritt. Der Staat könne die Mittel zur Unterstützung, die in Wirklichkeit auf eine Subvention der Großindustrie hinauslaufe, nur aus den indirekten Steuern „auf Verbrauchsabgaben der großen Masse“²¹ ziehen. „Meine Herren“ — so rief Eugen Richter aus — „das ist nicht sozialistisch, das ist kommunistisch“.²²

17. Bismarck, Rede 2. April 1881. Ges. Werke, Bd. 12; S. 239.

18. Bamberger, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. S. 678.

19. E. Richter, Rede 2. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 710.

20. a. a. O.

21. a. a. O. S. 709.

22. a. a. O.

Bamberger verglich sogar den Gedanken der Sozialgesetzgebung mit den Spenden der athenischen und römischen Republiken in ihrem Verfall, als man im Volke werben ging und unter die Menge warf, „was man den Provinzen abgepreßt hatte“, als man „für den süßen Pöbel“ Theater baute, um zu zeigen, „daß der Staat nicht bloß für die Reichen da sei, sondern auch zum Vergnügen und zur Unterhaltung der Massen“.²³ Diese zersetzende, jegliche Autorität herabziehende Agitation des jüdischen Abgeordneten Bamberger, die das „Berliner Tageblatt“ sofort zu einem Artikel „panem et circenses“ ausbeutete,²⁴ konnte nur noch von Eugen Richter übertrumpft werden, der sich auch in den persönlichen Angriffen zum Sprachrohr der Opposition machte und — seine Kritik zusammenfassend — dem anwesenden Kanzler am 2. April den Satz entgegenschleuderte: „Mit einem Wort, er hat das Prestige im Volk verloren.“²⁵

So entschieden der Linksliberalismus mit seinen Prinzipien und seiner parteitaktischen Einstellung die sozialpolitischen Pläne der Reichsregierung ablehnte, so unentschlossen und uneinheitlich pendelte der rechte Flügel, die nationalliberale Partei, zwischen prinzipieller Stellungnahme und praktischer Mitarbeit hin und her. Alte individualistische Tendenzen durchdringen sich noch unklar mit neuen sozialpolitischen Gedankenansätzen. Der mittelparteiliche Charakter der Nationalliberalen und die daraus sich ergebende Spannung, Prinzipien und positive Mitarbeit in gewissen Einklang zu bringen, offenbarten sich auch bei den beiden Rednern Oechelhäuser und Gneist. Ihre Einstellung zur Sozialreform ist nicht gegensätzlich, aber aufgespalten; sie strebt teilweise auseinander und mag den inneren Strömungen der Partei entsprechen.

Der Fabrikbesitzer Oechelhäuser beleuchtete die Vorlage vom „Standpunkt des Arbeiters und des Arbeitgebers“,²⁶ rein sachlich und ohne die tieferen Probleme anzurühren. Er nahm das Haftpflichtgesetz in Schutz, sah in der Beitragsfrage das

23. Bamberger, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 678.

24. Berliner Tageblatt, Nr. 157, 2. April 1881.

25. E. Richter, Rede 2. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 711.

26. Oechelhäuser, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 691.

Hauptmoment, sprach sich mit der Mehrheit der Partei²⁷ gegen einen Reichszuschuß aus und lehnte entschieden „den bürokratischen Rattenkönig einer monopolisirten Reichsversicherungsanstalt“ ab.²⁸

Gneist, der zu der Richtung innerhalb des Liberalismus gehörte, die aus der Zeit gelernt und, wenn auch ohne rechte Klarheit, die starre Doktrin durchstoßen hatte, sprach bejahender und brachte für seine Partei zum Ausdruck, daß ein vermittelnder Weg gefunden werden könne.²⁹ Zu einer gewissen Vorsicht zwang zwar die Isoliertheit der Partei, aber die nationalliberale Einstellung, wie sie Gneist und wohl auch in hohem Grade Benignsen eigen war,³⁰ schrickt nicht so sehr wie die Opposition vor staatspolitischen Gedanken zurück und läßt Raum für ein bedingtes Einschalten der neuen sozialpolitischen Zielsetzungen. Die Partei erkennt durch Gneist das praktische Bedürfnis an, die Arbeiterversicherung im öffentlich-rechtlichen Sinne zu regeln, weil es darum gehe, „nicht Objekte, sondern menschliche Existenzen“³¹ sicher zu stellen, die „im Dienst einer Massenproduktion“ ständen, „auf der der Reichthum und der Glanz“³² der Gesellschaft beruhe. Aber trotz aller Ansätze, in der Sozialpolitik wenigstens die individualistischen Prinzipien zu überwinden und darum „für dieses Gesetz einzutreten“,³³ können sich die Nationalliberalen nur „unter Vorbehalt zahlreicher Modalitäten“ zur Mitarbeit entschließen.

Die Zwangsversicherung wird im Gegensatz zur Fortschrittspartei anerkannt. Über die Beitragsfrage bestehen innerhalb der Partei Meinungsverschiedenheiten.³⁴ Gegen ein Reichsmonopol spricht sich Gneist wenn auch vorsichtig, so doch entschieden

27. a. a. O. S. 693.

28. a. a. O. S. 695.

29. Vgl. die vermittelnde Sprache der „Nationalliberalen Correspondenz“ abgedr. Post; Nr. 95, 6. April 1881. Ebenso „Kölnische Zeitung“ Nr. 98, 8. April 1881.

30. H. Oncken a. a. O. S. 453 ff.

31. Gneist, Rede 4. April 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 741.

32. a. a. O. S. 739.

33. a. a. O. S. 744.

34. a. a. O. S. 741.

aus. Die Privatversicherung, das Sorgenkind aller Liberalen, soll erhalten bleiben, um eine „höchstmögliche Dezentralisation“³⁵ zu erreichen. Die Reichsanstalt könne als subsidiäres Institut bestehen, denn dadurch würde „die alte naturgemäße Stellung, vermöge derer der Staat als Regulator, als ergänzende Institution und als Generalkontrolle fungirt“³⁶ gewahrt werden. Wie Oechelhäuser, so verwirft auch Gneist einen Staatszuschuß, aber indem er die Kosten der Generalkontrolle und „eine mäßige, übersehbare Garantieleistung“³⁷ dem Reich übertragen will, versucht er auch hier zu Bismarck eine Brücke zu schlagen.

Ein gewisser Zwiespalt läßt sich in der Haltung der Nationalliberalen nicht verleugnen. Altes liberales Gedankengut sträubt sich gegen eine zu autoritär-staatliche Lösung, und immer wieder spürt man das Bemühen, aus parteitaktischen Rücksichten den Abstand zur linksliberalen Opposition zu betonen und sich die endgültige Entscheidung noch offen zu halten.

Ähnlich wie die nationalliberale Partei stand auch das Zentrum in einer parlamentarischen Mittelstellung, die aber durch eine straffe Zusammenfassung zu einer festeren, bestimmteren Basis ausgebaut war. Zwar trat in den Reichstagsverhandlungen der Parteiführer Windthorst kaum hervor, ja er ließ gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik im „weiten Maße Selbständigkeit und freie Initiative“ walten.³⁸ Aber hinter der Gesamthaltung des Zentrums spürt man deutlich die geschlossene Führung und die geschickte Taktik Windthorsts, obwohl Freiherr v. Hertling die klerikale Partei in den Verhandlungen vertrat.

An der Verbindung von sozialer Frage, Christentum und Kirche, die von der katholischen Publizistik so lebhaft erörtert worden war, knüpfte das Zentrum nicht an. Überhaupt schien anfangs der Einfluß der Auseinandersetzungen innerhalb der katholisch-sozialen Bewegung auf die Zentrumspartei gering zu

35. a. a. O. S. 742.

36. a. a. O. S. 743.

37. a. a. O.

38. Hitze im Vorwort zu E. Hüsgen: Ludwig Windthorst. Köln 1907. S. XIII.

sein. Soziale Diskussionen hörten im politischen Katholizismus nicht auf; aber die Partei ließ aus Taktik oder um realer Machtpolitik willen prinzipielle Erwägungen vorerst überdecken oder zurücktreten.

Während die „Germania“, das Parteiorgan, weiterhin die Freiheit der Kirche forderte, damit sie ihrer sozialen und moralischen Aufgabe gerecht werden könne,³⁹ beschränkte sich der Abgeordnete v. Hertling, der einzige Sprecher des Zentrums, auf den kühlen Hinweis: „... es möge gelingen, mehr als dies bisher der Fall war, in unserem Volke auch die sittlichen Momente wieder zur Geltung zu bringen.“⁴⁰ Diese Haltung entsprach der Taktik der Partei, eine allgemeine Linie zu wahren. Von Windthorst war es jedenfalls nur klug, Sozialpolitik und Kirchenpolitik zu trennen, die sich anbahnende Entspannung im Kulturkampf abzuwarten, unterdessen vorsichtig aus der Opposition herauszugehen und durch sachliche Kritik praktisch mitzuarbeiten.

Unter bewußter Ablehnung rein sozialpolitischer Gedankengänge⁴¹ stellte sich v. Hertling und damit das Zentrum auf den Boden des Rechtes und der staatlichen Rechtspflicht, um so eine Ebene zu gewinnen, die eine sachliche, leidenschaftslose Kritik erlaubte. Ein gewisser individualistischer Zug läßt sich in diesem Gedanken, der auf dem „angeborenen Rechte auf physische Existenz“⁴² aufbaute, nicht verleugnen. Aber im Gegensatz zu der Enge des liberalen Staatsgedankens konnte das Zentrum ein staatliches Eingreifen durchaus rechtfertigen, weil es der allgemeine Beruf des Staates sei, „daß er schützen und durchsetzen soll die anerkannte Rechtspflicht“.⁴³

Von dieser Aufgabe des Staates her begrüßte v. Hertling das vorliegende Versicherungsgesetz, das den einseitigen Standpunkt der „Deliktobligation“⁴⁴ des Haftpflichtgesetzes verlasse

39. Vgl. den Artikel „Praktisches Christentum“. Germania. Nr. 77. 5. April 1881.

40. Hertling, Rede 1. April 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 684.

41. a. a. O. S. 685.

42. a. a. O. S. 688.

43. a. a. O. S. 686. Vgl. auch v. Hertling: Erinnerungen aus meinem Leben. München 1920. Bd. 2; S. 21.

44. a. a. O. S. 685.

und durch Zwang des Staates die Pflicht der solidarisch haftbaren Industrie aufstelle. Nicht aus sozialpolitischen Beweggründen im Sinne Bismarcks, sondern mit der Idee des Rechtsstaates wurden ein staatlicher Eingriff und der Versicherungszwang gebilligt. v. Hertling brauchte sich auch nicht auf staatssozialistische Probleme einzulassen, wenn er „das Recht des Bedürftigen auf Unterstützung“⁴⁵ nicht aus der Verleihung durch den Staat, sondern aus dem schon erwähnten Daseinsrecht folgerte.

Mit diesem starren Rechtsgedanken, der äußerst konstruktiv anmutet, und mit sozial-ethischen, sittlichen Erwägungen lehnte die klerikale Partei den Staatszuschuß ab, da er einer Armenunterstützung gleichkäme. v. Hertling verwahrte sich dagegen, daß der fleißige, ehrenhafte Arbeiter „mit dem arbeitsscheuen Volke“, das den öffentlichen Mitteln zur Last falle,⁴⁶ auf eine Stufe gestellt werde. Die Beitragspflicht stempelte er zu einer inneren Frage der Industrie, wobei auch der Arbeiter aus moralischen und rechtlichen Gesichtspunkten, soweit es gehe, heranzuziehen sei.

Ähnlich wie die Liberalen lehnte auch die ultramontane Partei durch Hinweis „auf den ungeheuren bürokratischen Apparat“⁴⁷ das zentrale Reichsinstitut ab. Daneben wurde das Fehlen einer konstitutionellen Kontrolle über Ein- und Ausgaben bemängelt. Partikularistische Tendenzen, wie sie Jörg berührt hatte, tauchten jedoch seltsamerweise nicht auf. Hielt sich das Zentrum vorläufig taktisch zurück? v. Hertling befaßte sich jedenfalls mit diesen Fragen nicht, um sich desto intensiver korporativen Gedankengängen zuzuwenden.

Der Zentrumsredner ging von der schon bestehenden Vereins- und Berufstätigkeit aus, um von hier im Gegensatz zu „einer ertödtenden, alle Kräfte absorbirenden Konzentration“ einen Weg aufzuzeigen, „wo, wie kaum woanders, die Möglichkeit einer autonomen Entwicklung, einer korporativen Bildung vorhanden“⁴⁸ sei und wo Keime schon tatsächlich vorlägen.

45. a. a. O. S. 688.

46. a. a. O.

47. a. a. O. S. 689.

48. a. a. O. S. 689. In den Sten.Ber. in Sperrdruck.

Dieser nicht nur kritische, sondern auch schöpferische Gedanke erhielt prinzipielle wie taktische Bedeutung. Im Gegensatz zur zentralisierenden Reichsanstalt setzte sich das Zentrum für das Prinzip einer weitgehenden Dezentralisation ein. Man wies im Gegensatz zum Liberalismus, der dieses Problem individualistisch erfaßte, auf bereits vorhandene Gebilde im Volkskörper hin, an die angeknüpft werden konnte. Staatssozialistischen Plänen wurde gleichzeitig die Spitze abgebrochen. Aus parteitaktischen Rücksichten vermieden es die Klerikalen, das gefährliche Phantom offen zu bekämpfen, um nicht jede Aussicht auf Mitarbeit oder auf Zustandekommen des Gesetzes zu zerstören. Im Hintergrund stand jedoch — mehr als bei anderen Parteien vielleicht — auch beim Zentrum die Furcht vor einer Staatsallmacht, deren Druck man bereits im Kulturkampf eindringlich genug empfunden hatte.⁴⁹

Aktiengesellschaften und Genossenschaften auf Gegenseitigkeit wollte das Zentrum nicht unbedingt verwerfen. v. Hertling sah sie nicht als störend an, während die Reichsanstalt dagegen „fremd und mechanisch“⁵⁰ zwischen Arbeiter und Unternehmer trete, wodurch die Verantwortung des Arbeitgebers wesentlich abgeschwächt werde und der Arbeiter dem Industriellen „fremd und theilnahmslos“⁵¹ gegenüberstehe. Eine segensreiche Bindung herrsche in den aus der Industrie herausgewachsenen Gebilden, in den kleinen, schon bestehenden lokalen Unfallgenossenschaften, da sie vom gemeinsamen Interesse getragen würden und „ein gemeinsames Band“⁵² Arbeiter und Unternehmer umschlinge. Der Nutzen dieser „natürlich entstandenen korporativen Bildungen“⁵³ müsse gestärkt, unterstützt und erweitert werden.

Der „Berliner Börsencourier“ sprach von der „angestammten Schaukelpolitik“⁵⁴ des Zentrums, denn v. Hertling vermied es sorgsam, sich bereits in der ersten Lesung festzulegen. Außer-

49. Vgl. Hertling: Erinnerungen a. a. O. S. 21.

50. Hertling, Rede 1. April 1881, a. a. O. S. 690.

51. a. a. O.

52. a. a. O.

53. a. a. O.

54. Berliner Börsencourier. Nr. 167. 1. April 1881.

dem ist ein gewisser Zwiespalt zwischen dem korporativen Gedanken und der starren Rechtsidee nicht zu verkennen. Mit der Idee des Rechtsstaates wurde staatliche Sozialpolitik gebilligt, mit dem Prinzip korporativer Gestaltung dagegen die Machtsphäre des Staates soweit wie möglich zurückgedrängt und eingeschränkt. Die durch v. Hertling angedeuteten korporativen Gebilde waren für das Zentrum noch keine ausgereiften oder klar umrissenen Formen; sie kündigten mehr eine allgemeine Richtung als einen bestimmten Weg an.⁵⁵ Innerhalb des politischen Katholizismus stand v. Hertling z. B. zu den ständisch-korporativen Anschauungen des Kaplan Hitze in grundsätzlichem Gegensatz;⁵⁶ in der Partei behielt seine Richtung den Vorrang.

Mit dem korporativen Gedanken vereinte das Zentrum prinzipielle Parteianschauungen und politische Ziele. Ein korporativer Aufbau der Arbeiterversicherung sollte die realen Kräfte des Volkes beleben und zusammenfassen, weil „nicht die Stärkung der Zentralgewalt“, sondern nur „die Stärkung aller einzelnen Glieder des Volksorganismus“⁵⁷ Schutz vor der Revolution gewähre. Daß sich gleichzeitig ein parteipolitisches Moment dahinter verbarg, hütete man sich wohlweislich auszusprechen; denn das korporative Prinzip konnte der betont staatlichen Lösung Bismarcks entgegengesetzt werden und einen schützenden Damm vor der gefürchteten Staatsomnipotenz aufrichten.

Die konservative Presse, voran die „Kreuzzeitung“, hatte schon Anfang 1881 versucht, die Front nach dem Zentrum hin zu verlängern, ohne jedoch rechte Gegenliebe zu finden. Einig war man sich nur in der Ablehnung der individualistischen, liberalen Ideen und in der Forderung, daß die sozialen Maßnahmen von einer sittlich-religiösen Vertiefung begleitet werden müßten. Im Reichstag fand der christliche Gedanke innerhalb der kon-

55. K. Heidemann a. a. O. S. 26 bezeichnet die korporativen Gebilde v. Hertlings als „konservativ modifizierte Nachbildungen liberaler Selbsthilfeorganisationen“.

56. Vgl. v. Hertling: Aufsätze und Reden sozialpolitischen Inhaltes. Freiburg 1884. Bd. 2. Einige Bemerkungen zu Fr. Hitzes: Kapital und Arbeit.

57. Hertling, Rede 1. April 1881, a. a. O. S. 691.

servativen Reihen offenere Zustimmung als bei den Ultramontanen. Nicht nur der Deutschkonservative v. Marschall wies auf eine notwendige Verbindung des materiellen Wohlstandes mit dem sittlichen und religiösen Leben hin,⁵⁸ auch der Reichsparteiler Stumm bekannte sich zum Gedanken des praktischen, lebendigen Christentums.⁵⁹ Wie das Zentrum seinen Willen zur Mitarbeit kundgetan hatte, so bejahten auch die Konservativen aus voller und ehrlicher Überzeugung die praktische Initiative, „alle staaterhaltenden Kräfte zu vereinen und gemeinschaftlich den Weg der positiven sozialen Reform zu beschreiten“.⁶⁰ Berührungspunkte zwischen dem Zentrum und den Konservativen waren vorhanden, wenn sich auch das Zentrum aus Taktik eine gewisse abwartende Zurückhaltung auferlegt hatte und sein rechtlicher Standpunkt sich nicht immer mit dem mehr sozialpolitischen Ausgangspunkt der Konservativen deckte.

Wie innerhalb des Liberalismus, so lassen sich auch innerhalb der konservativen Reihen Schattierungen feststellen, die bei der parlamentarischen Breite des Konservativismus, angefangen vom extremen Flügel der Deutschkonservativen bis zum linken der Reichspartei, durchaus zu verstehen sind. Das bindende und fördernde Element dieser politischen Gruppen war jedoch der Wille, „Positives für die arbeitenden Klassen zu schaffen“ und „in dieser Session etwas zu stande zu bringen“.⁶¹

In der Reichspartei übernahm der Großindustrielle Stumm die sozialpolitische Führung, ohne daß sich — wie noch zu zeigen ist — seine stark persönlich gefärbte Stellung zum vorliegenden Entwurf immer mit der Auffassung der gesamten Partei deckte. Stumm, von der „Frankfurter Zeitung“ ironisch „Arbeitsbiene“ getauft,⁶² hatte schon lange Jahre vorher im Reichstag für Arbeiterversicherung gekämpft. Die Regierungsvorlage war also ein praktischer Schritt in der Richtung seiner Forderungen, und doch war der „Vorkämpfer der staatlichen Sozial-

58. Marschall, Rede 1. April 1881, Sten.Ber. a. a. O. S. 684.

59. Stumm, Rede 2. April 1881, Sten.Ber. a. a. O. S. 718.

60. Marschall, a. a. O. S. 681.

61. a. a. O. S. 684.

62. Frankfurter Zeitung. Nr. 172. 16. Juni 1881.

politik", zu dem sein Biograph ihn zu stempeln versucht,⁶³ im Grunde seines Herzens mit der Lösung Bismarcks nicht einverstanden.

Während der Deutschkonservative v. Marschall das Haftpflichtgesetz ablehnte, hätte Stumm eine Erweiterung der Haftpflicht befürwortet, weil sie — wie auch von Seiten des Zentrums schon betont wurde — den Vorzug habe, Arbeiter und Unternehmer aus materiellen Interessen anzuhalten, die Unfälle zu verhüten.⁶⁴ Daß sich Stumm trotzdem auf den Boden der Regierungsvorlage stellte, lag vorwiegend daran, daß er die Privatversicherungen ablehnte. Im Gegensatz zu den Liberalen und zum Zentrum wollten Reichspartei und deutschkonservative Partei grundsätzlich private Versicherungsanstalten ausschließen. Wenn das Zentrum aus politischen Gründen die Reichsanstalt als störend empfand, so hielten die Konservativen aus sozialpolitischen Motiven „die Statuten der Versicherungsgesellschaften“⁶⁵ für trennend und hemmend.

Liberales und Konservative standen sich in diesem Punkt schroff gegenüber, und selbst mit den sonst kompromißfreudigen Nationalliberalen war kaum eine Verständigung zu erhoffen. Da antiliberaler und auch antikapitalistische Tendenzen innerhalb der ultramontanen Reihen nie verleugnet worden waren, so konnte diese Frage für das Zentrum untergeordnete Bedeutung erhalten, besonders dann, wenn sich mit den Konservativen Berührungspunkte grundsätzlicher Art ergaben. Diese waren tatsächlich vorhanden. Der korporative Gedanke verband Zentrum, Reichspartei und deutschkonservative Partei und gab eine Grundlage zu gemeinsamer Arbeit.

Welche Formen die korporativen Anschauungen v. Marschalls in der Wirklichkeit annehmen sollten, ist schwer zu sagen. Er bezeichnete es als eine wichtige Aufgabe staatserhaltender Politik, „auf der tabula rasa“, welche der Liberalismus verursacht habe, „die Kräfte der Vereins- und Genossenschaftsbildung wieder zu sammeln, die Keime der Selbstthätigkeit, der

63. F. Hellwig, a. a. O. S. 180.

64. Stumm, Rede 4. April 1881, Sten.Ber. a. a. O. S. 719. Vgl. die Rede Hertlings, 1. April 1881, a. a. O. S. 686.

65. Marschall, Rede 1. April 1881, Sten.Ber. a. a. O. S. 682.

Selbstverwaltung wieder zu befruchten, die vorhanden sind“.⁶⁶ Altes Gedankengut steckt in diesen Äußerungen. Die Konservativen sahen die Möglichkeit, ständisch-korporative Ideen auf ihre Zeit zu übertragen und der liberalen Auflösung entgegenzuwirken.⁶⁷ Freilich fehlte dem Gedanken, eine Arbeitgeber- und Arbeiterselbstverwaltung mit einem „reichseinheitlichen Abschluß“⁶⁸ aufzubauen, noch jegliche Klarheit und Reife.

Der Reichsparteiler Stumm knüpfte an die bestehenden Knappschaften an und dachte, von dort aus korporative Verbände weiterzubilden. Er konnte sich dabei auf die Regierungsvorlage berufen, die Genossenschaften, zu der sich Betriebe schon vereinigt hatten, nicht beseitigte oder ausschloß.⁶⁹

Das Zentrum hatte sich mit dem korporativen Prinzip gegen die autoritär-staatliche Gestaltung Bismarcks gewandt. Das Streben der beiden konservativen Parteien lag im Grunde in derselben Richtung. Während die Klerikalen aber den Weg zu einer korporativen Bildung in einem natürlichen, mehr organischen Herauswachsen der Verbände aus der Industrie sahen, planten die Konservativen mit Hilfe des Staates einen Aufbau von oben nach unten. Die Staatshilfe sollte den Bildungsprozeß korporativer Verbände beschleunigen, denn der Arbeiter dürfe nicht „auf den langsamen Weg“⁷⁰ vertröstet werden. Stumm erklärte sich deshalb ebenfalls im Prinzip mit der Reichsanstalt einverstanden, aus der — „aber erst nach und nach“⁷¹ — die Verbände herausgeschält werden könnten.

Mag der Weg verschieden sein, in der Richtung wenigstens steuerten Konservative und Zentrum gemeinsam auf eine betontere korporative Gestaltung hin, welche die straffe, zentralistische Organisation der Vorlage auflockern sollte. Nur die Beweggründe der drei Parteien waren verschieden. Die Deutschkonservativen gingen von altem, ihrer politischen Anschauung organisch eingefügtem Gedankengut aus; das Zentrum wollte

66. a. a. O. S. 683.

67. Vgl. Deutsches Tageblatt. Nr. 5. 3. April 1881.

68. Marschall a. a. O.

69. § 56 der Vorlage. Sten.Ber. 1881. Bd. 3. Aktenstück Nr. 41, S. 227.

70. Marschall a. a. O. S. 683.

71. Stumm, Rede 2. April 1881, a. a. O. S. 720.

einer Stärkung der Staatsgewalt vorbeugen, während der Industrielle Stumm einerseits praktisch an die Knappschaften anknüpfte und andererseits zweifellos großindustrielle Bedenken bei ihm mitspielten, die Freiheit des Betriebes zu wahren. Denn von hier aus ist auch seine Stellung zum Haftpflichtgesetz und die folgende Ablehnung des Staatszuschusses zu verstehen.

Nicht allein mit sozial-ethischen Bedenken, sondern vor allem durch die dem Kanzler entgegenstehende Überzeugung, daß die Industrie diese Last auf sich nehmen könne, ohne größeren Schaden zu erleiden, verwarf der Freikonservative einen Staatsbeitrag grundsätzlich. Ob der Großindustrielle auch die Leistungsfähigkeit kleinerer Betriebe berücksichtigte?⁷² Jedenfalls bezeichnete er die Beitragsfrage als „point d'honneur“.⁷³ Es gehe nicht an, für die „durch den Schutzzoll ohnedies in gesicherte Verhältnisse gekommenen Industriearbeiter“⁷⁴ die Gesamtheit der Steuerzahler, die sich „leider zum allergeringsten Theil unter den wohlhabenden Klassen“⁷⁵ befänden, einzuspannen. Den Wunsch, die Popularität des Arbeiters für das Reich zu gewinnen, erkenne er wie der Kanzler an, aber dieses Streben könne auch durch andere Mittel verwirklicht werden.

Die Tatsache, daß der von Bismarck so hartnäckig verteidigte Staatszuschuß selbst von einem so bekannten, rechtsstehenden Großindustriellen wie Stumm abgelehnt wurde, konnte einen Eindruck auf den Reichstag nicht verfehlen. Das eigentliche sozialpolitische Problem des Staatszuschusses streifte Stumm zwar, er umging es aber wiederum, indem er wie v. Hertling die ganze Prämienfrage für eine innere Angelegenheit der Industrie erklärte.

Hellwig meint in seiner Biographie, Stumm habe nur dem Vorwurf des Liberalismus begegnen wollen, daß der Staat die Industrie einseitig gegenüber anderen Wirtschaftszweigen unter-

72. Nach einem Bericht des „Reichsboten“ Nr. 125; 31. Mai 1881 äußerte sich Bismarck auf einer parlamentarischen Soiree, daß mit Ausnahme des „Königs Stumm“ die Industriellen wohl kaum die Prämie würden zahlen können. Bismarck war über die Haltung Stumms äußerst verstimmt.

73. Stumm a. a. O. S. 722.

74. a. a. O.

75. a. a. O. S. 724.

stütze.⁷⁶ Ein anderer, tieferer Grund scheint jedoch noch hinzukommen, der bei allen Parteien durchschimmert und bei Stumm aus seiner zwar verpflichtenden, aber auch selbstbewußten Haltung als Großindustrieller zu erklären ist: die Furcht oder wenigstens das Bedenken, der Staat könne seine Machtsphäre erweitern und seinen Einfluß auf Wirtschaft, Arbeiter und Industrie verstärken.

Die Front gegen einen Staatszuschuß erstreckte sich von den Liberalen über das Zentrum bis zu den Konservativen. Nur ein kleiner Teil der deutschkonservativen Partei wollte dem Kanzler folgen.⁷⁷ Furcht vor staatssozialistischen Plänen verneinte v. Marschall, um sich vorwiegend mit sozial-sittlichen Motiven gegen staatlichen Prämienbeitrag zu wenden.⁷⁸ Beide, Reichsparteiler und Deutschkonservativer, forderten von ihrem korporativen Standpunkt, daß man den Arbeiter selbst mit geringem Beitrage heranziehen müsse, um ihn an der Verwaltung teilnehmen zu lassen und den Charakter der Selbsthilfe zu unterstreichen.⁷⁹

Die „Kreuzzeitung“ schrieb nach der ersten Lesung, der Staatszuschuß sei nicht „von solcher Bedeutung“,⁸⁰ daß eine Verständigung ausgeschlossen erscheine. Aber warum war man in die Front gegen Bismarck eingeschwenkt? War es nur Taktik, mit vorwiegend sozial-ethischer Begründung einen politischen Gegensatz zu verschleiern? Oder verbarg die agrarisch orientierte Partei, ähnlich wie der Liberalismus, Bedenken, daß der Staatszuschuß einer Unterstützung der Industrie gleichkäme? Stumm hatte das eigentliche sozialpolitische Problem, wie es Bismarck sah, angedeutet; von deutschkonservativer Seite wurde es nicht berührt.

Wenn der Liberalismus ein völliges soziales Unverständnis zeigte, Zentrum und Konservative trotz aller Bedenken und Ein-

76. F. Hellwig a. a. O. S. 245.

77. Marschall betonte ausdrücklich in seiner Rede, daß einige seiner Freunde die von ihm vorgetragenen Bedenken nicht teilten. a. a. O. S. 684.

78. Marschall a. a. O. S. 682, 683.

79. Stumm schlug vor, dem Unternehmer $\frac{2}{3}$, dem Arbeiter $\frac{1}{3}$ der Prämie aufzuerlegen.

80. Kreuzzeitung, Nr. 81, 5. April 1881.

schränkungen wenigstens den Willen bekundeten, dem Arbeiter zu helfen, so muß der Sozialdemokratie vorgeworfen werden, daß sie bewußt jede staatliche Sozialpolitik sabotierte und sich von einseitigen Klasseninteressen leiten ließ. Bebel stellte zwar fest, daß bei der Sozialgesetzgebung „der Interessengegensatz der verschiedenen Schichten in der eklatantesten Weise zum Ausdruck“⁸¹ käme; aber er traf damit nicht nur das Gefüge der anderen Parteien, sondern in hervorragendem Maße das seiner eigenen. Die Haltung der sozialdemokratischen Partei ist ausschließlich von parteitaktischen Momenten bestimmt, denn man war sich bewußt, daß sich alle sozialen Maßnahmen letzten Endes gegen die Partei selber richteten. Man erkannte aber auch, daß der dem Gesetz zugrunde liegende politische Gedanke und die daraus entspringende politische Gefahr durch die gegensätzliche Haltung der bürgerlichen Parteien wesentlich abgeschwächt und verwässert wurde. Bebel erklärte deshalb ganz offen, daß die Sozialdemokratie aus der Behandlung des Gesetzes „neue Nahrung und neues Gedeihen“⁸² schöpfen werde.

Da auch das Gothaer Programm der Partei vom Jahre 1875 ein wirksames Haftpflichtgesetz gefordert hatte,⁸³ so mußte Bebel schon aus Rücksicht auf die Wählermassen die Versicherung abgeben, die Regierungsvorlage „sachlich und objektiv“⁸⁴ zu prüfen. Aber was bedeutete eine solche Versicherung, wo es galt, die Pläne des Kanzlers zu durchkreuzen oder auszunutzen! Es war eine einfache, aber auch unaufrichtige, irreführende Taktik, bald zu verwerfen, was gefährlich schien und bald zu übersteigern, um sich „lieb Kind“ zu machen. Durch überhöhte Forderungen täuschte man den Arbeiter, der um der revolutionären Zielsetzung willen unzufrieden gestimmt werden mußte, über etwaige Vorteile der Regierungsvorlage hinweg und spielte sich als berufenen Vertreter der unteren Klassen auf.

81. Bebel, Rede 4. April 1881, Sten.Ber. a. a. O. S. 755.

82. a. a. O. S. 756.

83. Specht-Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Berlin 1904 S. 398.

84. Bebel, a. a. O. S. 746. Vgl. auch „Der Sozialdemokrat“. Nr. 19. 8. Mai 1881.

Bebel forderte, alle Arbeiter, ja sogar die kleinen Gewerbetreibenden in den Kreis der zu Versicherten aufzunehmen.⁸⁵ Da das Gesetz dem Arbeiter bei Unfall höchstens 66⅔ % des Arbeitslohnes, der Witwe bei Todesfall nur 50 % gewährte, stellte er sich schützend vor eine Verschlechterung des Arbeiters, der einen vollen Lohnsatz als Unterstützung beanspruchen müßte. Der Staatszuschuß — von den bürgerlichen Liberalen als gefährlicher Sozialismus gebrandmarkt — mußte von der „proletarischen Partei“ abgelehnt werden, da er dazu dienen konnte, den Arbeiter an den Staat zu fesseln. Seine politischen Bedenken tarnte Bebel geschickt, indem er meinte, daß ein staatlicher Beitrag eine Unterstützung des Unternehmers bedeute, der ja sowieso nur die Kraft des Arbeiters kaufe, „um aus ihr rothes blankes Gold herauszupressen und dabei ein reicher Mann zu werden“.⁸⁶ Für eine Zentralisation, also für die Reichsanstalt setzte sich die Sozialdemokratie ein, ohne jedoch eine Mitwirkung oder Mitverwaltung der Arbeiter vorzuschlagen, wie es das Gothaer Programm schon für Hilfs- und Unterstützungskassen gefordert hatte.⁸⁷

Mit seiner Rede sprach Bebel mehr zu den Fenstern des Reichstages hinaus als zum Reichstag selber. Denn hier konnte man, ohne von der Polizei gestört zu werden, die Kritik an der Sozialgesetzgebung über und über mit marxistischem Gedanken- gut spicken und vor allem Propagandareden von Stapel lassen, über die in der Presse berichtet werden konnte. Nicht ohne Grund stellte deshalb das Berliner Polizeipräsidium fest, daß durch die Anwesenheit der Abgeordneten in der Reichshauptstadt und durch ihr Auftreten im Parlament das sozialdemokratische Parteileben „neue Anregung“ erfahren habe.⁸⁸

Die Sozialdemokratie riß nieder, stellte und überstürzte Forderungen, ohne auch nur einen Funken Willen zu zeigen, dem deutschen Arbeiter wirklich und wirksam zu helfen. Da-

85. Bebel, a. a. O. S. 751.

86. a. a. O. S. 784.

87. Vgl. auch das Parteiprogramm von 1891. Specht-Schwabe a. a. O. S. 402.

88. Bericht des Pol.-Präs. Berlin. 18. April 1881. Quartalsberichte Nr. 46; Vol. 3.

gegen bezeugte die Partei ihre internationale Solidarität und richtete an Bismarck den Apell, eine internationale Konferenz einzuberufen, „um Einrichtungen zum Besten und zum Wohle der Unterdrückten, der Enterbten... in allen Kulturländern herbeizuführen“. ⁸⁹ Staatliche Sozialpolitik, die dem inneren Ausbau des jungen Reiches dienen und den sozialen Frieden mitverbürgen sollte, stand freilich im Gegensatz zum Machtanspruch des Marxismus, der Klassenkampf und den sozialistischen Zukunftsstaat predigte. Darum vergaß Bebel auch nicht das scheinbare Selbstbewußtsein, das politische Bewußtsein seiner Partei herauszustreichen, indem er in ironisierender Art die anderen Parteien belehrte, wie man die Waffe gegen die Sozialdemokratie bedeutend verbessern, d. h. dem Gesetzentwurf eine solche Gestalt geben könne, „daß er auch wirklich in umfassendem Grade zur positiven Bekämpfung“ beitragen werde. ⁹⁰

VI. Die Kommissionsberatung.

Die erste Lesung der Unfallversicherungsvorlage bot ein uneinheitliches, zerrissenes und wenig erfreuliches Bild. Man war sich innerhalb der Parteien dieser Gegensätzlichkeiten vollauf bewußt, ohne nun aber zu versuchen, durch sachliche Kritik eine gemeinsame Ebene zu gewinnen. Die Pressepolemiken in der Folgezeit waren wenig geeignet, zur Lösung des Arbeiterproblems beizutragen. Das Zentrumsorgan, die „Germania“, glaubte nicht, daß das Gesetz noch in dieser Session zustande käme. ¹ Die liberale „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ sprach in Hinblick auf die Kommissionsarbeit von einem „Begräbnis erster Klasse“, ² und selbst die anfangs so optimistische „Kreuzzeitung“ stimmte etwas enttäuscht mit dem Kanzler überein, daß es „gewissermaßen eine Probe“ ³ sei, die gemacht werden müsse.

89. Bebel, a. a. O. S. 750.

90. a. a. O. S. 174. Es lassen sich in Bebels Rede mehrere solche Stellen nachweisen.

1. Germania, Nr. 76, 4. April 1881.

2. Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 80, 5. April 1881.

3. Kreuzzeitung, Nr. 81, 5. April 1881.

Aber trotz der inneren Zerrissenheit, die sich bis in die Reihen der Parteien fortgesetzt hatte, blieb noch die Hoffnung, in der Kommission, die auf einen Antrag Stumms eingesetzt war, einen Weg zu einer Mehrheitsbildung zu finden.⁴ Es war gewiß taktisch wie politisch unklug, die Sozialdemokraten von der Kommissionsarbeit auszuschließen und ihnen freies Spiel zu lassen. Als liberale Blätter fragten „Warum nicht“, erhielten sie von Zentrumsseite die belehrende Antwort, daß die Sozialdemokraten sich nicht danach benommen hätten, um ihnen besondere Vorteile zu gewähren.⁵ Nicht minder ungeschickt erklärte die „Kreuzzeitung“, daß man wohl für die Arbeiter, nicht aber für die sozialdemokratischen Führer Sympathie hege.⁶

Die Kommissionsberatungen begannen am 28. April und boten vorerst dasselbe aufgespaltene Bild wie die im Plenum. Gleich am ersten Tage brachte die Fortschrittspartei ihre schon lange angekündigte Vorlage ein,⁸ die in einer Erweiterung des Haftpflichtgesetzes bestand und mit der sich der Linksliberalismus offensichtlich in die Opposition stellte, um jegliche positive Arbeit zu erschweren. Wenn die Parteien, einschließlich der nationalliberalen,⁹ diese Vorlage auch ablehnten und sich damit für das öffentlich-rechtliche Prinzip des Regierungsentwurfes entschieden, so waren doch noch zahllose Gegensätze zu überwinden.¹⁰

Der Weg zu einer Klärung und Zusammenarbeit wurde unvermutet vom Zentrum eröffnet. Schon am 4. April, gleich nach

4. In der Kommission waren vertreten: 4 Deutschkonservative, 4 Reichsparteiler, 8 Zentrumsmitglieder, 7 Nationalliberale, 3 Fortschrittler, 2 Sezessionisten. Sten.Ber. 1881, Bd. 4, Aktenstück Nr. 159; S. 847. Vorsitzender war Frhr. v. Franckenstein, nach C. Bachem a. a. O. S. 89 von Windthorst dazu bestimmt.

5. Vossische Zeitung, Nr. 161, 6. April 1881. Königsberger Hartung-sche Zeitung, Nr. 82, 7. April 1881.

6. Germania, Nr. 78, 6. April 1881.

7. Kreuzzeitung, Nr. 83, 7. April 1881.

8. Sten.Ber. 1881; Bd. 4; Aktenstück Nr. 159, S. 847.

9. Vgl. National-Zeitung, Nr. 201, 29. April 1881.

10. Der von Hertling verfaßte Kommissionsbericht, der die Gegensätze aufzählt, nennt leider keine Namen, so daß man auf Zeitungsberichte angewiesen ist.

der ersten Lesung, nahm die „Germania“ den Gedanken einer Dezentralisation der Versicherung auf und glaubte auch zu wissen, daß Bismarck „auf eine Reichsanstalt nicht bestehe“.¹¹ Während sich das Zentrum im Reichstag zurückgehalten hatte, schlugen plötzlich v. Hertling und Domkapitular Moufang in der Kommission vor, die Reichsanstalt unter Billigung von Privatversicherungen durch Landesanstalten zu ersetzen.¹² Da die Nationalliberalen für Reichsanstalt und für Privatgesellschaften eintraten und die beiden konservativen Parteien, wenn auch schweren Herzens, die Reichsanstalt aufgeben wollten, jedoch nur unter Ausschluß jeder privaten Versicherung, — so hatte sich das Zentrum in eine günstige, ja entscheidende Mittelstellung hineinmanövriert.

Die Zentrumsparthei entschied sich für monopolisierte Landesanstalten und damit für Zusammengehen mit den Konservativen. Zweifellos waren es partikularistische Tendenzen, die im politischen Katholizismus durchbrachen, wenn sich auch die katholische Presse gegen einen solchen Vorwurf wehrte.¹³ Von wem dieser Anstoß ausging und ob vielleicht Windthorst, der ein entschiedener Gegner jeder einheitsstaatlichen Bestrebung war,¹⁴ die Partei in diese Richtung drängte, ist schwer zu klären. Jedenfalls versuchte das Zentrum auch in der Sozialpolitik seine politischen Grundsätze durchzubringen. Daß bei dem Kompromiß mit den Konservativen die Privatgesellschaften aufgegeben werden mußten, konnte der ganzen antikapitalistischen Struktur des Zentrums nach nicht allzu schwer fallen. Man hätte den Nationalliberalen nur Dienste geleistet und mit der für sie sehr verlockenden Reichsanstalt unitarische Tendenzen gestärkt.¹⁵ Überdies wäre mit der Annahme von Aktiengesellschaften das Gesetz von vornherein gefallen.

Bismarck hatte Privatversicherungen grundsätzlich abgelehnt, während er später auf einer parlamentarischen „Soiree“

11. Germania, Nr. 76, 4. April 1881.

12. Vgl. dazu und folgend Berichte der Frankfurter Zeitung, Post u. a.

13. Historisch-politische Blätter, Jahrg. 1881, S. 865. Germania, Nr. 100, 101, 4/5. Mai 1881.

14. E. Hüsgen, a. a. O. S. 328 f.

15. Vgl. Historisch-politische Blätter. Jhrg. 1881. S. 863.

— vielleicht nur taktisch — äußerte, Staatsanstalten annehmen zu wollen, da diese in kleineren Bundesstaaten nicht lebensfähig sein würden und der Übergang in eine große Anstalt sich dann naturnotwendig von selbst vollziehen werde.¹⁶ Um ein Aufgehen kleinerer Anstalten in die größere preußische zu verhindern und um einer damit verbundenen Stärkung Preußens vorzubeugen, hatten die Bundesstaaten einer reichseinheitlichen Zusammenfassung zugestimmt, so daß diesmal die um „den föderativen Charakter des Reiches“¹⁷ besorgte Zentrumspartei den Einzelstaaten entgegenarbeitete.

Fest gefügt war der klerikal-konservative Kompromiß nicht. Der Vorbehalt der Zentrumsmitglieder, bei Annahme der Reichsanstalt wieder auf Privatgesellschaften zurückzukommen, war ein Druck auf die Konservativen, die nur widerwillig eine bundesstaatliche Lösung annahmen. Die Schuld, in eine solche Zwangslage gekommen zu sein, schob man auf konservativer Seite allgemein den Nationalliberalen in die Schuhe.¹⁸ Bismarck selbst war mit der unentschlossenen Haltung der Nationalliberalen nicht zufrieden, da das Zentrum mehr und mehr die parlamentarische Lage zu beherrschen schien. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ griff Bennigsen's Partei scharf an,¹⁹ und der Kanzler warnte drohend im Reichstag: „Laß nicht vom Linken dich umgarnen“,²⁰ worauf es aus dem „Hannoverschen Courier“ widerhallte: „Laß nicht vom Schwarzen dich umgarnen“.²¹

Die Nationalliberalen schienen isoliert. In der Kommission vereinigten sich Zentrum und Konservative weiterhin zu gemein-

16. Post, Nr. 141, 25. Mai 1881. Die „Konservative Correspondenz“ nahm diesen Gedanken schon Anfang Mai auf. Abgedr. Kreuzzeitung, Nr. 108, 8. Mai 1881. Der Berliner Börsencourier, Nr. 273, 14. Mai 1881, teilte mit, daß Bismarck schon Verträge mit Einzelstaaten abgeschlossen habe.

17. Germania, Nr. 100, 4. Mai 1881.

18. Vgl. Post, Nr. 124; Nr. 130. Deutsches Tageblatt Nr. 33. Ebenso den Bericht über eine Wahlversammlung auf der v. Puttkamer sprach. Kreuzzeitung, Nr. 109, 10. Mai 1881.

19. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 197, 29. April 1881. Vgl. auch Kreuzzeitung, Nr. 107, 7. Mai 1881 unter: offiziöse Correspondenten schreiben.

20. Bismarck, Rede 5. Mai 1881. Ges. Werke, Bd. 12, S. 266.

21. Hannoverscher Courier, Nr. 10929, 8. Mai 1881.

samer Arbeit, um die bestehenden korporativen Verbände zu erhalten und den Boden für Neubildungen zu ebnen, denn „es gelte die Gefahr zu beseitigen, daß durch Einrichtung einer staatlichen, obligatorischen Unfallversicherung jedes selbständige korporative Leben vernichtet werde“.²² Um „die organische Verbindung“²³ mit den Knappschaften stärker herauszuheben, wurde Kassen, denen die Invalidenversorgung ihrer Mitglieder obliege, erlaubt, auf eigene Rechnung auch die Unfallversicherung zu übernehmen. Ebenso sollte einzelnen Unternehmern eine eigene Unfallversicherung von der zuständigen Landesbehörde gestattet werden können.

Bismarck hatte schon im Februar 1881 auf die Vorzüge von Genossenschaften hingewiesen²⁴ und bejahte auch im Mai Reichstagsabgeordneten gegenüber diesen Gedanken vollauf. Scharf ablehnend äußerte er sich dagegen über die Streichung des Staatszuschusses, da er seinen Namen unter kein Gesetz schreibe, „welches eine Belastung des armen Arbeiters“ enthalte.²⁵ Ebenso glaube er nicht, daß die Industrie die Prämie allein zahlen könne. Die Kommission hatte mit allen, außer zwei Stimmen den staatlichen Beitrag verworfen und war einem Antrag des Abgeordneten Stumm gefolgt, dem Unternehmer $\frac{2}{3}$, dem Arbeiter $\frac{1}{3}$ der Prämie zu übertragen. Wie im Reichstag schon, so regte sich auch jetzt unter den Deutschkonservativen ein Bestreben, Bismarck zu unterstützen. Eine Gruppe um Kleist-Retzow wollte in der zweiten Lesung einen dementsprechenden Antrag einbringen.²⁶

Der von der Kommission umgestaltete Regierungsentwurf wurde mit 17 klerikal-konservativen Stimmen gegen die der Liberalen angenommen. Das Zwangsprinzip wurde gebilligt, die Reichsanstalt durch Landesanstalten ersetzt, genossenschaftliche Träger der Versicherung stärker herausgearbeitet — und der

22. Kommissionsbericht, Sten.Ber. 1881, Bd. 4, Aktenstück Nr. 159; S. 846.

23. Kommissionsbericht a. a. O. S. 846.

24. Votum als Handelsminister. 15. Februar 1881. Poschinger: Bismarck-Portefeuille. Bd. 1.

25. Bericht über eine parlamentarische Soiree am 23. Mai 1881. Post, Nr. 141; Kreuzzeitung Nr. 122, 26. Mai 1881. Ebenso Bericht über eine Soiree am 28. Mai 1881. Reichsbote, Nr. 125, 31. Mai 1881; Post, Nr. 144, 29. Mai 1881.

Staatszuschuß gestrichen. In diesem letzten Punkt lag der entscheidende, grundsätzliche Gegensatz zwischen Regierung und Parteien.²⁷ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ glaubte deshalb auch gewiß zu sein, daß ein endgültiges Ablehnen des Reichsbeitrages „gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf Zustandekommen des Gesetzes in der gegenwärtigen Session“.²⁸ Da die Zentrumsfraktion die Kommissionsbeschlüsse durchaus billigte, die Haltung der Konservativen dagegen noch keineswegs als fest und sicher gelten konnte, so mußte abgewartet werden, wie weit Bismarck auf die Einstellung der Rechten einen Druck auszuüben vermochte. Schon während der Kommissionsverhandlungen hatte die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“ deutlich genug erklärt: „Aber der Mangel einer fest gefügten Mehrheit kann die Regierung nimmermehr in der Verfolgung ihrer Ziele irre machen . . .“²⁹

VII. *Zweite und Dritte Lesung.*

Im Gespräch mit Lucius äußerte Bismarck nach der zweiten Lesung, die am 31. Mai begonnen hatte: „Im Parlament habe man mit lauter Verrückten zu tun, nirgends eine Stütze.“¹ Bismarck hatte mit diesem zwar äußerst drastischen Urteil nicht unrecht, denn zweite und dritte Lesung waren von einem fast heillosen Durcheinander angefüllt. Überall klappten Gegensätze, überall offenbarte sich die Enge und Unfruchtbarkeit des parlamentarischen Lebens. Heinrich v. Treitschke glaubte schon, die

26. Vgl. Kreuzzeitung, Nr. 125, 31. Mai 1881; Vossische Zeitung, Nr. 245, 29. Mai 1881, Nr. 247, 31. Mai 1881.

27. K. Heidemann hat in seiner Untersuchung scheinbar die prinzipielle politische Bedeutung des Staatszuschusses nicht berücksichtigt, denn sonst könnte er nicht zu dem Urteil kommen: „Das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen war im großen und ganzen ein Erfolg der Regierung.“ a. a. O. S. 32.

28. Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Abgedr. Kreuzzeitung, Nr. 119, 27. Mai 1881.

29. Provinzial-Correspondenz, Nr. 19, 12. Mai 1881.

1. Gespräch am 12. Juni 1881. Ges. Werke Bd. 8, S. 415.

Theologenzanksucht wieder aufleben zu sehen, die einst zwei Jahrhunderte hindurch unser Vaterland zerrüttete".²

Es wäre nicht der Mühe wert, wollte man jeden Redner erwähnen oder alle Zusatz- und Änderungsanträge aufzählen, die eigentlich nur die positive Arbeit lähmten, aber doch wenigstens zeigten, daß die staatliche Sozialpolitik die Parteien in Unruhe und innere Bewegung gebracht hatte.

Die liberale Opposition nahm ihren zerstörenden Kampf in der gewohnten Art und mit den alten Mitteln wieder auf. Ein Versuch des Fortschritts, die Regierungsvorlage durch ein erweitertes Haftpflichtgesetz zu ersetzen,³ wurde gleich anfangs abgeschlagen. Aber trotzdem fuhr der Linksliberalismus fort, durch zahllose Anträge eine Art Kleinkrieg zu führen. Die extrem-liberalistische Sozialpolitik war negativ in ihrem Prinzip und wollte negativ bleiben. Je mehr sich der Widerstand gegen die staatliche Gesetzgebung verstärkte, desto mehr schienen die sozialpolitischen Probleme in den Hintergrund zu treten. Man konnte wirklich den Eindruck gewinnen, daß es sich bei den Auseinandersetzungen weniger um den Arbeiter oder eine Hilfe bei Unfällen, sondern — wie die „Staatsbürger-Zeitung“ schon früher bemerkte — um „ein Prozeßverfahren der Privatunfallversicherungsgesellschaften wider das Deutsche Reich“⁴ handelte.

Nicht anders verhält es sich mit der Sozialdemokratie. Liebknecht übersteigerte mit den üblichen Schlagworten die agitatorische Haltung der Partei, die hier über den Kämpfen stehe. Die Arbeiter sollten auf die Partei aufmerksam werden, denn allein darauf war der Grundton der ganzen Rede abgestimmt, in der sich der Jude zu dem wahrhaft erkenntnistiefen Satz hinreißen ließ: „Ein beliebiger Schulze oder Müller würde die Rolle zu spielen haben, wenn Fürst Bismarck nicht vorhanden gewesen wäre.“⁵

Die Nationalliberalen dagegen versuchten noch während der zweiten Lesung, ihre Haltung durch eine Erklärung auf dem

2. Preuß. Jahrbücher, 1881, S. 644.

3. Sten.Ber. Bd. 3; Aktenstück Nr. 191; S. 968.

4. Staatsbürger-Zeitung, Nr. 117, 20. Mai 1881.

5. Liebknecht, Rede 31. Mai 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1455.

Berliner Parteitag klarer zu umreißen," ohne aber bei den anderen Parteien großen Anklang zu finden. Die Erklärung war zu allgemein gehalten und erweckte nur einen unentschlossenen Eindruck. Sie erwähnte die veränderte Richtung der Innenpolitik und die daraus hervorgegangene veränderte Stellung der Partei zur Regierung, wies ebenso auf die Notwendigkeit sozialer Maßnahmen hin, ohne sich jedoch irgendwie festzulegen. In den Kampfzügen gegen Bismarck wollten die Nationalliberalen nicht einstimmen, wohl aber energischen Widerstand leisten, „wo eine Beschränkung der freiheitlichen Weiterentwicklung des Reiches durch reichsfeindliche und feudale Gewalten angestrebt" werde.⁷ Die gegnerische Presse schrieb von einem meisterhaften „Eiertanz",⁸ von „Verteidigungsschrift",⁹ „Schwäche und Haltlosigkeit",¹⁰ vom „Testament einer sterbenden Partei",¹¹ und die „Kreuzzeitung" konnte eine offiziöse Äußerung wiedergeben, die besagte, daß „die Entscheidung über die wirkliche politische Stellung der Partei . . . mit dieser Kundgebung nur aufgeschoben"¹² sei.

Da die Rechtsparteien und das Zentrum offensichtlich von den Nationalliberalen abrückten, mußte der Schwerpunkt der Reichstagsverhandlungen in einer klerikal-konservativen Zusammenarbeit liegen. Im Gegensatz zum Zentrum, das hauptsächlich bemüht war, den errungenen Kompromiß zu verteidigen und „die in der Kommission gefundene Basis nicht zu sehr zu verlassen",¹³ trieben die Konservativen eine aktive Politik, die darauf abzielte, zu der Regierungsvorlage und damit zu Bismarck eine Brücke zu schlagen.

Der erste Vorstoß ging vom Reichsparteiler Stumm aus, der erklärte, daß die partikularen Landesanstalten „eine in prinzipieller wie praktischer Hinsicht gleich bedauerliche Umgestaltung

6. Schulthess, a. a. O. 1881, S. 202.

7. a. a. O.

8. Germania, Nr. 125, 4. Juni 1881.

9. Kreuzzeitung, Nr. 129, 4. Juni 1881.

10. Frankfurter Zeitung, Nr. 160, 9. Juni 1881.

11. Reichsbote, Nr. 129, 4. Juni 1881.

12. Kreuzzeitung, Nr. 130, 5. Juni 1881.

13. Windthorst, Rede 1. Juni 1881, Sten.Ber. 1881, Bd. 2, S. 1489.

der Regierungsvorlage“¹⁴ seien und daß die Reichspartei, nur um das Gesetz nicht zu gefährden, in zweiter Lesung der Kommissionsvorlage zustimmen werde. Wollte sich die Partei einen Weg offen halten, da in der dritten Lesung die Koalition womöglich eine andere sein und ein Teil seiner Freunde eine andere Stellung einnehmen könne, wie Stumm seiner Erklärung hinzufügte?¹⁵ Oder stand hinter diesem taktischem Mannöver ein Wink des Reichskanzlers, um auf das Zentrum einen Druck auszuüben?¹⁶

Das Zentrum hatte vergeblich auf eine zustimmende Äußerung von seiten der Bundesstaaten gewartet, und die „Germania“ hatte den Bundesfürsten den Rat gegeben, sich „wachsamere Schützer ihrer Regierungsrechte“¹⁷ zu erwählen. Als nun auch die Sezessionisten durch Lasker einen neuen Vorstoß unternahmen, der die Landesanstalten als „ein Unikum in der Gesetzgebung“¹⁸ hinstellte, schien die parlamentarische Lage so verworren und undurchsichtig, daß das Zentrum selbst seinen Führer auf die Tribüne schickte. Windthorst bezeichnete sich als einen abgesagten Feind jeder Staatsomnipotenz und deutete an, daß die Kommissionsvorlage für das Zentrum nur ein Kompromiß sei, „um größere Übel zu vermeiden“.¹⁹ Scharf wandte er sich gegen verklausulierte Erklärungen²⁰ der Reichspartei und unterstrich mit seiner politisch wie sachlich geschickt aufgebauten Rede die feste, unnachgiebige Haltung des Zentrums. Wenn auch die Landesanstalten in zweiter Lesung mit 145 gegen 106 Stimmen durchgebracht wurden, so war eine endgültige Mehrheit für die dritte Lesung, nach der zögernden Haltung der Reichspartei zu urteilen, noch unsicher.

Die Deutschkonservativen hatten schon während der Kommissionsberatungen durchblicken lassen, daß sie versuchen würden, den Staatszuschuß zu retten. Ob der Kanzler selbst hinter

14. Stumm, Rede 31. Mai 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1470.

15. a. a. O.

16. Vgl. Frankfurter Zeitung, Nr. 154, 3. Juni 1881.

17. Germania, Nr. 122, 1. Juni 1881.

18. Lasker, Rede 1. Juni 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1482.

19. Windthorst, Rede 1. Juni 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1490.

20. Windthorst a. a. O. S. 1491.

dieser Aktion stand, ist nicht zu beweisen; jedenfalls begrüßte Staatssekretär v. Boetticher den Antrag Kleist-Retzows, der einen Staatsbeitrag für die unterste Lohnstufe auf fünf Jahre vorschlug.²¹ Innerhalb der konservativen Reihen herrschte offenbar keine Einigkeit, denn v. Marschall hatte in der ersten Lesung einen staatlichen Zuschuß abgelehnt, und auch jetzt hatten von 59 Deutschkonservativen nur 28 den Antrag unterschrieben.

Wie nicht anders zu erwarten, so erstand eine Einheitsfront gegen den Staatszuschuß, die vom Liberalismus bis zur Reichspartei, ja bis in die aufgespaltene deutsch-konservative Partei hinein reichte. Die Sozialdemokraten hielten sich taktisch zurück. Sie forderten, den Unternehmer mit der vollen Prämie zu belasten, und wollten erst dann einem staatlichen Beitrag zustimmen, wenn dem Unternehmer nicht allein die Prämie, sondern auch dem Arbeiter ein Teil aufgebürdet würde. Auf liberaler Seite schreckte immer noch der staatssozialistische Zug eines Reichsbeitrages, weil er „die Quintessenz des Systems Bismarck“ sei.²² Allgemein befürchtete man, daß der staatliche Zuschuß nur Wahltaktik bedeute,²³ denn Bismarck selbst hatte davon gesprochen,²⁴ und von der „Provinzial-Correspondenz“ war die viel Unruhe erregende Parole „der Anwalt des kleinen Mannes“²⁵ ausgegeben worden.

Der Antrag Kleist-Retzows fiel mit 185 gegen 19 Stimmen, nachdem auch der Zentrumsredner Reichensperger ihn als undiskutabel abgelehnt hatte.²⁶ Somit waren alle Versuche, die Haltung des Zentrums zu lockern, vorläufig fehlgeschlagen und die Kommissionsvorlage in den gefährlichsten Punkten gerettet. Ein Versuch der Fortschrittspartei, die Privatversicherung unter noch festzustellenden Normativbestimmungen zu erhalten,²⁷

21. Sten.Ber. 1881, Bd. 4; Aktenstück Nr. 207; S. 1054.

22. Bamberger, Rede 2. Juni 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1541.

23. Vgl. E. Richter, Rede 2. Juni 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1533. Germania, Nr. 123, 2. Juni 1881. Vossische Zeitung, Nr. 260, 8. Juni 1881. Tribüne, Nr. 226, 3. Juni 1881.

24. Bericht der Post, Nr. 141, 25. Mai 1881.

25. Provinzial-Correspondenz, Nr. 17, 27. April 1881.

26. Reichensperger, Rede 2. Juni 1881. Sten.Ber. a. a. O. S. 1535.

27. Sten.Ber. 1881, Bd 3, Aktenstück Nr. 189.

wurde abgewiesen, dagegen die genossenschaftliche Versicherung, also der in der Kommission umgeänderte § 56 mit konservativ-klerikaler Mehrheit angenommen. Die zweite Lesung schloß am 11. Juni, nachdem ein Antrag der Fortschrittspartei, die Privatgesellschaften zu entschädigen, verschoben worden war.²⁸

Wenn Bismarck auch nicht persönlich in den Verlauf der zweiten Lesung eingreifen konnte, da er sich während der Zeit leidend fühlte, so hatte doch v. Boetticher oft genug durchblicken lassen, daß die Regierung trotz der bestehenden Spannungen nicht gewillt sei, ihre sozialpolitischen Zielsetzungen aufzugeben. Die „Provinzial-Correspondenz“ hatte eine deutliche Sprache gesprochen und die Anerkennung des Staatszuschusses als „ein ebenso praktisches wie politisches heilsames Mittel“ verlangt, „wenn nicht von diesem, so von einem anderen Reichstage“.²⁹ Auch die Grenzboten, in denen M. Busch seine vom Kanzler beeinflussten Artikel zu veröffentlichen pflegte, griffen den Reichstag heftig an, denn die Parteien hätten den Entwurf, wie Knaben einen gefangenen Schmetterling, zerpfückt und zu einem Unding gemacht.³⁰

Da über die Haltung der Regierung zum Staatszuschuß keine Zweifel bestanden, der Reichstag trotz seines inneren Gegensatzes zwischen der liberalen und der konservativ-klerikalen Gruppe in der Mehrheit einen staatlichen Beitrag verwarf, so schien man in eine Sackgasse geraten zu sein. Die Deutschkonservativen suchten nach einem Ausweg und begannen hinter den Kulissen Verhandlungen, um die Vorlage so umzuändern, daß auch die Regierung zustimmen konnte. Die Karenzzeit, von der Kommission auf 14 Tage herabgesetzt, sollte wieder auf vier Wochen erhöht werden, die Grenze der Versicherungspflicht bei 1500 Mark Jahreslohn liegen, der Unternehmer allein die Prämie tragen und die einzelnen Bundesstaaten die Verwaltungskosten für die Landesanstalten übernehmen. Dieser Kompromiß kam Bismarck zweifellos entgegen, weil der Arbeiter von jedem Bei-

28. Sten.Ber. 1881, Bd. 4, Aktenstück Nr. 205 I.

29. Provinzial-Correspondenz, Nr. 23, 8. Juni 1881.

30. Grenzboten, 1881, S. 470.

trag befreit blieb. Die Konservativen waren sich klar, daß den Unternehmern dadurch eine ziemlich schwere Last aufgeladen würde.³¹ Man bezeugte seinen guten Willen weiterhin, indem statt eines Prämienzuschusses ein kleiner indirekter Beitrag zu den Verwaltungskosten gebilligt werden sollte.

Dieser Kompromißantrag setzte noch einmal alle Fraktionen in Bewegung und Erregung. Verhandlungen zwischen dem Deutschkonservativen v. Helldorff-Bedra und dem Freikonservativen Stumm gingen voraus.³² Die beiden konservativen Parteien waren sich einig, denn die Reichspartei erklärte sich in großer Mehrheit mit der vorgeschlagenen Änderung einverstanden.³³ Helldorff und Stumm unterhandelten anschließend mit Staatssektretär v. Boetticher,³⁴ der noch in der dritten Lesung den Kompromißantrag als „eine Verbesserung“ der Kommissionsvorlage bewertete.³⁵ Aber alle Versuche, eine Mehrheit zusammenzubringen, scheiterten an der beharrenden, ablehnenden Haltung des Zentrums, das zwar in der entscheidenden dritten Lesung einmütig gegen jeden Kompromiß stimmte, dessen innere Gegensätze jedoch in einer stürmischen Fraktionssitzung hervorbrachen. Die Minderheit mit den beiden Reichenspergern, v. Franckenstein, v. Aretin und v. Wendt wollte sich dem konservativen Antrag anschließen, „weil sonst allem Anschein nach das Gesetz fallen würde“,³⁶ während die von Windthorst und Hertling geführte Mehrheit am Ergebnis der zweiten Lesung festhielt.

Die Konservativen bemühten sich ernsthaft um einen Vermittlungsversuch. Da das Zentrum jedem Druck standhielt,

31. Vgl. Kreuzzeitung, Nr. 138, 16. Juni 1881.

32. In der Presse lief allgemein das Gerücht, daß Stumm mit Hertling verhandelt habe. Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 166, Tribüne Nr. 248.

33. Vgl. den offenen Brief Stumms an die Post, Nr. 163, 18. Juni 1881. Kreuzzeitung, Nr. 141, 19. Juni 1881.

34. Schultheß a. a. O. 1881, S. 210. Frankfurter Zeitung, Nr. 161, 15. Juni 1881. Die „Parlamentarische Korrespondenz“ Nr. 6, 5. Juli 1881 ist tendenziös.

35. Boetticher, Rede 15. Juni 1881. Sten. Ber. a. a. O. S. 1761.

36. L. Pastor: August Reichensperger, Freiburg 1899, S. 200.

boten sie den Nationalliberalen eine Verständigung an,³⁷ die jedoch krampfhaft an der Privatversicherung festhielten und ebenfalls ablehnten. Obwohl die Kulissenverhandlungen ergebnislos verliefen und über die Annahme der Kommissionsvorlage eigentlich schon entschieden war, wurde der vermittelnde Antrag v. Helldorff's — die „Frankfurter Zeitung“ berichtete auf direktes Ersuchen der Regierung³⁸ — im Reichstag eingebracht. Er scheiterte aber genau so, wie der Versuch der Nationalliberalen, die bundesstaatliche Dezentralisation wieder aufzuheben.³⁹ Für die Reichsanstalt stimmten nur die Sezessionisten, einschließlich der Gruppe Schauß, die Volkspartei, die Nationalliberalen und die Mehrheit der Reichspartei. Die Spaltung der Freikonservativen in eine um v. Kardorff und in eine um Stumm gescharte Gruppe,⁴⁰ die schon in der Diskussion zutage getreten war, mußte sich für die Partei außerordentlich ungünstig auswirken, weil alle anderen Parteien, selbst die deutschkonservative, in der dritten Lesung geschlossen Disziplin wahrten.

Am 15. Juni 1881 wurde das von den Parteien umgestaltete Gesetz mit 145 gegen 108 Stimmen im Plenum angenommen. Das Ergebnis kam nicht unerwartet, denn die Deutschkonservativen hatten sich schließlich wieder für ein Zusammengehen mit dem Zentrum entschieden, um das ganze Gesetz nicht zu gefährden. Überraschend war nur, daß neben den liberalen Parteien, der Volkspartei⁴¹ und der Sozialdemokratie auch einige Reichsparteiler gegen die Kommissionsvorlage gestimmt hatten. Namen wie v. Kardorff, v. Mirbach, v. Bismarck, v. Lerchenfeld, Graf Udo Stolberg, die als politische Vertraute des Kanzlers galten, ließen schon erkennen, daß Bismarck nicht gesonnen war, das

37. Schulthess a. a. O. 1881, S. 210. Frankfurter Zeitung, Nr. 167, 16. Juni 1881.

38. Frankfurter Zeitung, Nr. 167, 16. Juni 1881.

39. Sten.Ber. 1881, Bd. 3, Aktenstück Nr. 251, 1.

40. Vgl. die Reden Kardorffs und Stumms. Sten.Ber. 1881, a. a. O. S. 1751 ff. Ebenso K. Hellwig a. a. O. S. 263 ff. und den offenen Brief Stumms an die „Post“, Nr. 163, 18. Juni 1881.

41. Die Haltung ergibt sich aus einem Bericht der „Demokratischen Correspondenz“, abgedr. Frankfurter Zeitung Nr. 172, 21. Juni 1881. „Der Eckstein für die Annahme oder Verwerfung des Gesetzes war die Frage der Prämienzahlung“, heißt es dort.

vorwiegend aus dem Kompromiß einer Parteipolitik entstandene Gesetz anzunehmen.⁴²

„Ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung“,⁴³ aber durchdrungen von einem starken, staatlichen Verantwortungsbewußtsein, hatte Bismarck die soziale Frage in Angriff genommen. Sein erster Schritt zu praktischen Maßnahmen war an dem sich entgegenstellenden Wall der Parteien gescheitert. Der Kampf um den „armen Mann“ artete zu einem Machtkampf aus, denn die Spannungen zwischen dem Staat und den Parteien waren aus gegensätzlichen politischen Tendenzen erwachsen, wie vor allem die heftigen Auseinandersetzungen um die Reichsanstalt, den Staatszuschuß und um die Privatgesellschaften zeigten. So verschieden eigentlich sozialpolitisches Gedankengut, Interessenvertretung und taktischer Einsatz auch gewesen sein mögen, letztthin arbeiteten alle Parteien darauf hin, das straffe, zusammenfassende Prinzip der staatlichen Sozialversicherung aufzulockern oder zu durchlöchern, eine gefahrdrohende Staatsomnipotenz abzuschwächen und den Machtbereich des Staates zurückzudrängen. Die liberalen Parteien, unschöpferisch und beharrlich ihrer erstarrten Doktrin folgend, bekämpften die staatlich gebundene Sozialpolitik, weil sie ihrem individualistischen Sozialprinzip widersprach. Sie spielten sich trotz scheinbarer überschwenglicher Arbeiterfreundlichkeit zu selbstlosen Verteidigern der Privatgesellschaften und damit zu Schützern des kapitalistischen Systems auf, um in die jede Freiheit erdrückende Allgewalt, in den drohenden „autoritären Staatssozialismus“⁴⁴ eine Bresche zu schlagen.

Diese verneinende und im Grunde antisoziale Haltung des Liberalismus kam vor allem dem Zentrum zugute. Die Ultramontanen hatten sich nicht zu den Liberalen geschlagen, sondern durch Zusammenarbeit mit den Konservativen ihren Willen zu positiver Sozialpolitik und — taktisch klug — ihre Unentbehr-

42. Vgl. E. Richter: Im alten Reichstag, Berlin 1896, Bd. 2, S. 226. Reichensperger dagegen hoffte auf Annahme des Gesetzes, Pastor a. a. O. S. 200.

43. Bismarck, Rede 2. April 1881, Ges. Werke, Bd. 12, S. 237.

44. Klein-Hattungen: Geschichte des deutschen Liberalismus, Berlin 1912, Bd. 2, S. 344.

lichkeit bewiesen. Die Rechtsauffassung hatte der Partei einen neutralen Standpunkt gegeben, von dem aus sie bald hemmend, bald fördernd vorstoßen konnte. Das Zentrum sah sich zwischen zwei Fronten gestellt, denn es war ihm „die wenig dankbare Aufgabe zugefallen, Vorsorge zu treffen, daß nicht an Stelle des abgehausten Manchesterthums der Staatssozialismus seinen Einzug halte“.⁴⁵ Mit dem Gedanken eines korporativen Ausbaues, eines „korporativen Sozialismus“⁴⁶ wandte man sich sowohl gegen das liberalistisch-kapitalistische System, wie gegen jeden zu weit gehenden Eingriff von oben, ohne jedoch „Schutz und Pflege des Staates“ zu verwerfen.⁴⁷

Wenn auch dem Zentrum die Aufrichtigkeit nicht abzusprechen ist, der Arbeiterschaft wirksam zu helfen, so muß man jedoch auch die andere Seite seiner Politik berücksichtigen, um derentwillen Bismarck immer wieder der klerikalen Partei mißtraute. Wie der korporative Gedanke als parteipolitisches Rüstzeug gebraucht werden konnte, um einer Verankerung des Staatsgedankens im Volke zu widerstreben, so sollten die Landesanstalten eine Stärkung der Reichsgewalt verhindern. Aus Taktik hatte es die Partei zwar peinlichst vermieden, praktisches Christentum, soziale Frage und Kirchenpolitik zu verbinden, aber im Hintergrund stand der Kulturkampf, der den politischen Katholizismus als feste Klammer zusammenhielt. Die Furcht vor einer erdrückenden Staatsgewalt lastete auch auf dem Zentrum; denn wenn es Bismarck gelingen sollte, durch die Sozialreform den Liberalismus zu Boden zu werfen, nachdem schon die Kirche durch die Maigesetzgebung in Fesseln gelegt worden sei, dann „würde er Alles in Allem ein Herrscher, wie ihn die Welt noch nicht gesehen“.⁴⁸ „Preußischer Staatssozialismus“⁴⁹ schreckte die Zentrumsparthei ebenso sehr wie den Linksliberalismus. Das vom Reichstag beschlossene Gesetz war im wesent-

45. Bericht eines Reichstagsmitgliedes in: „Christlich-soziale Blätter“ 1881, S. 428. Vgl. auch Hertling: Erinnerungen, a. a. O., Bd. 2, S. 22.

46. Germania, Nr. 134, 17. Juni 1881.

47. Germania, Nr. 134, 17. Juni 1881.

48. Christlich-soziale Blätter, 1881, S. 739. Vgl. auch Germania, Nr. 128, 9. Juni 1881.

49. Germania, Nr. 134, 17. Juni 1881.

lichen ein Werk des Zentrums, das unterstützt wurde von den Konservativen, die sich schließlich, wenn auch unwillig und zögernd, ins klerikale Schlepptau begeben hatten. Das Zentrum war „Sieger“⁵⁰ geblieben, wie der Abgeordnete Reichensperger befriedigt feststellen konnte.

Wenn Bismarck das Gesetz, wie es aus dem Reichstag hervorgegangen war, am 25. Juni 1881 durch den Bundesrat ablehnen ließ,⁵¹ so lag darin kein Verzicht auf die in Aussicht genommene sozialpolitische Gesetzgebung. Bismarck war nicht gewillt, sich dem Machtanspruch der Parteien zu beugen, und gab dem Volke in der bevorstehenden Wahl die Möglichkeit, sich für oder wider seine Sozialpolitik zu entscheiden. Gleichzeitig wurde Lohmann beauftragt, einen neuen Gesetzentwurf über Unfallversicherung auszuarbeiten,⁵² um die Sozialreform nicht in ihren Anfängen versanden zu lassen.

VIII. *Der Wahlkampf 1881 und die sozialpolitische Aufgabe des Reichstages.*

Ende August 1881 bat Bismarck in einem Immediatbericht den Kaiser, die Wahlen auf den 27. Oktober festzusetzen.¹ Den Parteien wurde der Termin vorerst nicht bekanntgegeben; aber trotzdem begann schon frühzeitig von allen Seiten eine eifrige Agitation, die bald zu einem heftigen, scharfen Kampf anwuchs. Über die Wahlaussichten befragt, äußerte Bismarck, daß die Mittelparteien geschwächt, die Fortschrittspartei, „aber auch“ die Konservativen wahrscheinlich etwas stärker würden.² Bismarck sah dem neuen Reichstag nicht allzu optimistisch entgegen. Ein fester, von oben gestärkter Regierungsblock konnte diesmal nicht in den Wahlfeldzug geführt werden. Auf national-liberale Unterstützung war nicht zu rechnen, da sich die Partei

50. Pastor, a. a. O., Bd. 2, S. 200.

51. Poschinger: Fürst Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 351.

52. Lohmann an Wyneken, 18. Juni 1881. RA.Nachl. 39 AI 2b.

1. Immediatbericht v. 30. August 1881. GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinets betr. d. Deutschen Reichstag Vol. 1, 1866—1881.

2. Gespräch mit M. Busch, 26. Juni 1881. Ges. Werke, Bd. 8, S. 419.

in der letzten Session mehr und mehr „in oppositionelle Bahnen“³ hatte drängen lassen. Die Regierung konnte nur auf die Konservativen und auf die propagandistische Wirkung der sozialen Reformarbeit hoffen.

Der Kanzler hatte durch die „Provinzial-Correspondenz“ ein „Entweder-Oder“⁴ aussprechen lassen und die Entscheidung dem Volke anvertraut. Dieses „Entweder-Oder“ enthielt eine Frontstellung gegen den Linksliberalismus, der sich vergebens um ein Defensivbündnis „aller wahrhaft liberalen Elemente“⁵ bemühte, denn Bennigsen und seine Partei scheuten sich,⁶ gegen den Reichskanzler persönlich anzukämpfen, wie Fortschrittspartei und Sezessionisten es gründlichst taten. Überhaupt ist es kennzeichnend für den Wahlfeldzug 1881, daß die Oppositionsparteien, also Fortschrittspartei und Liberale Vereinigung, teilweise auch das Zentrum gegen die Regierung oder „gegen das System Bismarck“ Sturm liefen, dafür aber drängende Probleme der Zeit wie Arbeiterfrage, Sozialdemokratie usw. nur oberflächlich streiften oder sie als Waffe gegen den Kanzler gebrauchten.

Der Linksliberalismus zog mit seinen allmählich schon abgegriffenen Schlagwörtern in den Kampf gegen „die immer wilder und wüster hereinbrechende Reaktion“.⁷ Die Entscheidungsschlacht zwischen dem Prinzip der freien individuellen Entwicklung und dem autoritären Staat, „der sich auf den Sozialismus und die Hierarchie stützt“,⁸ schien gekommen. Man malte darum wie üblich dem Bürger die Folgen des „Regierungssozialismus“⁹ aus, der schon jetzt die Versicherung verstaatlichen

3. Bericht Puttkamers an den Kaiser v. 9. Oktober 1881. Akten d. Geh. Civil-Cabinets, a. a. O. Vgl. Schreiben Bismarcks an Goßler v. 22. Juni 1881, Ges. Werke, Bd. 6c; S. 218.

4. Provinzial-Correspondenz, Nr. 32, 18. August 1881.

5. Nationalzeitung, Nr. 493, 20. Oktober 1881. Bericht über eine Rede Hänel.

6. Hannoverscher Courier, Nr. 11032, 9. Juli 1881; Nr. 11175, 1. Oktober 1881.

7. Wahlauf Ruf der Fortschrittspartei. Parlamentarische Korrespondenz, Nr. 8, 16. September 1881.

8. Nationalzeitung, Nr. 410, 2. September 1881.

9. Rede Virchows. Nationalzeitung, Nr. 526, 9. November 1881.

wolle,¹⁰ und dessen monopolistische Betriebe schließlich „das Naturrecht des Menschen, sein Brod durch redliche Arbeit zu verdienen“,¹¹ vernichten würde. Nach alt-erprobter Taktik schreckte man das Bürgertum mit den scheinbar revolutionären Reformen Bismarcks, „wodurch die Sozialdemokratie nicht bloß hoffähig, sondern auch legislaturfähig“¹² werde. Geschickt drehte man dann den Spieß um und warnte mit eindringlicher Stimme den Arbeiter selbst vor der erstickenden „Zwangs-jacke“¹³ staatlicher Sozialpolitik. Als Stütze für die wirtschaftlich Schwachen pries man Assoziationen und genossenschaftliche Verbände, die auf der Freiheit der Mitglieder beruhen,¹⁴ und wies auf nichts anderes als auf die zum sozialen Allheilmittel gestempelten liberalen Selbsthilfeorganisationen hin.

Wenn Verstimmung und Verworrenheit im Wahlkampf dem entschiedenen Liberalismus nur willkommen sein konnten, so mußten sich seine Wahlaussichten durch die laue und unentschlossene Haltung der gemäßigt Liberalen noch erhöhen. Die nationalliberale Partei hätte Miquels Rat folgen sollen, „daß man klar und bestimmt sprechen muß“,¹⁵ wo die Fronten aufeinanderprallten. Statt dessen gab der Wahlauf Ruf die Parole „maßvoller Liberalismus“¹⁶ aus, der, was die Sozialpolitik betraf, seinen Ausdruck darin fand, daß man vergeblich versuchte, staatliche Initiative mit individueller Tätigkeit und praktische Mitarbeit mit prinzipiellen Bedenken in Einklang zu bringen.¹⁷

10. Rede Stauffenbergs, 19. Juni 1881, RA. Nachl. 71. Ebenso Rede von Klotz, 29. September 1881. Akten d. Kgl. Polizeipräs. betr. Wahlen zum Deutschen Reichstag, Vol. 3.

11. Flugblatt an den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Akten d. Polizeipräs. zu Berlin, a. a. O. Vol. 3.

12. Lasker auf einer Berliner Wahlversammlung. Kreuzzeitung, Nr. 235, 7. Oktober 1881.

13. Rede Virchows. Nationalzeitung, Nr. 526, 9. November 1881.

14. Nationalzeitung, Nr. 468. 6. Oktober 1881. Ebenso Rede Forckenbecks, Nationalzeitung, Nr. 476, 11. Oktober 1881.

15. Brief Miquels, Poststempel 29. September 1881. RA. Nachl. Nr. 5.

16. Schultheß, a. a. O. 1881, S. 248.

17. Vgl. die Reden Bennigsens, Schulze-Thimme: Rudolf v. Bennigsens Reden, S. 104 ff. Ebenso Hannoverscher Courier, Nr. 11154, 20. September 1881.

Die Partei stand „zwischen zwei Stühlen“, wie Eugen Richter treffend schrieb, denn während man den Lockungen, einer liberalen Einheitsfront beizutreten, standgehalten hatte, rüstete man sich, wie die Linksliberalen, zu „einer entschlossenen Abwehr klerikal-konservativer Angriffe auf unsere Verfassung und Gesetzgebung“. ¹⁸ Isoliert gingen die Nationalliberalen einer entscheidenden Wahl entgegen.

Die nötige Schwungkraft, die der nationalliberalen Partei fehlte, ließen auch die Konservativen vermissen. „Lässigkeit“, ¹⁹ die zwar als Erklärung, nicht aber als Entschuldigung dienen könne, wurde ihnen später von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vorgeworfen. Der sozialreformatorische Gedanke gab der konservativen Agitation zweifellos Auftrieb und neuen Anstoß, der jedoch nicht voll ausgenutzt wurde. Stöcker erklärte auf einem Parteitag in Frankfurt a. d. Oder offen, daß den Konservativen bisher Ideen gefehlt und daß sie jetzt „die soziale Reform, die sittliche Erneuerung des Volkes“ ²⁰ auf ihre Fahne geschrieben hätten.

Aber trotz aller lebhaften Agitation, die in dem Gedanken „eines sozialen Königtums“ gipfelte, das allein der Revolution Einhalt gebieten und den Arbeiter vom Großkapital befreien könne, ²¹ offenbarte sich doch eine gewisse Programmlosigkeit. Von deutschkonservativer Seite wurde kein gemeinsamer Wahlauf Ruf erlassen, und der Aufruf der Reichspartei war nicht dazu angetan, die Stoßkraft der Rechtsparteien zu stärken. ²² Wenn Bismarck sich auch bemühte, jedes Mittel einzusetzen, wenn er selbst seinen Sohn mit Anweisungen versehen in den Wahlkampf

18. E. Richter, a. a. O., S. 236.

19. Schultheß, a. a. O., S. 248.

20. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 515, 4. November 1881.

21. Kreuzzeitung, Nr. 326, 8. Oktober 1881.

22. Rauchhaupt auf einem Parteitag in Halle. Kreuzzeitung Nr. 228, 29. September 1881. Ebenso Nr. 238, 11. Oktober 1881.

23. Im Aufruf hieß es: „... wir unterschätzen nicht die Gefahren einer verfehlten Gestaltung derselben [Sozialpolitik], gleichwohl müssen wir es als unsere Pflicht anerkennen, zu einer positiven Lösung dieser hochwichtigen Fragen nach Kräften mitzuarbeiten.“ Schultheß a. a. O., 1881, S. 245.

schickte und Stöckers antisemitische Bewegung duldete,²⁴ um die mit dem Judentum verbundenen linksliberalen Parteien zu treffen, — die regierungsfreundliche Front war trotz des neuen Impulses zu schmal und zu wenig geschlossen. Die „Kreuzzeitung“ stellte mit Recht die Frage, warum man nicht das Problem der Arbeiterversicherung „als entscheidendes Moment in die Wagschale geworfen“²⁵ habe. Wenn die Konservativen wirklich die Arbeiter für sich gewinnen wollten, so wäre eine eindeutige Stellungnahme zur Sozialpolitik entschieden günstiger gewesen, statt verschwommen von einem sozialen Königtum als Befreier zu reden oder wie am 18. Oktober mit Freibier und Musik um die Massen zu werben.²⁶

Der Kreuzzeitungsflügel der Konservativen versuchte die Front nach dem Zentrum hin zu verlängern, und auch der freikonservative Aufruf begrüßte „die sich mehrenden Anzeichen der Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche“.²⁷ Die der Regierung nahestehende Presse schonte das Zentrum weitgehend, denn durch „die Beruhigung des katholischen Wählers“²⁸ hoffte Bismarck die Abwehr gegen den äußerst rührig agitierenden Linksliberalismus verstärken zu können. Aber was nutzten schließlich alle Sympathiekundgebungen, die in den Reihen der Konservativen selbst nicht überall Anklang fanden,²⁹ wenn das Zentrum sich äußerst kühl, ja zur Regierung mißtrauisch und kritisch verhielt!

Der Kern der Zentrums politik blieb die Revision der Maigesetze, die man jetzt agitatorisch stark in den Vordergrund drängte. Die überaus heftige, wenn auch uneinheitliche Kritik

24. Vgl. das Gespräch mit M. Busch, 16. November 1881, Ges. Werke, Bd. 8, S. 425.

25. Kreuzzeitung, Nr. 247, 21. Oktober 1881.

26. Am 18. Oktober bewirteten die Konservativen in 58 Lokalen Berlins 60 000 Personen gratis. Schultheß a. a. O., 1881, S. 264.

27. Schultheß a. a. O. S. 245.

28. Schreiben Bismarcks an Staatsminister v. Goßler, 22. Juni 1881, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 219.

29. Rauchhaupt sprach sich auf einem Parteitag in Halle gegen eine konservativ-ultramontane Koalition aus, „die ein Phantom in den Köpfen liberaler Politiker“ sei. Kreuzzeitung, Nr. 238, 11. Oktober 1881.

an der Sozialgesetzgebung in der katholischen Publizistik³⁰ unterstrich die selbständige, selbstbewußte Haltung des politischen Katholizismus, der sich seiner Stimmen sicher fühlte. So unklar Konservative vom sozialen Königtum gepredigt hatten, so klar und entschieden machte das Zentrum Front gegen jegliche staatssozialistischen Versuche des Kanzlers. Der Aufruf an die Berliner Wähler warnte vor einem drohenden „Staats-Communismus“.³¹ Und wenn der Aufruf der gesamten Zentrumspartei auch wieder Bereitwilligkeit aussprach, mitzuarbeiten, die Stellung gegen die Regierung diktierte der Kulturkampf, von dem aus man sich der Gefahr bewußt blieb, „welche ein Übergreifen der Staatsgewalt über ihre berechnigte Machtsphäre hinaus“³² nach sich ziehe.

Abseits von allem Lärm und von aller Erregung des öffentlichen Wahlkampfes agitierte geheim die Sozialdemokratie als „die einzige wirkliche Oppositionspartei, der gegenüber alle anderen Parteien nur eine einzige reaktionäre Masse bilden“.³³ Mit marxistischen Phrasen oder mit Schlagwörtern wie: „Euer Zuckerbrod verachten wir, Eure Peitsche zerbrechen wir“³⁴, kämpfte man gegen die „staatssozialistisch-zünftlerisch-schutzzöllnerischen Kurpfuschereien“³⁵ Bismarcks. Zeitungen standen der Sozialdemokratie nicht zur Verfügung,³⁶ und öffentliche Versammlungen waren verboten. Neben Flugzettelpropaganda wurde versucht, durch harmlose Konzert-, Theater- und Tanz-

30. Vgl. K. Heidemann, a. a. O. S. 45 ff., der im wesentlichen eine Materialzusammenstellung gibt.

31. Abgedruckt Kreuzzeitung, Nr. 242, 15. Oktober 1881. Vgl. auch Wahlaufuf der Vertrauensmänner des Zentrums der Rheinlande. Schultheß a. a. O. S. 224.

32. Wahlaufuf, Schultheß a. a. O. S. 242.

33. Flugblatt an den 8. Hannoverschen Wahlkreis. Ber. d. Reg. und Landdr. Nr. 4, Bd. 1. Landdrostei Hannover, 6. April 1882.

34. a. a. O.

35. Wahlaufuf. In: Ber. d. Reg. und Landdr. Nr. 4, Bd. 1.

36. Das Polizeipräsident. Berlin zog im Oktober 1881 in Erwägung, die fortschrittlich eingestellte „Volkszeitung“ zu verbieten, weil sie offensichtlich mit der Sozialdemokratie sympathisiere. Akten über die in Folge der Circular-Verfügung vom 22. October 1878 eingegangenen Quartalsberichte...

Veranstaltungen den Arbeiter zu erfassen, um dann von Tisch zu Tisch mündlich werben zu können.³⁷

In der sozialpolitischen Frage, über die vor allem die Wahl entscheiden sollte, sah sich Bismarck einer Parteifront gegenüber, die Liberale, Sozialdemokratie, die kleine Volkspartei³⁸ und mit gewisser Einschränkung auch das Zentrum umfaßte. Während die Parteien aus taktischen Rücksichten die soziale Frage möglichst oberflächlich berührten, weil sie Gefahren in sich barg, so stürzten sie sich übereifrig und hitzig auf das Tabaksmonopol. Bismarck beabsichtigte mit den Erträgen des Monopols die Kosten für die weiteren sozialen Reformen zu decken.³⁹ Er hatte mit Adolf Wagner über den Plan gesprochen,⁴⁰ der Mitte August, ohne dazu ermächtigt zu sein, in Wahlversammlungen das Tabaksmonopol zum „Patrimonium der Enterbten“⁴¹ erklärte. Er wolle für die Unfallversicherung nur stimmen, wenn die Einnahmen aus dem Monopol dazu verwandt würden. Im Oktober betonte Wagner ausdrücklich, er habe vom Fürsten Bismarck eine schriftliche Erklärung, daß dieser derselben Ansicht sei.⁴²

Von fast allen Parteien wurden die Pläne Bismarcks heftig angegriffen. Die Konservativen fühlten sich in einer Klemme, da sie gegen Bismarck nicht direkt agitieren und das Tabaksmonopol andererseits nicht befürworten wollten. Stumm, der sich als einer der ältesten parlamentarischen Fürsprecher des Tabaksmonopols bezeichnete, hielt es in Verbindung mit der

37. Vgl. Akten d. Polizeipräs. zu Berlin, betr. Umtriebe der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen pro 1881. Eine solche Veranstaltung fand z. B. am 30. Juli 1881 in Berlin statt. Wie es auf dem Programm heißt unter Mitwirkung eines „national-polnisch-jüdisch-deutsch-komischen Männer-Gesang-Quartetts“.

38. Im Wahlauf Ruf der Volkspartei hieß es: „Soziale Beglückungsideen, denen bis jetzt jede feste, zuverlässige Basis mangelt, werden aufs Ungefähr hin in die Massen geworfen.“ Schultheß a. a. O., 1881, S. 241.

39. Vgl. Votum an das Preuß. Staatsministerium, 22. August 1881, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 221. Ebenso Schreiben an Staatssekretär v. Scholz, 2. August 1881 a. a. O. S. 220.

40. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Bd. 3, S. 64.

41. Wagner in Elberfeld. Schultheß, a. a. O. 1881, S. 228.

42. Kreuzzeitung, Nr. 243, 16. Oktober 1881.

Sozialreform für „die Fraktion tödlich“.⁴³ Der Linksliberalismus dagegen nutzte weidlich die Gelegenheit aus, um Unruhe und Verwirrung ins Volk zu tragen. Der Kampf gegen das „Patrimonium der Enterbten“ stand bald im Vordergrund der Agitation. Er wirbelte viel Staub auf, überdeckte die sozialpolitischen Fragen und trug letzten Endes dazu bei, daß die Wahlen am 27. Oktober 1881 für den Kanzler eine Niederlage bedeuteten.

„Unser Siegestag“,⁴⁴ schrieb Eugen Richter frohlockend, da seine Partei von 26 auf 59 Sitze und die Sezessionisten von 17 auf 47 Abgeordnete gekommen, die Nationalliberalen dagegen von 98 auf 45 Reichstagsmitglieder herabgeschmolzen waren.⁴⁵ Die Deutschkonservativen verloren von 59 nur 9 Mandate, während die Reichspartei von 56 auf 27 herabsank. Sicher und fest, von 90 auf 98 Abgeordnete erhöht, kehrte das Zentrum in den Reichstag zurück. Trotz der scharfen Unterdrückung konnte die Sozialdemokratie zu ihren 9 Sitzen 3 neue hinzugewinnen.

Fünf Millionen, 56,3% der Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben. Die 700 000 Wähler, die im Vergleich zur Wahl von 1878 der Abstimmung fern blieben, wirkten sich vor allem auf die beiden konservativen Parteien aus, die 340 000 Stimmen weniger auf sich vereinigten.⁴⁶ Trotz Erhöhung ihrer Sitze verloren Zentrum 190 000 und die Sozialdemokratie 126 000 Stimmen. Der Fortschritt gewann 257 000, die Sezessionisten, die zum erstenmal in eine Wahl gegangen waren, errangen 450 000 Stimmen. Der Linksliberalismus zog im wesentlichen die 670 000 Wähler auf seine Seite, die sich von den Nationalliberalen abgewandt hatten. Die beiden Mittelparteien, Reichspartei und nationalliberale Partei, hatten am meisten Stimmen eingebüßt. Wenn die Regierung auch nur mit der Stärke der Parteien im Reichstag zu rechnen hatte, so zeigen doch die

43. Vgl. Brief Stumms an Fürst Hohenlohe-Langenburg, 4. Oktober 1881. F. Hellwig a. a. O. S. 275. Stumm kandidierte 1881 für die Wahl nicht.

44. E. Richter a. a. O. S. 241.

45. Vgl. auch folgend Specht-Schwabe a. a. O. S. 306 ff.

46. Die Deutschkonservativen gewannen 70 000, die Reichspartei verlor 409 000 Stimmen

Stimmzahlen und die nahezu 50% der Wahlberechtigten, die sich der Stimme enthalten hatten, daß das Volk der Innenpolitik Bismarcks keine so deutliche Absage erteilte, wie der Links-liberalismus es aufbauschend hinstellte.⁴⁷

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag waren schwanken-der und unsicherer denn je geworden. Eine konservativ-klerikale Mehrheit war nur möglich, wenn der übliche Anhang des Zentrums, Polen und Welfen, hinzutraten. Da die National-liberalen nicht nur wegen innerer Haltlosigkeit, sondern jetzt auch wegen parlamentarischer Schwächung aus jeder Parteienkombination eigentlich ausfielen, hing die Zukunft der Sozialgesetzgebung von der Einstellung des Zentrums ab. Der Sieg des entschiedenen Liberalismus wurde mittelbar zu einem Siege der jetzt fast unentbehrlich gewordenen Ultramontanen.

Bismarck war sich der ungünstigen parlamentarischen Lage bewußt. „Alle Parteien und alle Fraktionen schießen auf mich, betrachten mich als Kugelfang, spucken mir in die Suppe, wollen, daß ich Prügelknabe bin“,⁴⁸ mit solchen derben Worten äußerte er seine Verstimmung. Die Notwendigkeit eines konservativ-klerikalen Zusammengehens verkannte er nicht, wenn er auch Mißtrauen gegen die Klerikalen nicht überwinden konnte, da „kein Verlaß auf sie“⁴⁹ sei.

Aber die Lage zwang, auf eine Mitarbeit des Zentrums zurückzugreifen, denn es ließ sich in Hinblick auf die Sozialpolitik vor allen Dingen nicht verhehlen, „daß künftige Reformen nur mit Hilfe dieser Partei gesetzgeberisch zu bewerkstelligen sein würden“.⁵⁰ Ganz zufrieden war das Zentrum selber nicht mit dem Ruck nach links, weil dem Kanzler „der Gang nach Manchester“⁵¹ nicht zugemutet werden dürfe, wo er sich

47. Vgl. Nationalzeitung, N. 533, 12. November 1881; Kölnische Zeitung, Nr. 304, 2. November 1881. Das Berliner Tageblatt Nr. 515, 3. November 1881, gab Bismarck den Hinweis: „Bedenken, Ew. Durchlaucht, daß es das Volk gewesen ist, welches zu Ihnen gesprochen hat.“

48. Gespräch mit M. Busch, 16. November 1881, Ges. Werke, Bd. 8, S. 425.

49. Gespräch mit M. Busch a. a. O.

50. Kreuzzeitung, Nr. 257, 2. November 1881. Ebenso Deutsches Tageblatt, Nr. 220, 13. November 1881; Post, Nr. 304, 5. November 1881.

51. Germania, Nr. 262, 16. November 1881.

in schwerem Ringen die Bahn zu positiven Reformen freigemacht habe. Nichts lag dem Zentrum ferner, als auf eine innenpolitische Niederlage Bismarcks hinzuarbeiten, der „jetzt mehr wie je der Mann der Situation“⁵² sei. Als die „Post“ das Alarmgerücht verbreitete, Bismarck „wäre es müde, das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigung zu sein“,⁵³ ließ der Germania-Artikel „Zur Kanzlerkrisis“ deutlich genug ein Anerbieten zur Mitarbeit erkennen.⁵⁴ Er betonte stark konservative Gedanken, wies durch endgültiges Beilegen des Kulturkampfes den Weg „zu der konservativen Politik der Zukunft“ und umriß geschickt den politischen Gegensatz, der nicht „katholische Kirche“ und „preußischer Staat“, sondern „Christenthum und Staatsomnipotenz, Glaube und Unglaube — Konservativismus und Liberalismus“ hieße.

Die Fühlungnahme zwischen regierungsfreundlicher und ultramontaner Presse, in deren Mittelpunkt die Sozialpolitik rückte, ergab jedoch bald, daß die Zentrumsparthei nicht gesonnen war, ihre innenpolitische Linie umzubiegen und die „Rolle der Nationalliberalen, der grundsatzlosen Kompromisselei“⁵⁵ zu spielen. „Zu einer positiven christlichen inneren Politik, zu einer antimanchesterlichen Wirtschaftspolitik“ erklärte man sich bereit und versprach auch Unterstützung, durch korporative, nicht aber durch „centralistisch-bürokratische und communistiche Veranstaltungen“ die sozialen Verhältnisse zu bessern. Eine Haltung der „vertrauenden Unterordnung“,⁵⁶ die mit einer Rechtsminderung der Volksvertretung identisch sei, lehnte das Zentrum selbstbewußt ab.

„Der Kanzler bleibt“, antwortete die „Kreuzzeitung“ auf Krisengerüchte.⁵⁷ Der Kanzler blieb nicht nur, sondern er bezeugte durch die denkwürdige Kaiserliche Botschaft vom 17. No-

52. Germania, Abgedr. Frankfurter Zeitung, Nr. 317, 13. November 1881.

53. Post, Abgedr. Kreuzzeitung, Nr. 264, 10. November 1881.

54. Abgedr. Kreuzzeitung, Nr. 268, 15. November 1881.

55. Germania, Nr. 252, 4. November 1881.

56. Germania a. a. O.

57. Kreuzzeitung, Nr. 269, 10. November 1881.

vember 1881⁵⁸ den Entschluß und den politischen Willen zu weiterer sozialreformatorischer Gestaltung. Die Botschaft ist das grundlegende Programm für die Bismarck'sche Sozialpolitik schlechthin. Durch die Persönlichkeit des greisen Monarchen appellierte Bismarck an die Verantwortung der Parteien, die mit stärkstem Nachdruck auf die staatspolitische Notwendigkeit und auf das staatspolitische Wollen zu innerer Reformarbeit hingewiesen wurden.

Die Botschaft⁵⁹ bezeichnete eine „gleichmäßige Organisation des Krankenkassenwesens“ und eine Alters- und Invaliditätsversicherung als soziale Aufgabe und versprach eine neue Unfallvorlage „mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen“ vorzulegen. Die rechten Mittel und Wege zu finden, sei „eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens“ stehe. „Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“ werde jedoch eine Lösung von Aufgaben, „denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde“, möglich machen. Die Ausführungen über die soziale Aufgabe schlossen jedoch mit dem bedeutsamen Hinweis, daß das Ziel „nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel“ zu erreichen sein werde.

Trotz des Geschreies von oppositioneller Seite, daß Bismarck danach trachte, „hinter dem Monarchen Deckung zu gewinnen“,⁶⁰ fühlte sich der Linksliberalismus durch die Botschaft unangenehm und unbehaglich berührt. Die einst frohlockenden Stimmen nach dem Wahlsiege wurden schwächer. Der Inhalt der Botschaft bewies dem Liberalismus, daß die Regierung in der Sozialpolitik mit allen individualistisch-freiheitlichen Prin-

58. Aus einem Brief des Abgeordneten Dietze-Barby an Stumm vom 31. Oktober 1881 geht hervor, daß Bismarck sich bereits im September mit dem Inhalt der Botschaft beschäftigte. F. Hellwig a. a. O. S. 278.

59. Sten.Ber. 1881/82, 82. Bd. 1, S. 2 ff.

60. Parlamentarische Korrespondenz, Nr. 12, 24. Dezember 1881. Vgl. Nationalzeitung, Nr. 542, 18. November 1881.

zipien brach und staatliche Gebundenheit an Stelle von liberalistischer Losgelöstheit setzte.

Um so mehr konnten Zentrum und Konservative die korporativen Gedanken begrüßen, die in der Tat ein unerwartetes Eingehen auf Forderungen bedeuteten, wie sie in der letzten Reichstagssession erhoben worden waren. Als Bismarck am 9. Januar 1882 eine Interpellation v. Hertlings über Arbeiterschutzgesetzgebung, „die eigentliche Domäne“⁶¹ des Zentrums, beantwortete und dabei allgemein auch zur Sozialreform sprach, erklärte er, „daß ohne die korporative Grundlage die Sache faktisch nicht ins Leben zu führen sein“ werde.⁶² Erstaunen mußte es in der Öffentlichkeit auch erregen, daß der Kanzler die Reichsanstalt eine „bürokratische Einrichtung“⁶³ nannte und sich damit der früheren Kritik der Parteien anschloß.

Aber trotz dieser Annäherung in der korporativen Grundgestaltung erhob sich aus dem angedeuteten Umriß der neuen, noch nicht fertig gestellten Unfallversicherungsvorlage der Staatszuschuß als drohender Streitpunkt mit den Parteien. „Wo ist die Grenzlinie“, — so fragte Bismarck — „bis an welche man die Industrie belasten kann, ohne dem Arbeiter die Henne zu schlachten, die ihm die Eier legt?“⁶⁴ Daß der Kanzler noch einmal den Kampf aufnehmen wollte, offenbarte er dem Reichstag nachdrücklich mit den Worten: „Ich schrecke vor der Frage nicht zurück.“

Um zu beweisen, daß auch ohne jene staatssozialistischen Projekte der Regierung Wege zu finden seien, dem Arbeiter zu helfen, brachten am Anfang der neuen Session die drei liberalen Parteien einen Versicherungsentwurf ein.⁶⁵ Er baute auf dem Versicherungszwang auf, stellte im wesentlichen eine erweiterte Haftpflicht dar und gab eigentlich, wie die „Preußischen Jahrbücher“ meinten, „das Eingeständnis der Unhaltbarkeit der

61. K. Heidemann a. a. O. S. 64.

62. Bismarck, Rede 9. Januar 1882, Ges. Werke, Bd. 12, S. 315.

63. Bismarck a. a. O.

64. Bismarck a. a. O. S. 318.

65. „Gesetz betreffend die Entschädigung bei Unfällen und die Unfallversicherung der Arbeiter.“ Sten. Ber. 1881/82, Bd. 2, Aktenstück Nr. 66, S. 299.

heutigen Ordnung".⁶⁶ Da sich auch die Nationalliberalen zur Freude der Linksliberalen zur Opposition gesellt hatten, so kann dieser Entwurf gewissermaßen als programmatische Zusammenstellung liberaler Gedanken über Arbeiterversicherung gelten. Die Überweisung des Antrages an eine Kommission bedeutete „ein ehrenvolles Begräbnis".⁶⁷ Wenn der Entwurf trotz aller Anpreisungen und Lobhymnen in der liberalen Presse auch klanglos verschwand, so hatte er doch gelehrt, was in Zukunft von den Liberalen zu erwarten war.

IX. *Die zweite Unfallversicherungsvorlage.*

Wenn der Kanzler den betont staatlichen, zentralistischen Aufbau der ersten Vorlage fallen ließ und auf genossenschaftliche Versicherung hinarbeitete, so wirkten die Parteien mit ihrer Kritik und ihren Forderungen nur mittelbar auf diesen Wandel ein. Schon im Februar 1881 hatte Bismarck in einem Votum auf die Vorzüge von Genossenschaften aufmerksam gemacht¹ und am 2. April im Reichstag erklärt, daß ihm eine Organisation korporativer Genossenschaften vorschwebte, die jedoch so rasch in einer Session nicht hergestellt werden könne.² Ähnlich äußerte er sich während der Session 1881 Abgeordneten und später dem Sozialpolitiker Schäffle gegenüber.³ Man gewinnt aus diesen Andeutungen den Eindruck, daß Bismarck von einer umfassenden korporativen Grundlegung abgesehen hatte, um durch die zentralistische und monopolistische Versicherung zu einem schnelleren, sichtbareren Ergebnis zu kommen.

Da dieser erste Anlauf gescheitert war, lag es nahe, auf den korporativen Gedanken zurückzugreifen, um die Reformarbeit

66. Preuß. Jahrbücher, 1882, S. 330.

67. Brief Hertlings an Stumm, 20. Januar 1882. F. Hellwig a. a. O. S. 286.

1. Votum als Handelsminister, 15. Februar 1881. Poschinger: Bismarck-Portefeuille, Bd. 1.

2. Bismarck, Rede 2. April 1881, Ges. Werke, Bd. 12, S. 239.

3. Vgl. Post Nr. 141, 25. Mai u. Nr. 144, 29. Mai 1881. Berichte über parlamentarische Soireen. A. Schäffle: Aus meinem Leben, Bd. 2, Berlin 1905, S. 152, 154. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1, S. 246. Bericht über eine parlam. Soiree am 6. Dezember 1881.

voranzutreiben. Eine körperschaftliche Organisation widersprach den Prinzipien der Sozialgesetzgebung nicht, sofern sich eine Form finden ließ, die den sozialen Aufgaben gerecht wurde und die Interessen und die Autorität des Staates in sich wahrte. Gleichzeitig konnte sich Bismarck in seinem Vorgehen der parlamentarischen Lage anpassen und versuchen, Konservative und Zentrum der Sozialpolitik dienstbar zu machen.

Die Vorarbeiten für einen neuen Gesetzentwurf begannen schon kurz nach Schluß des Reichstages, im Juni 1881. Parallel mit ihnen ging die Ausarbeitung eines Gesetzes über Krankenversicherung, der Bismarck zugestimmt hatte und die nach seinem Wunsch „*uno actu*“⁴ mit der Unfallversicherung geregelt werden sollte, da beide ihrer Aufgabe nach eng zusammenhängen. Während bei der Krankenversicherung an das bestehende Kassenwesen angeknüpft werden konnte, fehlte es bei der neu zu gestaltenden Unfallversicherung an Erfahrung und geeigneten Vorbildern, so daß die gesetzgeberischen Arbeiten weit schwieriger vorangingen. Bismarck beschäftigte sich anfangs mit den notwendig zu klärenden Fragen äußerst rege. Später mußte er sich jedoch auf Richtlinien beschränken und die Ausfertigung des Entwurfes v. Boetticher und Lohmann überlassen, da alte Leiden seine Arbeitskraft lähmten.⁵

Lohmann ist im wesentlichen der Verfasser des zweiten Entwurfes, wenn er auch ähnlich wie beim ersten nur unter starkem inneren Widerstreben dem Auftrag nachkam.⁶ Mit einem die Grundfragen erörterndem Bericht vom 24. Oktober 1881 hatte er keinen rechten Anklang gefunden. Bismarck ließ sich zwar von der geschäftlichen Überbürdung der Reichsanstalt und der naheliegenden Gefahr „einer bürokratischen und schablonenmäßigen Geschäftsführung“⁷ überzeugen. Aber den von Loh-

4. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers, November 1881, RA. A.V. 2, Bd. 5.

5. Vgl. den Brief Heykings an Schöffle v. 3. März 1882. A. Schöffle a. a. O. S. 178.

6. Vgl. Brief Lohmanns an Wyneken, 4. Dezember 1881. RA. Nachl. 39, AI 2b.

7. Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881. Zustimmungende Randbemerkung Bismarcks, RA. A.V. 2, Bd. 5, Bl. 116. Ebenso Immediatbericht vom 18 April 1882, GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinetts.

mann vorgeschlagenen Weg, mehr durch indirekten als durch direkten Zwang eine korporative Zusammenfassung anzustreben, billigte er nicht.⁸ Einen korporativen Aufbau selbst hielt Bismarck für „unabweislich“.⁹ Ebenso bejahte er ausdrücklich Lohmann's Hinweis, daß durch die korporative Organisation die Grundlage zu einer „gewerblichen Selbstverwaltung“¹⁰ gelegt werden könne. Die Unfallversicherung sollte jedoch nicht auf fakultativen Genossenschaften, wie sie auch v. Boetticher befürwortet hatte,¹¹ sondern „auf der Basis von Zwangskorporationen“¹² aufgebaut werden. Ihre Trägere sollten ausschließlich die Arbeitgeber sein.

„Das hat Schäffle dem Fürsten in den Kopf gesetzt“,¹³ schrieb Lohmann enttäuscht, da er sich wieder beiseite geschoben sah und dennoch die Hauptarbeit an den Gesetzentwürfen zu leisten hatte. Bismarck war mit Schäffle in briefliche Verbindung getreten, nachdem dieser ihm im Oktober 1881 einige Zeitungsartikel über die Arbeiterversicherung zugesandt hatte.¹⁴ Ähnlich wie Lohmann hatte sich auch Schäffle gegen eine starre, mechanische Reichsversicherung ausgesprochen, aber eine „berufskörperschaftlich gegliederte Selbstverwaltung“¹⁵ mit staatlichem Zwang vorgeschlagen. Schäffles Gedanken, die körperschaftliche Gliederung nicht nur auf die Arbeiterversicherung zu beschränken, sie vielmehr auf alle sozialen Gebiete auszuweiten und vielleicht sogar „politischen Zwecken“ dienstbar zu

8. Seinem Freunde schrieb Lohmann am 12. November 1882, daß Bismarck nicht „das mindeste Verständnis“ dafür habe, daß lebensfähige Korporationen nur auf dem Wege des indirekten Zwanges zu errichten seien. RA.Nachl. 39, AI 2b.

9. Randbemerkung zum Bericht Boettichers vom 24. Oktober 1881, a. a. O. Bl. 115.

10. Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881 a. a. O.

11. Nachschrift zum Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881. Bismarck bemerkte am Schluß: „Die Ansichten der Nachschrift teile ich nicht.“ RA. A.V. 2, Bd. 5, Bl. 99 ff.

12. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers, November 1881, RA. A.V. 2, Bd. 5.

13. Lohmann an Wyneken, 4. Dezember 1881, RA.Nachl. 39, AI 2b.

14. A. Schäffle a. a. O., Bd. 2, S. 143 ff.

15. a. a. O. S. 146 ff.

machen, berührten sich weitgehend mit Zielsetzungen, wie sie Bismarck damals anstrebte. Aus taktischen Gründen gegenüber den Parteien und der Öffentlichkeit hielt Bismarck es zwar für geboten, nicht sofort ein umfassendes, organisch gefügtes Reformwerk in Angriff zu nehmen, wie es Schäffle umrissen hatte.¹⁶ Die Unfallversicherung sollte vorerst nur „gewisse allgemeine Grundsätze“ aufstellen und „die Grundlage zu einer socialpolitischen Selbstverwaltung“ anbahnen, welchen keines der Bedenken entgegenstehe, die gegen eine politische Selbstverwaltung sprechen.¹⁷

Erhebliche Schwierigkeiten verursachte bei der mangelnden Erfahrung die Abgrenzung der Verbände und die damit verbundene Prämienfrage. Schäffle und Adolf Wagner wurden zur Beratung herangezogen.¹⁸ Die in der Regierungsvorlage als Ausgang genommenen Gefahrenklassen hatte ein Versicherungstechniker Kleeberg angeregt.¹⁹ Die endgültige Festlegung kam dann mit Hilfe Lohmanns zustande. Während die Gefahrenklassen, die sich über das ganze Reich erstreckten, Industriezweige mit annähernd gleicher Unfallziffer umfassen sollten, wurde noch eine geographische Gliederung in Betriebsgenossenschaften durchgeführt, denen die innere Verwaltung oblag.²⁰ Die Betriebsgenossenschaften sammelten in sich Betriebe gleicher Art, sofern diese dem betreffenden Bezirke und der gleichen Gefahrenklasse angehörten. Alle übrigbleibenden Betriebsarten des betreffenden Bezirkes, die zu klein waren, um lebensfähige Betriebsgenossenschaften zu bilden, sollten ohne Rücksicht auf ihre Gefahrenklasse zu einem Betriebsverbande vereinigt werden.

Die Frage: korporative Bildung mit oder ohne Reichsanstalt beantworteten Schäffle und Wagner bejahend.²¹ Wagner hatte

16. Bismarck an Schäffle, 29. November 1881, a. a. O. S. 163 f. Vgl. dazu A. Schäffle: Der korporative Hilfskassenzwang. Tübingen 1882.

17. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers, Nov. 1881.

18. Schreiben an Wagner u. Schäffle, November 1881, RA. A.V. 2, Bd. 5.

19. K. Marzisch a. a. O. Anmerkung 91, S. 29 f.

20. Entwurf eines Gesetzes betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter. Sten.Ber. 1882/83, Bd. 5, Aktenstück Nr. 19, S. 173.

21. Antwortschreiben von Wagner am 31. Dezember 1881, von Schäffle am 4. Januar 1882, RA. A.V. 2, Bd. 6, Bl. 119 ff.

vorgeschlagen, ohne nähere Angaben zwar, die genossenschaftliche Verbandsorganisation in der Reichsanstalt gipfeln zu lassen. Übereinstimmend mit Bismarcks Weisungen²² wurde sie eine Kontroll- und Verrechnungsstelle und damit eigentlich der angeblichen Gefahren entkleidet, die den Argwohn und den Widerstand der Parteien hervorgerufen hatten.

Der drohende Gefahrenpunkt, an dem die Vorlage scheitern konnte, lag in dem Reichszuschuß zur Prämie. Jede Bestimmung, durch welche den Arbeitern ein Beitrag auferlegt würde, bezeichnete Bismarck als „prinzipiell unannehmbar“. Ein zwangsweiser Beitrag des Arbeiters würde notwendig zu einer Lohnerhöhung führen müssen und „virtuell“ dann den Arbeitgeber treffen. „Dem Schein nach würde aber der Arbeiter belastet, und damit wäre den Gegnern des Gesetzes eine gefährliche Waffe gegeben.“²³ Die Prämie allein den Unternehmern zu übertragen, sei wiederum für die Exportfähigkeit der Industrie bedenklich.²⁴ Die Beihilfe des Reiches sei „durch die Belastung der Industrie zugunsten staatlicher Zwecke solange geboten, als die Unschädlichkeit dieser Belastung für die Concurrenzfähigkeit“ der deutschen Industrie sich erwiesen habe.²⁵ Bismarck war nicht abgeneigt, dem Staat die ganze Prämie aufzubürden²⁶ und die erforderlichen Mittel aus dem zwar noch sehr

22. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers, November 1881. Ebenso Randbemerkung zu dem Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881, RA. A.V. 2, Bd. 5, Bl. 111.

23. Bemerkungen Bismarcks auf einen Bericht Boettichers, RA. a. a. O. In einem Immediatbericht (Unterschrift Boettichers) v. 18. April 1882 wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeiter schon zu Krankenkassenbeiträgen herangezogen werde und daß deshalb eine weitere Belastung „nicht unbedenklich“ sei. GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

24. Randbemerkung zum Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881, RA. A.V. 2, Bd. 5, Bl. 131.

25. Randbemerkung Bismarcks zum U.V. Ges. Entwurf v. Februar 1882. RA. A.V. 2, Bd. 6, Bl. 173. Vgl. auch Bismarcks Bemerkungen auf einen Bericht Boettichers, November 1881. Es müsse erst ermittelt werden, ob die „Industrie überhaupt, beziehungsweise alle Zweige derselben den ganzen Beitrag zu leisten vermögen, ohne in ihrer Concurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande oder auf den Notbehelf einer Verminderung des Arbeitslohnes hingedrängt zu werden“.

26. Randbemerkung Bismarcks zum Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881, RA. A.V. 2, Bd. 5, Bl. 131, 133.

umkämpften Tabaksmonopol zu schöpfen.²⁷ Obwohl Lohmann, vom korporativen Aufbau ausgehend, mit rechtlichen und sozial-sittlichen Gründen versucht hatte, den Kanzler von einem Zuschuß abzubringen,²⁸ blieb dieser in der Regierungsvorlage erhalten. 60% der zu zahlenden Prämie sollten die reichseinheitlichen Gefahrenklassen, 15% die Betriebsgenossenschaften und Betriebsverbände aufbringen, und die restlichen 25% wollte der Staat beisteuern.

Die Regierungsvorlage wurde im Volkswirtschaftsrat nur in wenigen Punkten abgeändert, ohne daß Bismarck prinzipielle Bedenken dagegen erhob.²⁹ Auch der Bundesrat stimmte nach eingehender Kritik zu. Bismarck hegte jedoch keine allzu großen Hoffnungen, die beiden Versicherungsvorlagen noch im Sommer 1882 im Reichstag durchzubringen. Er hatte auf Beschleunigung und Abschluß der Arbeiten gedrängt, „vielleicht selbst auf Kosten der Solidität“.³⁰ Denn bei der ungünstigen parlamentarischen Lage schien ihm vor allem eine Erörterung der Vorlagen als das Erstrebenswerteste. Die Regierung müsse sich daher gegen jede Verschleppung wenden und „den leisesten Anschein vermeiden“, als ob sie „ihre Ziele mit vermindertem Eifer oder geringerem Vertrauen auf die Zukunft“ verfolge.³¹

Bismarck hatte die Taktik der Parteien richtig eingeschätzt, denn nach einer ersten allgemeinen Lesung am 15. und 16. Mai 1882 übergab der Reichstag die Kranken- und Unfallversicherungsvorlage einer Kommission, in der die Unfallversicherung jedoch zurückgestellt wurde. Nur das Zentrum sprach sich offen gegen diese Trennung aus,³² während die oppositionellen Parteien aus Rücksicht auf die bevorstehenden preußischen

27. Vgl. Votum an das preuß. Staatsministerium v. 22. August 1881, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 221.

28. Bericht Boettichers v. 24. Oktober 1881. Vgl. auch Brief an Wyneken, 18. Juni 1881, RA.Nachl. 39, AI 2b.

29. Schreiben Bismarcks an Boetticher v. 27. März 1882, RA. A.V. 2, Bd. 6, Bl. 256 ff.

30. Schreiben an Boetticher v. 27. März 1882, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 251.

31. Schreiben Bismarcks an Boetticher v. 17. Mai 1882, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 256.

32. K. Heidemann, a. a. O. S. 85.

Landtagswahlen jede endgültige Stellungnahme hinausschieben wollten.

Da die Parteien die Unfallversicherungsvorlage bis in das Jahr 1883 hinein ruhen ließen, entschloß sich Bismarck im April, ein Druckmittel anzuwenden. In einer Unterredung mit v. Hertling am 27. April beklagte er sich über die Trägheit und die Hinauszögerung und stellte energische Maßnahmen in Aussicht,³³ die am 14. April 1883 durch einen kaiserlichen Mahnbrief an den Reichstag verwirklicht wurden.³⁴ Die Parteien sahen sich gezwungen, Kommissionsverhandlungen aufzunehmen, die jedoch nach kurzer Dauer negativ verliefen. Die Kommission schlug dem Reichstag vor, den Regierungsentwurf abzulehnen und den Kanzler um eine neue Vorlage zu ersuchen.³⁵

Wenn der zweite Entwurf auch nicht über ein Zwischenspiel innerhalb der Kommission hinauskam, so bedeutete er doch trotz der wiederaufbrechenden Gegensätze einen Schritt weiter zur realen Gestaltung. Der Kampf um eine korporative Grundlage wandelte sich nunmehr in Auseinandersetzungen über den inneren korporativen Aufbau. An der Parteiengruppierung hatte sich nichts geändert.³⁶ Noch immer standen die Linksliberalen mit ihrem Doktrinarismus in der grundsätzlichen Opposition,³⁷ und noch immer bemühten sich Konservative und Klerikale ernsthaft um eine Lösung. Dazwischen pendelten die Nationalliberalen, die wegen ihrer drohenden parlamentarischen Isolierung jedoch entgegenkommender schienen.

Im Grunde genommen scheiterte die zweite Vorlage, ähnlich wie die erste von 1881, weniger an der liberalen Opposition, von der keine Unterstützung zu erwarten war, sondern an den Konservativen und vor allem am Zentrum. Wenn Bismarck viel-

33. Hertling: Erinnerungen *a. a. O., Bd. 2, S. 24 ff.

34. Sten.Ber. 1882/83, Bd. 3, S. 1956.

35. Sten.Ber. 1882/83, Bd. 6, S. 1423, Aktenstück Nr. 372.

36. Vgl. Kreuzzeitung, Nr. 133, 12. Juni 1883, die einen der Vossischen Zeitung entnommenen Bericht über die Kommissionsverhandlungen gab. Ebenso einen Bericht von Lohmanns Hand (v. 5. Juni 1883), RA. A.V. 2, Bd. 8, Bl. 198 ff.

37. Vgl. das Rundschreiben der Fortschrittspartei an ihre Vertrauensmänner. Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 90, 19. April 1883.

leicht im stillen gehofft hatte, den Staatszuschuß zu retten, indem er mit einem korporativen Aufbau der Versicherung konservativ-klerikalen Forderungen entgegenkam, so wurde er zweifach enttäuscht. Nicht nur der Staatsbeitrag, sondern auch das korporative System der Regierungsvorlage wurde abgelehnt.³⁸ Gemeinsam wandten sich Konservative und Klerikale gegen die willkürliche Gliederung in Gefahrenklassen, Betriebsgenossenschaften und Betriebsverbände. Beim Zentrum erregten die reichseinheitlichen Gefahrenklassen, ja selbst die Reichszentralstelle und die Rentenauszahlung durch die Post erhebliche Bedenken.

Noch immer wehrte sich das Zentrum gegen zentralistische und zu tief eingreifende staatspolitische Tendenzen. Träger eines organischen, sozialen Aufbaues sollte eine „korporative Organisation der Berufsstände“ werden.³⁹ Ständisch-korporative Gedanken gewannen innerhalb der Partei an Boden, so daß selbst Graf Hertling in seinen Erinnerungen von den „neuesten Sozialpolitikern des Zentrums“⁴⁰ spricht. Zwar wurde auch von konservativer Seite Anknüpfung an „die realen Kräfte des christlichen Volkslebens“⁴¹ gefordert und eine korporative Bildung unter rein geographischen Gesichtspunkten abgelehnt, aber das Zentrum drängte in eine bestimmtere Richtung. Wiederum wurde die ultramontane Partei als Träger zielbewußter Forderungen der eigentliche Hemmschuh, so daß selbst die den Klerikalen sonst mindestens wohlwollend gegenüberstehende „Kreuzzeitung“ enttäuscht und warnend die herbe, aber berechtigte Kritik brachte: „Ihr treibt nur Sozialpolitik, um die Macht des Staates zu schwächen und die äußere Macht der katholischen Kirche zum Schaden des Staates zu stärken.“⁴²

38. Für den Staatszuschuß stimmten in der Kommission nur ein Deutschkonservativer und ein Reichsparteiler, für das System der Vorlage überhaupt nur ein Deutschkonservativer. Bericht Lohmanns (v. 3. Juni 1883), RA. A.V. 2, Bd. 8, Bl. 198 ff.

39. Germania, 18. Oktober 1883.

40. Hertling a. a. O. Bd. 2, S. 23.

41. Kreuzzeitung, Nr. 142, 22. Juni 1883.

42. Kreuzzeitung, Nr. 262, 9. November 1883.

X. Die dritte Unfallversicherungsvorlage.

Die Regierung sah sich genötigt, zum dritten Male einen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Bismarck gab selber Richtlinien für den neuen Entwurf, als er Ende September 1883 nach Berlin zurückkehrte, denn die Referenten Bödiker, Gamp und Lohmann konnten sich über die Träger der Versicherung, über die Abgrenzung der Verbände nicht einigen.¹ Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schon vor Bismarcks Ankunft in Berlin angedeutet hatte,² sollte die Versicherung auf zwangsmäßigen Berufsgenossenschaften aufgebaut werden. Der Staatszuschuß sollte fallen und das Prämiensystem durch das Umlageverfahren ersetzt werden. Von diesen „für ihn einmal feststehenden Grundlagen“ wollte Bismarck nicht abgehen, selbst wenn „vorläufig gar nichts zustande kommen sollte“.³

Enttäuschung über die jahrlange, bisher vergebliche Arbeit und wenig Zuversicht sprachen aus diesen Worten. Die Verpflichtung, das in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 dem Volke gegebene Versprechen nach umfassenden sozialen Maßnahmen einzulösen, lastete noch immer auf der Regierung, wenn die Krankenversicherung auch bereits Gesetz geworden war. Was aber Bismarck trieb, trotz aller Hemmungen und Gegensätze die Reformarbeit fortzuführen, und was ihn veranlaßte, sich persönlich in so starkem Maße gerade mit der Unfallversicherung zu beschäftigen, waren politische Ziele und politische Perspektiven, die er mit einem korporativen Aufbau der Versicherung verband.

Schon im Herbst 1881 hatte Bismarck die Möglichkeit erkannt, durch die Unfallversicherung berufsgenossenschaftliche Verbände zu bilden und damit die Grundlage zu „einer lebensfähigen Organisation des sozialen Schutzes“⁴ zu legen. Die sich über das ganze Reich erstreckende korporative Organisation sollte beitragen, „in den Kreisen der Industrie den Geist der

1. Vgl. K. Marzisch a. a. O. S. 52 ff., dessen Untersuchung auf die Vorarbeiten näher eingeht.

2. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 25. September 1883.

3. Lohmann an Wyneken, 5. Oktober 1883, RA. A.V.Nachl. 39, AI 2b.

4. Schreiben Bismarcks an Schäffle. A. Schäffle a. a. O. S. 164.

Selbstthätigkeit und Selbsterziehung im Dienste des Gemeinwohles zu beleben und zu festigen". Sie sollte ferner Ausgangspunkt für weitere organische Gliederungen und Einrichtungen werden, „welche das industrielle Leben der Nation bei Fortführung der sozialen Reformen nicht wird entbehren können“.⁵ Bismarck hatte schon damals in Erwägung gezogen, diese durch die Unfallversicherung angebahnte korporative Organisation auf weitere soziale Gebiete auszudehnen und sie vielleicht einmal politischen Zwecken dienstbar zu machen. Er hatte deshalb jeden anderen Aufbau abgelehnt, weil das „Berufsgenossenschaftliche Prinzip“ dann „politisch unanwendbar“⁶ sein würde. Lohmann schloß im Februar 1882 ebenfalls auf „weitere politische Ziele“,⁷ da Bismarck den Entwurf der liberalen Parteien nicht beachtet, sondern an seinen korporativen Plänen festgehalten hatte.

Im September 1883 erklärte Bismarck seinem bisherigen Hauptreferenten Lohmann, dem er in einem dreiviertelstündigen Gespräch die Grundzüge für den dritten Gesetzentwurf darlegte, offen und vorbehaltlos: „Die Unfallversicherung an sich sei ihm Nebensache, die Hauptsache sei ihm, bei dieser Gelegenheit zu korporativen Genossenschaften zu gelangen, welche nach und nach für alle produktiven Volksklassen durchgeführt werden müßten, damit man eine Grundlage für eine künftige Volksvertretung gewinne, welche anstatt oder neben dem Reichstag ein wesentlich mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung werde; wenn auch äußerstenfalls durch das Mittel eines Staatsstreichs.“⁸

Lohmann hatte für diese weitgespannten politischen Ziele keine praktischen Vorschläge machen können. Wenn der Geheimrat 1881 gehofft hatte, daß einmal die Zeit doch noch kommen würde, wo er seine Anschauungen verwirklichen könne, so sah er sich jetzt enttäuscht.⁹ Der politische Wille des Kanzlers

5. Immediatbericht vom 18. April 1882, GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

6. K. Marzisch a. a. O. S. 30.

7. Lohmann an Wyneken, 1. Februar 1882, RA.Nachl. 39, AI 2b.

8. Lohmann an Wyneken, 5. Oktober 1883, RA.Nachl. 39, AI 2b.

9. Vgl. Brief Lohmanns an Wyneken v. 25. April 1881. RA.Nachl. 39, AI 2b.

drängte voran. Die weiteren Arbeiten wurden unter der Leitung des Staatssekretärs v. Boetticher den Referenten Gamp und Bödiker übertragen. In zahlreichen Randbemerkungen nahm Bismarck zu den Entwürfen persönlich Stellung.

Es kam Bismarck vor allen Dingen darauf an, geeignete Körperschaften herauszuarbeiten, die „später zu Trägern wichtiger öffentlicher Rechte“¹⁰ gemacht werden konnten, und diesen körperschaftlichen Aufbau so zu gestalten, daß er den Parteien wenig Reibungs- und Angriffspunkte bot. Er hielt es darum für zweckmäßig, vorerst nur die durch die Haftpflicht schon betroffenen Betriebe in das Gesetz einzubeziehen; denn den Plan, „sofort eine vollendete und durchgreifende Reform zu fordern“, schrieb er „den Gegnern jeder Reform“ zu.¹¹ Je größer der Kreis der zu versichernden Personen geplant werde, desto schwieriger gestalte sich „die Diskussion über die Modalitäten dieser Organisation“. Die Einschränkung sollte jedoch nur eine vorläufige sein.¹²

Das Prinzip des direkten Zwanges, zu dem sich außer der Fortschrittspartei allmählich alle Parteien bekehrt hatten, wurde auch auf die Bildung von Berufsgenossenschaften, und zwar für möglichst alle Industriezweige übertragen. Da die Berufsgenossenschaften zu Trägern „weiterer, insbesondere politischer Rechte“¹³ gemacht werden sollten, war eine zwangsmäßige und, wenn möglich, vom Staate beeinflusste Genossenschaftsbildung Voraussetzung. Aus taktischen Rücksichten gegenüber dem Reichstag verwarf Bismarck jedoch den Vorschlag v. Boettichers

10. Bericht Boettichers an Bismarck bei Übersendung von zwei Gesetzesentwürfen v. 20. November 1883. RA. A.V. 2, Bd. 9, Bl. 174.

11. Direktiven Bismarcks. Ende November 1883, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 124 ff. Abgedr. auch in: Ges. Werke, Bd. 6c, S. 285.

12. Immediatbericht v. 6. Dezember 1883, Akten d. Geh. Civil-Cabinets. Als der Volkswirtschaftsrat im Januar 1884 vorschlug, wenigstens das Baugewerbe in die Versicherung aufzunehmen, sprach sich Bismarck dagegen aus. Er wolle das Baugewerbe für die Zukunft nicht ausschließen, „wenn nur erst die Schäden innerhalb der Haftpflichtgrenze einmal gedeckt sind“. Randbemerkung RA. A.V. 2, Bd. 11, Bl. 106.

13. Begleitbericht d. Freiherrn v. Gamp-Massauen an Boetticher bei Übersendung von Grundzügen zum Gesetz, 26. Oktober 1883, RA. A.V. 2, Bd. 9, Bl. 167.

und der Referenten, durch das Gesetz selbst Zahl und Abgrenzung der Genossenschaften zu bestimmen. Er glaubte nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre, daß bei gesetzlicher Festlegung das ganze Gesetz letzten Endes „über dieses Detail“ scheitern könne.¹⁴

Im Volkswirtschaftsrat wurde im Januar 1884 der Antrag gestellt, wenigstens einen vorläufigen Organisationsplan zu entwerfen. v. Boetticher schlug deshalb vor, die Vorstände gewerblicher Vereine über ihre Wünsche und Ansichten zu befragen. Aber Bismarck lehnte auch diesen Vorschlag ab, weil er fürchtete, „Vorwand zu parlamentarischer Verschleppung damit den Gegnern in die Hände zu geben“.¹⁵ Die genossenschaftliche Bildung sei „vorläufig flüssig zu halten“ und die Einteilung besser dem Bundesrate offen zu lassen.¹⁶

Die dritte, am 6. März dem Reichstage überwiesene Regierungsvorlage¹⁷ ließ deshalb im Gegensatz zur letzten Vorlage den Berufsgenossenschaften, die sich über das ganze Reich erstrecken sollten, weitgehendste Freiheit und Freiwilligkeit in der Verwaltung und im inneren Ausbau. Die Berufsgenossenschaften sollten nur in sich nach Gefahrenklassen zur Festsetzung des Unternehmerbeitrages und in Sektionen nach geographischen Gesichtspunkten gegliedert werden.¹⁸ Der Arbeiter selbst sollte in Schiedsgerichten und Arbeiterausschüssen vertreten sein, um praktisch mitzuarbeiten, vor allen Dingen bei der Aufstellung von Unfallverhütungsvorschriften.

14. Randbemerkung Bismarcks zu einem Bericht Boettichers v. 20. November 1883, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 5.

15. Randbemerkung zu einer Zusammenstellung der vom Volkswirtschaftsrat vorgeschlagenen Änderungen durch Boetticher, 1. Februar 1884, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 108.

16. Randbemerkung zum Bericht Boettichers v. 20. November 1883, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 4.

17. Sten. Ber. 1884, Bd. 3, Aktenstück Nr. 4, S. 50 ff. Die bayrische, sächsische und badische Regierungen hatten prinzipiell der Genossenschaftsbildung zugestimmt. Nur Württemberg hatte gegen die Berufsgenossenschaften, „welche im Wege des Zwanges in der Regel über das ganze Reich erstreckt würden, mehrfache Bedenken“ geltend gemacht. RA. A.V. 2, Adh. 2, Bd. 3, Bl. 133.

18. Vgl. die Ausführungen v. K. Marzisch a. a. O. S. 56 f.

Bismarck hatte sich für reine Arbeiterausschüsse entschieden, obwohl der zur Begutachtung herangezogene Volkswirtschaftsrat gemischte Ausschüsse empfohlen hatte, weil befürchtet wurde, die Sozialdemokratie könne sich in die ausschließlich von Arbeitern gebildeten Ausschüsse einnisten und von dort Agitation gegen die Unternehmer treiben. Bismarck stimmte jedoch der Ansicht v. Boettichers zu, daß gemischte Ausschüsse in den Augen der Arbeiter mit großem Mißtrauen¹⁹ aufgenommen und „die sozialpolitische Wirkung“²⁰ des Gesetzentwurfes beeinträchtigen würden. Ebenso lehnte er Fachjuristen in den Schiedsgerichten ab: „... lieber mehr Arbeiter oder geschäftsfremde Laien, als Juristen. Der Jurist ist an sich nicht gerechter wie jeder andere Bürger; er kennt nur mehr Gesetze und Verordnungen auswendig, auf die kommt es aber hier nicht an, sondern auf Billigkeit und praktische Lebenserfahrung.“²¹

Um die genossenschaftliche Bildung, die Ausführung der durch Gesetz umrissenen Aufgaben und die innere Verwaltung überwachen zu können, sollte ein Reichsversicherungsamt mit Sitz in Berlin errichtet werden. Es war eine Art Aufsichtsbehörde, die jedoch über den Charakter einer rein regulativen Behörde hinausging,²² da sie durch Vollmacht überall mit Zwang eingreifen konnte, wo der Freiwilligkeit nicht Folge geleistet wurde. Je zwei Vertreter der Genossenschaften und der Arbeiter sollten hinzugezogen werden. Bismarck hatte den Vorschlag, einen Vorstand von nur drei Mitgliedern zu bilden, als unzureichend abgelehnt. Ebenso wünschte er, daß bei Ernennung der Mitglieder der Einfluß des Bundesrates, nicht der des Kanzlers vorwiegen sollte.²³

19. Zusammenstellung d. v. Volkswirtschaftsrat vorgeschlagenen Änderungen durch Boetticher, 1. Februar 1884. Zustimmungende Randbemerkung Bismarcks, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 108, 126. Ebenso Randbemerkungen zum Bericht Boettichers, 20. November 1883, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 4.

20. Immediatbericht v. 12. Februar 1884, GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

21. Randbemerkung zu Anlage A: „Grundzüge für einen Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes nebst Erläuterungen.“ RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 49.

22. Sten.Ber. 1884, Bd. 3, Aktenstück Nr. 4, § 9, S. 52.

23. Randbemerkung. Motive zum U.V.Ges.Entwurf, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 115.

Der „sozialistische“ oder „staatssozialistische“ Zug in den beiden ersten Gesetzentwürfen, der so arg befehdete Staatszuschuß, fiel in der dritten Regierungsvorlage weg. Wie Lohmann schrieb, schien Bismarck schon im April 1882 geneigt zu sein,²⁴ den Beitrag fallen zu lassen, da der geschlossene Widerstand der Parteien nicht zu durchbrechen war. Um das Gesetz endlich im Reichstag durchzubringen, gab Bismarck schließlich den Forderungen der Parteien nach und strich einen direkten Beitrag. Seine Bedenken hielt er aufrecht. Man müsse abwarten, denn die Frage, ob Staatshilfe notwendig sei, könne erst „auf Grund einer mindestens zehnjährigen und längeren Erfahrung“ entschieden werden.²⁵ „Vorläufig“ sollte ein Zuschuß fortfallen, um zu sehen, „in welchem Umfange die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie“ gefährdet werde.²⁶ Die Prämie wurde dem Unternehmer übertragen. Um aber die Bereitwilligkeit einer staatlichen Hilfeleistung zu bezeugen, hatte sich Bismarck für das Umlageverfahren eingesetzt,²⁷ da somit dem Reich Gelegenheit gegeben wurde, die Verpflichtung für zahlungsunfähige Genossenschaften zu übernehmen. Er hatte ausdrücklich vermerkt, daß „die Reichsgarantie für die Zahlungsfähigkeit des ganzen Instituts und seiner Theile“ irgendwo im Gesetz ausgesprochen werden müßte.²⁸ Indirekt steckte ein Zuschuß auch noch in den Verwaltungskosten für das Reichsversicherungsamt, die vom Reich getragen werden sollten. Die Renten sollten durch die Post, welche die Beträge des Rechnungsjahres vorschob, ausgezahlt werden.

24. Lohmann an Wyneken, 30. April 1882, RA.Nachl. 39, AI 2b.

25. Direktiven Bismarcks, Ende November 1883, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 284 ff.

26. Immediatbericht v. 6. Dezember 1883, GSTA. Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

27. Als Boetticher mitteilte, daß der Volkswirtschaftsrat sich mit allen gegen zwei Stimmen für das Umlegeverfahren entschieden habe, bemerkte Bismarck: „Daran würde ich auch unbedingt festzuhalten empfehlen.“ RA. A.V. 2, Bd. 11, Bl. 119.

28. Randbemerkung zu den übersandten gedruckten Grundzügen, November 1883, RA. A.V. 2, Bd. 10, Bl. 210. Ebenso Bd. 11, Bl. 121: „Ich ziehe die Reichsgarantie vor.“

Bismarck war im Januar 1884 nicht allzu hoffnungsvoll gestimmt. Er wollte noch keine zusichernden Schlüsse für das Zustandekommen der Unfallversicherung machen.²⁹ Durch regierungsfreundliche Blätter ließ er die Grundzüge des neuen Gesetzentwurfes besprechen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hob hervor, daß der Entwurf „der zutreffende Ausdruck“ für die Wünsche sei, die in der Kommission des Reichstages bei Beratung der letzten Vorlage „nach Gestaltung strebten“.³⁰ Die konservative Presse war sichtlich zufrieden gestellt und schloß auf gute Aussichten.³¹ Von allen Seiten wurde es begrüßt, daß endlich der Staatszuschuß gefallen sei. Der berufsgenossenschaftliche Aufbau fand bei Klerikalen und Konservativen Zustimmung. Die „Post“ begrüßte vor allem die klare, reichseinheitliche Gestaltung,³² während das Zentrumsorgan, die „Germania“, schon jetzt die Frage aufwarf, ob die genossenschaftliche Gliederung nicht besser „den Verkehrsverhältnissen, der geographischen Lage, den staatlichen und Stammesverhältnissen“ anzupassen sei.³³

Liberales Blätter konnten noch immer nicht den Schmerz überwinden, daß Privatversicherungen ausgeschlossen wurden.³⁴ Mit dem genossenschaftlichen Aufbau und seiner weitgehenden inneren Freiheit wußte man zuerst nichts rechtes anzufangen; aber je mehr die Grundzüge beleuchtet wurden, um so mehr Schwächen und Fehler entdeckte man, die eine Ablehnung zu rechtfertigen schienen. Die Berufsgenossenschaften hätten nur den Anschein einer reinen Selbstverwaltung.³⁵ Sie seien Zwangsgebilde,³⁶ und im Grunde handele es sich nur um „bürokratisch

29. Verfügung an Boetticher, 11. Januar 1884, RA. A.V. 2, Bd. 11, Bl. 6.

30. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 10, 7. Januar 1884.

31. Konservative Korrespondenz, abgedr. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 15, 10. Januar 1884. Ebenso Kreuzzeitung, Nr. 6, 8. Januar 1884.

32. Post, Nr. 9, 10. Januar 1884.

33. Germania, Nr. 6, 8. Januar 1884.

34. Nationalzeitung, Nr. 13, 9. Januar 1884. Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 11, 13. Januar 1884, u. a.

35. Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 9, 11. Januar 1884.

36. Liberale Correspondenz, abgedr. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 17, 11. Januar 1884.

beaufsichtigte Berufs-Genossenschaften“,³⁷ denn überall spüre man Behörde. Ein ungeheurer organisatorischer Apparat werde „im Mantel des Selfgovernment in Szene“ gesetzt, ohne daß ein Bedürfnis vorliege, da genügend freie wirtschaftliche Kräfte vorhanden seien, um die Versicherungsfrage zu lösen.³⁸

Sowohl von konservativer wie von liberaler Seite beschäftigte man sich eingehend mit dem Problem, ob die über das ganze Reich ausgedehnten Genossenschaften allmählich zu einer korporativen Organisation der Gesellschaft führen könnten oder ob bereits ein solcher Hintergedanke in ihnen versteckt sei. Das „Deutsche Tageblatt“ deutete Gedanken und Ziele an, wie Bismarck sie seinen Mitarbeitern gegenüber geäußert hatte. Die Berufsorganisation habe den Zweck, „allen Unklarheiten und Willkürlichkeiten in der Beurtheilung wirtschaftlicher Verhältnisse“ durch die Parlamente abzuhelpfen.³⁹ Zuverlässige, wirtschaftliche Faktoren sollten geschaffen werden, mit denen Regierung und Parlament gleichmäßig zu rechnen hätten. Die Liberalen sahen in solchen Plänen natürlich nur eine Bedrohung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Der Entwicklungs- oder Fortschrittsgedanke des Liberalismus war eng mit dem Individuum und seiner freien Auswirkung verbunden, so daß eine gesellschaftliche Gliederung nach korporativen Verbänden nur als „Rückschritt zu mittelalterlichen Zuständen“⁴⁰ bewertet werden konnte. Allein die Vermutung, daß Bismarck die korporativen Genossenschaften „als Hebelkräfte“ ausnutzen könne, um den ihm verhaßten Parlamentarismus zu sprengen oder in Interessengruppen umzuformen, erzeugte bei den Liberalen ein beklommenes Gefühl, weil sie „eine cäsaristische Gewaltherrschaft“ mit „scheinkonstitutionellen Formen“⁴¹ befürchteten.

37. Nationalzeitung, Nr. 10, 9. Januar 1884. Ebenso Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 11, 13. Januar 1884.

38. Kölnische Zeitung, abgedr. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 25, 16. Januar 1884.

39. Deutsches Tageblatt, Nr. 24, 25. Januar 1884.

40. Tribüne, Nr. 29, 18. Januar 1884.

41. E. Wiß: Sozialismus und Staatssozialismus. Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte. Berlin 1884, Bd. 83, S. 44 f.

Die Aussichten für das Gesetz ließen sich nach der Aufnahme in der Öffentlichkeit schwer beurteilen.⁴² Konservative und Zentrum bildeten im Reichstag keine Mehrheit. Bismarck glaubte, daß sich eine Ablehnung des Gesetzes günstig für die Neuwahlen 1884 auswirken werde, da die Mängel des Haftpflichtgesetzes allgemein anerkannt würden. Er lehnte es jedoch entschieden ab, sich durch Zulassung von Privatgesellschaften die Stimmen der Liberalen zu erkaufen, vielmehr sollte „mit dem Festhalten an dem Prinzip der Ausschließung der Privatversicherung das Gesetz stehen oder fallen“.⁴³

Die beiden linksliberalen Parteien waren sowieso nicht bereit, Bismarcks Sozialpolitik, überhaupt seine Innenpolitik zu unterstützen. Die Sezessionisten unterschieden sich eigentlich nur noch dem Namen nach von den Fortschrittlern, denen sie mehr und mehr in ihrem Kurs gefolgt waren. Die Vereinigung der beiden Parteien am Vorabend der neuen Reichstagssession, am 5. März 1884, kam somit nicht ganz überraschend, denn sie war der folgerichtige Zusammenschluß einer unbedingten doktrinen Opposition.⁴⁴ Die Deutsch-Freisinnige Partei bedeutete sowohl für den extremen wie für den gemäßigten Liberalismus eine innere Klärung und eine Scheidung. Die neue Partei verstärkte zwar die Einheitlichkeit und die äußere Schlagkraft der Opposition, sie konnte auch den innenpolitischen Gegensatz verschärfen, aber ihre politische Karte nur auf die Zukunft, auf Wahl und Thronwechsel setzen.

Der Sozialpolitik Bismarcks konnten die Freisinnigen nur wenig Abbruch tun, obwohl ihr Programm die Bekämpfung des Staatssozialismus betonte;⁴⁵ denn sie standen isoliert in ihrer

42. Ein Beschluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller wandte sich vor allem gegen reine Arbeiterausschüsse, die nur sozialdemokratische Bestrebungen fördern würden. Ebenso hielt es der Verband für unstatthaft, dem Unternehmer allein die Beitragslast aufzubürden; ein Teil dieser Last müsse aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Abgedr. Deutsches Tageblatt, Nr. 46, 16. Februar 1884.

43. Verfügung an Boetticher, 11. Januar 1884, RA. A.V. 2, Bd. 11, Bl. 6.

44. Über die Verhandlungen, die zum Zusammenschluß führten, vgl. F. Rachfahl a. a. O. S. 323 ff.

45. Vgl. Specht-Schwabe a. a. O. S. 370.

einseitigen, ablehnenden Haltung, vor allem als im Verlauf der Session, während der Verhandlungen über die dritte Unfallversicherungsvorlage, die Nationalliberalen ihre parteipolitische Stellung und ihr Verhältnis zur Regierungspolitik überprüften. Nachdem Bennigsen seit dem Abbruch der liberalen Ära sich mit Bismarck entfremdet hatte, war er hin- und hergeschwankt, ohne für seine Politik einen festen, gangbaren Weg zu finden. Er hatte am 11. Juni 1883 sein Mandat niedergelegt.

Der Anstoß, die nationalliberale Partei wieder auf eine festere Grundlage zu stellen, ging von Süddeutschland aus. Miquel, der nach Bennigsen die Führung der Partei übernahm, wollte die Nationalliberalen ins großbürgerliche, industrielle Lager führen. Mit der Heidelberger Erklärung vom 23. März 1884 lösten sich vorerst die süddeutschen Nationalliberalen von der Befangenheit rein liberaler Prinzipien, um gegenüber der Regierungspolitik eine vorwiegend realpolitische Stellung einzunehmen. Die Erklärung billigte die Bestrebungen, den Arbeitern praktisch zu helfen, und versprach, „vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung der einzelnen Maßregeln“⁴⁷ die Regierung zu unterstützen. Miquel hoffte, daß die mehr „freihändlerischen Richtungen in Norddeutschland“ gerade in diesem wichtigen Punkt den Süddeutschen folgen würden, denn eine Unterstützung der Sozialpolitik Bismarcks sei das unbedingt Notwendige, ja das „Entscheidende“ für die Partei, da sich „hieran die zukünftige Politik vorzugsweise“ haften werde.⁴⁸ Auf dem im Mai nach Berlin einberufenen Parteitag bezeichnete Miquel die Stellung zur Sozialgesetzgebung als eine entscheidende Frage für „die Gesamthaltung der Partei“.⁴⁹ In Hinblick auf die schon begonnene parlamentarische Arbeit stellte er „auf das bestimmteste“ die Mitwirkung der Nationalliberalen für das Zustandekommen der Unfallversicherung in Aussicht.⁵⁰

46. a. a. O. S. 359 f.

47. a. a. O. S. 360.

48. Miquel an Bennigsen, 7. Mai 1884, RA.Nachl. 5.

49. Rede 18. Mai 1884. Schulze-Thimme: J. v. Miquels Reden, Halle 1913, Bd. 3, S. 133.

50. a. a. O. S. 134.

Als Bismarck am 15. März 1884 im Reichstag seine Innenpolitik, vor allem die soziale Gesetzgebung in einer von äußerster Leidenschaft getragenen Rede verteidigte, brandmarkte er neben der lähmenden, hemmenden Opposition der freisinnigen Partei die allgemeine innerpolitische aufgelöstheit, die Zersetzung und Zerspaltung des staatlichen Gemeinschaftsgefühls. „Aber wir sind“ — so klagte er an — „wenn wir auf diese Weise fortfahren, mit dieser Leidenschaftlichkeit der Parteikämpfe untereinander, mit dieser Zerrissenheit der Parteien auf dem besten Wege, den zementierten Bau, den die Taten unseres Heeres und die Politik unseres Kaisers geschaffen haben, zu erschüttern“.⁵¹

Tiefe Sorge für den inneren Bestand und für den inneren Ausbau des jungen Reiches sprach aus diesen Worten. Bismarck richtete seine Anklage nicht nur gegen die oppositionellen Parteien; er verurteilte die Enge und die Unfruchtbarkeit des parlamentarischen Lebens schlechthin. Der Staatsmann prangerte die politische Selbstsucht und die parteipolitische Erstarrung an, weil er immer wieder in seiner Innenpolitik auf den Widerstand, auf Forderungen und Grundsätze der Parteien stieß und jede positive Maßnahme zur Förderung der nationalen Gesamtwohlfahrt den Parlamenten in aufreibendem Kampf abgerungen werden mußte. Wie Bismarck seinen Mitarbeitern gegenüber schon von der politischen Verwendbarkeit korporativer Verbände gesprochen hatte, um „eine Grundlage für eine künftige Volksvertretung“⁵² zu gewinnen, so deutete er das politische Problem einer Organisation der Berufsstände auch im Reichstag an: „... aber die Parteien werden in der Politik wie Eis und Schnee verschwinden und schmelzen. Sie werden genötigt sein, sich nach neuen Programmen auf wirtschaftlichem Gebiete umzusehen.“⁵³

Bismarck hatte in seiner Rede vor allem die freisinnige Partei angegriffen, deren Namen er nicht einmal amtlich benutzen wollte, dagegen das Zentrum schonend nicht erwähnt. Denn

51. Bismarck, Rede 15. März 1884, Ges. Werke, Bd. 12, S. 420.

52. Lohmann an Wyneken, 5. Oktober 1881, RA.Nachl. 39, AI 2b.

53. Bismarck, Rede 15. März 1884, Ges. Werke a. a. O. S. 425.

daß ein Zustandekommen des Gesetzes, wozu Bismarck ja selbst zu zweifeln schien, auch diesmal von einer klerikal-konservativen Vereinbarung abhängig war, ließ sich schon in der ersten Lesung erkennen.

Die Oppositionsparteien klammerten sich weiterhin an ihr doktrinäres Gedankengut oder versuchten durch theoretische Spielereien den Sinn der sozialen Reformen zu verdrehen. Vollmar, der Sozialdemokrat, arbeitete — man möchte fast sagen — artistisch, um die Gründe und Abgründe der Gesetzgebung aufzuzeigen und sein marxistisches Gedankengut anzubringen. Schon auf einem Kongreß in Kopenhagen am 26. April 1883 hatte sich die sozialdemokratische Partei gegen „die sogenannte Sozialreform“ ausgesprochen, weil sie „nur als taktisches Mittel benützt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken“.⁵⁴ In der Folgezeit hatte die Sozialdemokratie eine regere, öffentliche Agitation gegen die Arbeiterversicherung getrieben,⁵⁵ so daß das preußische Innenministerium Anweisung gegeben hatte, einer weiteren Verstärkung wirksam vorzubeugen.⁵⁶ Die sozialdemokratischen Führer stimmten ihre Agitation in der Öffentlichkeit ruhiger ab; sie vermieden, revolutionäre Brandreden zu halten und gaben sich den Anschein größter Sachlichkeit. Man könne das Bestreben der Regierung anerkennen „und doch der entschiedenste Gegner dieser Vorlage sein“.⁵⁷ Es sei ein Verdienst Bismarcks, auf die soziale Not hingewiesen zu haben; aber die Gesetzgebung sei doch am falschen Ende angepackt, denn man müsse die soziale Reform mit Aufhebung der Ausnahme Gesetze beginnen.⁵⁸ Hasenclever und Grillenberger stellten in Versammlungen die berufsgenossenschaftliche Organisa-

54. Sozialdemokrat, Nr. 18, 26. April 1883.

55. Berichte d. Reg. u. Landdr. Nr. 6, Bd. 1.

56. Anweisung v. 27. November 1883, Akten d. preuß. Min. d. I. betr. sozialdemokratische Agitation gegen das Reichskrankenkassengesetz sowie..... Vol. 1.

57. Stenogramm einer Rede Hasenclevers in Naumburg, 28. Januar 1884, RA. A.V. 4, Adh. 7, Bd. 1, Bl. 120.

58. Stenogramm einer Rede Grillenbergers, 2. November 1883, GSTA.-Akten d. preuß. Min. d. I. betr. sozialdemokratische Agitation gegen das Reichskrankenkassengesetz sowie.....

tion als Verstärkung der Macht der Fabrikherren hin. Hasenclever war baß erstaunt und erklärte mit biederer Maske: „Das kann Fürst Bismarck nicht wollen, das muß vielleicht einer der Herrn Geheimräthe ohne sein Wissen hineingeheimnißt haben Da stößt er ja den Arbeiter ab, und es wird ihm kein Arbeiter dankbar für das Unfallgesetz sein, welches dem Arbeitgeber die Brücke bahnt, den Arbeiter noch mehr bedrücken zu können.“⁵⁹

Der Abgeordnete Vollmar befolgte im Reichstag dieselbe Taktik und zerpflückte wie seine Genossen die Vorlage nach allen Seiten hin. Die Berufsgenossenschaften seien ganz „auf eine mächtige und amtliche Gesamtinteressenvertretung des Kapitals“⁶⁰ zugeschnitten. Die Garantie des Staates für die Genossenschaften bedeute nur staatliche Hilfe für die Bourgeoisie. Daß Bismarck den Kreis der zu Versichernden beschränkt hatte, wurde hinreichend ausgeschlachtet, um die Blößen des Gesetzes aufzudecken. Vollmar drängte die marxistische Akkumulationstheorie in die Sozialreform, denn die Vorlage müsse „nothwendig zu einer weiteren, ganz bedeutenden Konzentration des Kapitals führen“⁶¹ und zur Vernichtung kleinerer Betriebe beitragen.

„Die Partei der Freisinnigen erscheint direkt gegen die Kaiserliche Botschaft gerichtet“,⁶² hatte die „Kreuzzeitung“ am 8. März geschrieben. Diese Vermutung bewahrheitete sich, denn noch immer verharrete der Linksliberalismus in der grundsätzlichen Opposition; noch immer lehnte er sich gegen jede staatliche Gestaltung auf, um die liberalistischen Freiheitsprinzipien und das kapitalistische System zu verteidigen. Es wäre im höchsten Grad ermüdend, wollte man die Rede Bambergers, der in der ersten Lesung sprach, näher beleuchten. In wechselvollen Wendungen wiederholten sich doktrinäre Gedanken, die durch Ausdrücke wie „sozialistische Schrullen“, „sozialistische Reichsorganisation“, „neusozialistische Gesellschaftsunterlage“, „Reichs-

59. Stenogramm einer Rede Hasenclevers, 28. Januar 1884 in Naumburg a. a. O.

60. Vollmar, Rede 13. März 1884, Sten.Ber. 1884, Bd. 1, S. 39.

61. Vollmar a. a. O.

62. Kreuzzeitung, Nr. 58, 8. März 1884.

brodbäckereien“ ihre altbekannten Krönungen erfuhren und auf der linken Seite des Reichstages Beifall fanden.⁶³ Daß auch die Nationalliberalen sich der Verteidigung der Privatversicherung oder der freien Genossenschaften anschlossen, lag noch auf der bisher verfolgten Linie. Da ein Teil der nationalliberalen Stimmen für eine Reichstagsmehrheit nötig war, so mußte die Entwicklung der Dinge bis zur endgültigen Entscheidung abgewartet werden.

Einig war man sich im Reichstag eigentlich nur über die Notwendigkeit des Versicherungszwanges, zu dem sich im Laufe der Zeit selbst die Liberalen bekannt hatten. Über dieser allgemeinen Grundlage türmten sich jedoch noch mannigfaltige Gegensätze. Wenn die Liberalen das Gesetz ablehnten, die Konservativen im großen und ganzen zustimmten — so wurde die Lage durch einen vorwiegend politischen Vorstoß des Zentrums zum mindesten ungewiß. Freiherr v. Hertling, der Zentrumsprecher, erkannte den Grundsatz der Vorlage, „unter Belassung eines möglichst freien Spielraumes für die selbständige Entfaltung mit Hilfe des Zwanges zu einer umfassenden Lösung der Aufgabe zu gelangen“,⁶⁴ vollauf an. Er begrüßte den berufs-genossenschaftlichen Aufbau geradezu als „eine Annäherung“. Privatversicherung verwarf er unbedingt. Die Arbeiterausschüsse sollten durch gemischte Ausschüsse ersetzt werden, um Gegensätze und Reibungen zwischen Arbeiter und Unternehmer auszuschalten. Aber wie schon bei der zweiten Vorlage, so folgte auch jetzt von klerikaler Seite ein Angriff auf die reichseinheitliche Genossenschaftsbildung, da „der korporative Gedanke immer wieder durch eine bürokratisch zentralisierende Tendenz überwuchert“⁶⁵ werde. Die Verbände über das ganze Reich auszudehnen, erregte ebenso Bedenken wie das Reichsversicherungsamt, das die Autonomie der Genossenschaften ersticke.

Wie der Liberalismus seine wirtschaftspolitischen Prinzipien der staatlichen Gesetzgebung entgegenstellte, so durchkreuzte das Zentrum jede zentralistische Zusammenfassung mit seinen

63. Vgl. Rede Bambergers, 14. März 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 52 ff.

64. Hertling, Rede 14. März 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 62.

65. a. a. O. S. 63.

politischen Grundsätzen. Daß es rein politische Beweggründe waren, die jetzt in die organisatorische Gestaltung übergriffen, erhellt schon aus den Worten v. Hertlings: „Das Reichsversicherungsamt greift . . . in die Befugnisse der Einzelstaaten ein.“⁶⁶ Wenn man sich der festen Haltung in den vergangenen Jahren erinnert, so war nicht zu zweifeln, daß die Klerikalen diese gegen jede Stärkung der Reichsgewalt gerichtete Forderung aufrecht erhielten. Die Entscheidung über die dritte Regierungsvorlage mußte — ähnlich wie bei den vorhergegangenen Gesetzentwürfen — in der Kommission fallen.

Hertling schreibt in seinen Erinnerungen: „In der Kommission . . . gelang es auf Grund einer Vereinbarung mit den Mitgliedern der beiden Rechtsparteien einschneidende Verbesserungen in meinem Sinne vorzunehmen.“⁶⁷ Man hatte mit Staatssekretär v. Boetticher verhandelt und sich vergewissert,⁶⁸ daß auch die Regierung einer klerikal-konservativen Vereinbarung zustimmen würde. Dieser hinter den Kulissen abgeschlossene Kompromiß, nach dem für die zweite Lesung gemeinsame Anträge eingebracht werden sollten,⁶⁹ sicherte das Zustandekommen des Gesetzes. Eine konservativ-klerikale Einigung war notwendig, „denn eine konstante Majorität, welche einer ebenso konstanten Minorität gegenüber getreten wäre“, ⁷⁰ hatte sich im Verlauf der ersten Lesung nicht gebildet. Nur so war es überhaupt möglich, nach den Gegensätzlichkeiten der ersten Sitzungen eine positive Grundlage zu schaffen, auf der die Abänderungen der ersten Lesung größtenteils wieder rückgängig gemacht wurden. Das übliche Störungsfeuer und die lähmende Opposition der Freisinnigen wurden ausgeschaltet und die Nationalliberalen zu einer klareren Stellungnahme gedrängt. Die Linksliberalen protestierten empört über ihre Nichtbeachtung⁷¹ und über „die Vergewaltigung“⁷² in der Kommission, denn jeder

66. a a. O. S. 64.

67. Hertling: Erinnerungen a. a. O. S. 43.

68. Vgl. K. Heidemann a. a. O. S. 107.

69. Vgl. Germania, Nr. 117, 22. Mai 1884.

70. Kommissionsbericht. Sten. Ber. 1884, Bd. 4, Aktenstück Nr. 115, S. 158.

71. Vgl. Liberale Correspondenz, abgedr. Germania Nr. 121, 28. Mai 1884.

72. Berliner Tageblatt, Nr. 248, 29. Mai 1884.

Widerstand gegen das Gesetz schien vergebens, da die National-liberalen nach der Heidelberger Erklärung und dem Parteitag in Berlin langsam und vorsichtig dem entschiedenen Liberalismus den Rücken kehrten.

Die Lahmlegung der Opposition und die konservativ-klerikale Zusammenarbeit beschleunigten die Kommissionsverhandlungen. Das Zentrum hielt seine Forderung nach dezentralisierender Organisation aufrecht. Wenn das Reichsversicherungsamt auch als oberste Instanz erhalten blieb, so wurde doch die Bildung von Landesversicherungsämtern durchgesetzt, der diejenigen Berufsgenossenschaften unterstehen sollten, die sich nicht über das Gebiet des betreffenden Bundesstaates hinaus erstreckten.⁷³ Erfolg hatte das Zentrum auch in der stärkeren Dezentralisierung und Lokalisierung der Berufsgenossenschaften überhaupt. Ebenso wurde der Vorschlag Hertlings angenommen, die nach der Regierungsvorlage neben den Genossenschaften stehenden Arbeiterausschüsse zu beseitigen und die Arbeitervertretung in die Genossenschaften selber einzubauen.⁷⁴ Man wollte, wie auch der Volkswirtschaftsrat schon geäußert hatte, einer verstärkten sozialdemokratischen Agitation, die sich in den Krankenkassen schon unangenehm bemerkbar gemacht hatte, vorbeugen und den Boden zu Wühlereien entziehen. Die tatkräftige Führung hatte wieder das Zentrum übernommen. Es gab nur seine Bedenken gegen die Reichsgarantie auf und brachte im übrigen mit konservativer Unterstützung weitgehend seine politischen Grundsätze durch.

Lange Debatten füllten noch einmal die zweite Lesung aus, bei der Konservative und Zentrum die Kommissionsbeschlüsse verteidigten und die liberale Opposition lediglich Scheingefechte führen konnte. Ihre völlige Isolierung stellte sich bald heraus, da die Nationalliberalen aus realpolitischer Einstellung mit ihren Anträgen nur hinhaltende Taktik übten, um den Rückzug auf die durchzubringende Kommissionsvorlage zu decken. Wenn sich auch die Gegensätze innerhalb des Reichstages bei Fragen über Ausdehnung des Versicherungszwanges, über Wartezeit, Deckungs-

73. § 91a der Kommissionsbeschlüsse, Sten.Ber. 1884, Bd. 4, S. 949.

74. § 41 der Kommissionsbeschlüsse, Sten.Ber. a. a. O. S. 921.

verfahren und Arbeitervertretung schärfer herausbildeten, und wenn manche Paragraphen auch nur mit geringer Mehrheit durchgebracht wurden, nach dem „Todesurteil“ über die Privatversicherung erlahmte der oppositionelle Widerstand mehr und mehr.

Dafür wurde die weitere Beratung des Gesetzes, die sich schwerfällig dahinschleppte, durch den sich zuspitzenden Gegensatz von Freisinnigen und Nationalliberalen belebt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb, man müsse den Eindruck gewinnen, „inmitten des Getöses der Wahl- und Parteikämpfe zu stehen“.⁷⁵ Die linksliberale Presse begleitete diesen Bruderkampf mit dem nötigen Lärm. Das „Berliner Tageblatt“ schob den Nationalliberalen die Schuld zu, wenn durch das Gesetz eine Organisation der Arbeitgeber geschaffen werde, „die im gegebenen Falle leicht zu einer Aktion gegen die Arbeiter verwandt“⁷⁶ werden könne. Das Verhalten der Nationalliberalen sei geradezu „unverständlich“⁷⁷ und fordere „den gerechten Spott aller unabhängigen Politiker heraus“.⁷⁸ Den „Rechtsabmarsch der Nationalliberalen“⁷⁹ konnte man einfach nicht begreifen, da kein Mensch sie dazu eingeladen habe, vielmehr sie selbst sich als „Festgenossen“ oder „Zaungäste“ „bei dem von den Konservativen und Klerikalen unter der Regie der Reichsregierung in Szene gesetzten parlamentarischen Schauspiel“⁸⁰ eingedrängt hätten. Konservative Blätter gaben dagegen ihre Befriedigung und Anerkennung zu verstehen, weil die national-liberale Partei bewiesen habe, daß ihr das große Ganze höher stehe „als der billige Ruhm, keiner Belehrung zugänglich gewesen zu sein“.⁸¹

Schon nach dieser zweiten Lesung konnte das Unfallversicherungsgesetz als gerettet gelten, denn aus der „Tripel-

75. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 287, 22. Juni 1884.

76. Berliner Tageblatt, Nr. 269, 12. Juni 1884.

77. Nationalzeitung, Nr. 315, 27. Mai 1884.

78. Königsberger Hartung'sche Zeitung, Nr. 124, 19. Mai 1884.

79. Parlamentarische Korrespondenz, Nr. 3, 27. Mai 1884.

80. Tribüne, Nr. 282, 20. Juni 1884.

81. Provinzial-Correspondenz, Nr. 26, 25. Juni 1884. Vgl. auch Deutsches Tageblatt, Nr. 165, 22. Juni 1884.

alliance" — wie sich der Abgeordnete Hirsch ausdrückte — war durch den Beitritt der Nationalliberalen „eine Quadrupel-alliance“ geworden.⁸² Die nationalliberale Schwenkung ließ den Grimm der Freisinnigen nicht ruhen, die nicht nur die sozialpolitische Haltung des gemäßigten Liberalismus heftig kritisierten, sondern auch die allgemeine politische Einstellung, ja sogar Bennisgen bissig angriffen, der nach Eugen Richter z. B. „im wesentlichen Kavalier in der Politik“ gewesen sei.⁸³ Jeder Widerstand des Linksliberalismus war jedoch umsonst, wenn auch Rickert in der Generaldiskussion „die neuen sozialpolitischen Ideen“⁸⁴ aus dem Liberalismus herleitete und noch einmal vor verfehlter Gestaltung warnte, durch die eine Grundlage „zu dem sozialbürokratischen Staate des Herrn Reichskanzlers“ gelegt werde.⁸⁵ Während vier Jahre sozialpolitischer Tätigkeit war der extreme Liberalismus nicht nur in den alten Prinzipien, sondern auch an den alten Wortprägungen hängen geblieben. Der Sinn für soziale Maßnahmen wie der Sinn für staatliche Autorität fehlte noch immer, und trotz der fast übergroßen Arbeiterfreundlichkeit bezeugten die Reden von Hirsch, Rickert und Eugen Richter in der dritten Lesung noch einmal die unschöpferischen, starren Prinzipien, über die auch eine gewandte, lebhaft Dialektik nicht hinwegtäuschen konnte.

Unbedeutsame Änderungen wurden von der Mehrheit ohne Schwierigkeiten angenommen und ebenso Lücken glatt ausgefüllt. Während sich Freisinnige und Nationalliberale offen weiter bekämpften, die Konservativen sich zurückhielten, — überraschte der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Wendt mit einer Rede, die nach der ernsthaften Mitarbeit seiner Partei aus dem allgemeinen sozialpolitischen Rahmen fiel und auf das bis jetzt gemiedene kirchenpolitische Gebiet übergriff.⁸⁶ Der Zentrumsredner hob die Vorzüge einer korporativen Gestaltung hervor, durch die Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer gemildert würden. Er griff dann auf die christlichen Grundsätze

82. Hirsch, Rede 27. Juni 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 1119.

83. E. Richter, Rede 27. Juni 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 1115.

84. Rickert, Rede 27. Juni 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 1103.

85. Rickert, a. a. O. S. 1107.

86. Wendt, Rede 27. Juni 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 1109.

über, machte hier schon die Einschränkung, daß durch Zwang „der Geist der christlichen Nächstenliebe“ verschwinde, und setzte endlich die Versicherungsgesetze der Kaiserlichen Botschaft von 1881 gegenüber, denn das eigentliche „Heranziehen der realen Kräfte dieses Volkslebens“ und die Zusammenfassung in korporativen Genossenschaften entspreche nicht dem Umfange, wie seine Partei es wünsche. Von hier über Bebel und Sozialdemokratie zum sozialen Wert der Kirche war nur ein Schritt. Wenn man schon eine soziale Reform herbeiführen wolle, so sei es durchaus notwendig, daß die Kirche, „die man in erster Linie als reale Kraft des Volkslebens“ bezeichnen könne, genügend Freiheit erhalte, „um auf sozialen Gebieten das zu thun, was sie Hand in Hand mit dem Staate und zum Vortheile aller Staatsbürger so gerne thun“ würde.⁸⁷ Von der Forderung einer freien katholischen Kirche zum Abbau der Maigesetze war dann nur ein weiterer Schritt.

Heidemann kommt in seiner Untersuchung zu der Feststellung, daß v. Wendt mit seiner Rede im Gegensatz zu der von v. Hertling bisher verfolgten Linie stehe, daß „zumindest noch keine sehr große Klarheit über die Ziele der Sozialpolitik“⁸⁸ im Zentrum herrschte und der Redner „mit gewaltsamen Wendungen“⁸⁹ auf den Kulturkampf gekommen sei.

Dieser Deutung, welche die sozialpolitische Haltung isoliert betrachtet, muß eine andere entgegengesetzt werden, die aus der politischen Gesamthaltung des Zentrums schöpft. Wenn es v. Hertling aus taktischen Erwägungen vermieden hatte, die Sozialpolitik mit der Kirchenfrage zu verkoppeln, um einerseits eine Mitgestaltung an der Sozialreform nicht auszuschalten und um andererseits Bismarck die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zu bezeugen, so konnte jetzt, da das Sorgenkind Unfallversicherung gerettet schien, das Zentrum seinen politischen Anspruch „Aufgeben des Kulturkampfes nach jeder Richtung“⁹⁰ als Gegenleistung für weitere Mitarbeit erheben. Mißtrauisch

87. a. a. O.

88. K. Heidemann, a. a. O. S. 111.

89. a. a. O. S. 113.

90. Wendt. Rede 27. Juni 1884, Sten.Ber. a. a. O. S. 1110.

betrachtete das Zentrum auch die Annäherung der Nationalliberalen an den Kanzler. Die „Germania“ stichelte und spöttelte, daß die Nationalliberalen geschlagen worden seien und sich „darum, allein darum“ „vom manchesterlichen Individualismus zum opportunistischen Socialismus“ bekehrt hätten.⁹¹

Daß die Zentrumsparlei erst am Ende der Verhandlungen durch v. Wendt Sozialpolitik und Kirchenpolitik in Zusammenhang bringen ließ, verstärkt die Vermutung, daß es sich um ein parteitaktisches Mannöver handelte. Es waren nicht „Reste alter Anschauungen“,⁹² die v. Wendt vorbrachte, ebenso sprach er nicht „in größerer Breite über Nebendinge“,⁹³ sondern bewußt drängte er auf den Kern der Zentrums politik, auf den Kulturkampf hin, um auch jetzt trotz aller Reformarbeit die politischen Zielsetzungen der Partei nicht in den Hintergrund treten zu lassen.

Am 27. Juni 1884 wurde das Unfallversicherungsgesetz,⁹⁴ jetzt sogar ohne namentliche Abstimmung, mit konservativ-klerikal-nationalliberaler Mehrheit im Reichstag angenommen. Bismarck gab dem Gesetz seine Zustimmung. Die genossenschaftliche Organisation war erhalten geblieben und nur der Aufbau dezentralisiert. Da sich auch der Bundesrat schon, auf Anregung Württembergs, in der Mehrheit für Landesversicherungsämter entschieden hatte, wollte Bismarck das Gesetz an dieser organisatorischen Abwandlung nicht scheitern lassen. Er war überzeugt, daß, abgesehen von Preußen, nur „wenige leistungsfähige Berufsgenossenschaften zu Stande kommen dürften, welche auf das Gebiet eines einzelnen Bundesstaates beschränkt“ seien.⁹⁵ Es bleibe demnach „unwahrscheinlich“, daß die Errichtung von Landesversicherungsämtern „zu nennenswerther Bedeutung“ gelangen werde.⁹⁶ Am 6. Juli 1884 erschien das Unfallversicherungsgesetz im Reichsgesetzblatt.

91. Germania, Nr. 147, 29. Juni 1884.

92. K. Heidemann, a. a. O. S. 113.

93. a. a. O. S. 111.

94. Sten.Ber. 1884, Bd. 4; Aktenstück Nr. 186, S. 1347.

95. Immediatbericht v. 5. Juli 1884. GSTA.Akten d. Geh. Civil-Cabinets.

96. a. a. O.

XI. *Schluß.*

Der Entschluß Bismarcks, die soziale Frage von staatlicher Seite aufzuwerfen, ist nur aus der gesamtpolitischen Lage, aus dem innenpolitischen Zustand des Reiches zu deuten und zu verstehen. Das parteipolitische Leben erstarrte Anfang der achtziger Jahre mehr und mehr; die Parteien wurden zu Trägern enger, einseitiger Standes- und Klasseninteressen, während ideelle Zielsetzungen verblaßten. Dem aufstrebenden Kapitalismus und der zunehmenden Industrialisierung stand eine Vermehrung des großstädtischen „Proletariats“ entgegen, das ein politisches Bewußtsein in sich trug. Eine revolutionäre, gegen den Staat gerichtete Agitation der sozialdemokratischen Partei hatte das Sozialistengesetz in der Öffentlichkeit unterdrückt, während der Brand im Arbeitertum weiterschwelte. Bismarck verfolgte die innere Entwicklung des jungen Reiches mit tiefer Sorge, weil er seit dem Umschwung, seit dem Abbruch der liberalen Ära nicht jenen Beistand und jene Kräfte fand, die für den Ausbau im Innern notwendig waren. In den Kämpfen der Parteien untereinander sah er ernste Gefahren und die Schuld dafür, „daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß man zweifelhaft wird an dem, was man errungen hat, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt“.¹

Wie Bismarck in den siebziger Jahren versucht hatte, die Wirtschaftskrise durch staatliche Reformen zu überwinden, so trieb ihn jetzt innere Verpflichtung, Besorgnis und staatspolitische Verantwortung, die Arbeiterfrage aus dem Wust der Theorien und der parteipolitischen Agitation herauszuheben, um einer weiteren Zersetzung und Auflösung im staatlichen Leben entgegenzuarbeiten. Die Notwendigkeit, eine staatliche Sozialpolitik in Angriff zu nehmen und sie mit oder gegen die Parteien zu einem positiven Ergebnis zu führen, war für Bismarck aus der sozialen Wirklichkeit erwachsen, aus Not, Unzufriedenheit und Unruhe in der Arbeiterschaft. Von irgendeiner Seite mußte die Arbeiterfrage, die soziale, wirtschaftliche wie politische Probleme in sich barg, wirksam angepackt werden. Bismarck plante deshalb mit der Autorität und mit den Mitteln des

1 Bismarck, Rede 5. Mai 1881, Ges. Werke, Bd. 12, S. 258.

Staates eine umfassende, grundlegende Sozialversicherung aufzubauen. Das Neuland betrat er jedoch nicht von irgendwoher, sondern er knüpfte an das bisherige Versicherungswesen an, dessen Mängel und Lücken vielfach Quelle der Mißstimmung zwischen Unternehmer und Arbeiter gewesen waren.

Aus sozialen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus sollte die Unfallversicherung als Anfang der Sozialgesetzgebung die materielle Lage des Arbeiters bessern; sie sollte weiterhin Stütze und Sicherung in seinem Berufsleben sein und innerhalb der Industriebetriebe dem sozialen Frieden dienen. Aber Bismarck sprengte den rein sozialen Bereich und drängte die Sozialpolitik „in den Umkreis staatspolitischen Denkens“,² von dem aus die Sozialreform von Anfang an ihre weit über die Arbeiterfrage hinausgreifenden Zielsetzungen erhielt. Die Sozialpolitik gelangte damit auf eine Ebene, die für Bismarcks politisches Handeln nun einmal ausschlaggebend und bestimmend war: auf die Ebene des Staates.

Bismarck hoffte, durch sichtbare Vorteile, durch fest abgegrenzte und verbürgte Rechte den Arbeiter an den Staat und das allgemeine Staatsinteresse zu fesseln und einer weiteren sozialrevolutionären Verwirrung und Aufwiegelung vorzubeugen. Er ahnte die Gefahren, die wie Wetterleuchten am Horizont standen, und er wollte diese Gefahren, so weit es in der Kraft des Staates stand, bannen. Vom Gegebenen, vom Wirklichkeitsbereich staatlichen Lebens erhielt die Sozialpolitik also ihre Zielsetzungen. Sie gab den Arbeitern, die ihre soziale Stellung und politische Bedeutung mehr und mehr begriffen, keine Ideale oder in die Zukunft weisende Aufgaben, sondern sie beschränkte sich auf die Sicherung der bestehenden Staatsordnung und strebte eine festere, tiefere Verankerung staatlichen Bewußtseins im Volkskörper an.

Erhaltung, Festigung und darüber hinaus Stärkung der Staatsautorität standen freilich im Gegensatz zu dem politischen Egoismus und zu den Machtforderungen der Parteien, deren Streben letzten Endes nur darauf abzielte, ihre Stellung gegenüber dem Staat und ihren Einfluß innerhalb der Gesellschafts-

2. F. Lütge, a. a. O. S. 591.

ordnung zu sichern. Da Bismarck das Schwergewicht in seiner Innenpolitik auf die Arbeitergesetzgebung verlagert hatte, so wurde 1881 die Sozialpolitik, in deren Mittelpunkt der Arbeiter, der „arme Mann“ als heißumstrittenes Kampfobjekt trat, zum Brennpunkt der innerpolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und den Parteien. Denn die betont staatliche Gestaltung der ersten Unfallversicherungsvorlage richtete sich nicht nur gegen parteipolitische Prinzipien und Interessen, sondern die staatliche Sozialreform als Ganzes, als Mittel zum Zweck stieß auf den politischen Behauptungswillen der Parteien selbst. Darum nahmen die liberalen Parteien im Reichstag und in der Öffentlichkeit den Abwehrkampf auf gegen den staatlichen Eingriff in soziale Verhältnisse überhaupt, und darum wandte sich die konservativ-klerikale Gruppe gegen jede zu weitgehende staatliche Durchdringung der Gesetzgebung. Zwischen Staat und Parteien, zwischen staatlicher Sozialreform und sozialpolitischer Parteiagitation stand die Masse der Arbeitenden.

Gegen den Staatszuschuß, der in der ersten und zweiten Vorlage enthalten war, bäumten sich mit Ausnahme einer kleinen konservativen Gruppe alle Parteien auf. Ob es nun wirtschaftliche Bedenken, rechtliche oder sogar sozialetische Gründe waren, die man anführte, so verkannte doch keine Partei das eigentliche Problem des staatlichen Beitrages. Bismarck hoffte ja, durch Vorteile und durch Wohltaten die Massen der Arbeiter von der pflichtbewußten Aufgabe der Staatsführung zu überzeugen und sie an den Staat heranzuziehen. Daß sich das politische Moment des Staatszuschusses nicht nur direkt gegen die Sozialdemokratie, sondern ebenso stark gegen die anderen Parteien richtete, spürten wohl am ehesten der Liberalismus, der in heftigste Aufwallung geriet, und nicht minder das Zentrum, das Mißtrauen und Argwohn nicht unterdrücken konnte. Unklare und unverständene Schlagwörter, wie Staatssozialismus, autoritärer Sozialismus oder gar Kommunismus, die man wahllos ins Volk schleuderte, sollten nur Unruhe erregen und auf die drohende Gefahr einer erdrückenden Staatsgewalt aufmerksam machen. Selbst die Konservativen verhielten sich kühl und rückten vorsichtig von Bismarck ab, wenn sich auch hier und da Versuche regten, durch Kompromisse den Plänen der Regierung entgegenzukommen.

Wie Bismarck durch den Staatszuschuß alle Parteien eigentlich in Fluß oder in innere Bewegung gebracht hatte, so traf er mit dem Zwang zur Versicherung und mit dem Ausschluß von Privatgesellschaften wirtschaftliche und soziale Prinzipien des Liberalismus. Die staatlich orientierte Sozialpolitik war ein bewußter Vorstoß auf breiter Front gegen „das goldene Gesetz des Fortschritts“,³ mit dem der Liberalismus das schrankenlose Ausleben des Individuums und den ungehemmten wirtschaftlichen Egoismus rechtfertigte und von dem man nun auch, blind und taub gegenüber der sozialen Wirklichkeit, eine Lösung der Arbeiterfrage im Rahmen der allgemeinen Kulturentwicklung erwartete. Die linksliberalen Parteien trieben ein Doppelspiel, denn die übermäßig zur Schau gestellte Arbeiterfreundlichkeit konnte nur durch taktische Manöver mit der Verteidigung der freien Wirtschaft und mit dem Schutz des kapitalistischen Systems in Einklang gebracht werden. Jahre hindurch kämpfte der Liberalismus starr, unbelehrbar und doktrinär beschränkt gegen jeden staatlichen Eingriff, der die freie Initiative und damit jeden Fortschritt lahmlege.

Nachdem der erste Versuch gescheitert war, ließ Bismarck kein Mittel außer Acht, um die Parteien zu einer Gestaltung zu zwingen. Er warb auf parlamentarischen „Soireen“ für seine Pläne; er ließ durch regierungsfreundliche Zeitungen die öffentliche Meinung bearbeiten, und er scheute nicht zurück, durch die Kaiserliche Botschaft den Reichstag unter Druck zu setzen, als der ungünstige Wahlausfall im Herbst 1881 die sozialreformatorischen Ansätze zu zerstören drohte. Die Kaiserliche Botschaft war ein Zeugnis politischer Entschlossenheit, die sozialpolitische Aufgabe auch gegen den Widerstand der Parteien durchzuführen.

Bismarck ging im zweiten Gesetzentwurf auf eine korporative Grundlage der Versicherung ein, wie sie im Reichstag gefordert werde. Wie weit dieser Wendung zum korporativen Aufbau taktische oder grundsätzliche Bedeutung zukommt, ist nicht eindeutig zu entscheiden. Das korporative Prinzip lag Bismarcks politischem Gedankengut nicht fern, wie die Äuße-

3. E. Wiß, a. a. O. S. 44.

rungen Anfang 1881 schon zeigten. Taktische Rücksichtnahme auf die parlamentarische Lage und grundsätzliche politische Motive durchdringen sich wechselseitig und sind nicht voneinander zu trennen. Um die Sozialreform nicht in ihren Anfängen stocken zu lassen, um Widerstände auszuschalten und die Möglichkeit auszunutzen, sich den Konservativen und dem Zentrum zu nähern, ließ Bismarck im dritten Gesetzentwurf sogar den Staatszuschuß fallen. Zu Trägern der Versicherung sollten Berufsgenossenschaften gemacht werden, denen weitgehend innere Freiheit gewährt wurde, ohne jedoch auf staatlichen Zwang und staatliche Oberhoheit zu verzichten.

Wenn Bismarck mit dem ersten Gesetzentwurf 1881, mit der straffen, zentralistischen Gestaltung und dem staatlichen Zuschuß im Grunde nichts anderes angestrebt hatte, als „die Behauptung des eigenständigen Staates“⁴ gegenüber auflösenden, zersetzenden Tendenzen im Volkskörper, so fehlten auch den folgenden Gesetzesvorlagen diese Zielsetzungen nicht. Denn Bismarck verband mit dem korporativen Aufbau der Unfallversicherung politische Ziele; er erklärte sogar offen, daß es ihm vorwiegend um diese zu tun sei. Der Wandel zur korporativen Zusammenfassung erhält damit nicht nur taktisch-parlamentarische, sondern im erheblichen Maße auch staatspolitische Bedeutung.

Für die Klerikalen war der korporative Gedanke im Grunde nur Mittel, die staatliche Autorität einzuengen und den Volkskörper in Einzelkräfte zu zergliedern. Die Konservativen sahen die Möglichkeit, an Ideen der vorliberalen Epoche anzuknüpfen und die realen Volkskräfte ständisch-korporativ zusammenzufassen. Bismarck plante dagegen, den gegliederten Volkskörper in den Staatsorganismus einzubauen, durch eine staatlich beeinflusste korporative Gliederung eine politische Umwandlung anzubahnen und, wenn möglich, die Grundlage zu einer neuen Volksvertretung zu legen. Das Bemühen, die produktiven Berufsstände zu organisieren, folgte derselben Richtung, die Bismarck mit dem Volkswirtschaftsrat und mit der Reaktivierung des preußischen Staatsrates einzuschlagen versuchte. Die Sozial-

4. R. Craemer, a. a. O. S. 175.

politik blieb damit nicht auf ihren eigentlichen Bereich beschränkt, sie gliederte sich vielmehr dem großangelegten Vorstoß Bismarcks ein, die lähmende Tätigkeit der Parlamente und die politische Unfruchtbarkeit der Parteien zu überwinden.

Solche Pläne erwuchsen aus Enttäuschung über den schwerfälligen Gang der parlamentarischen Arbeiten und aus Mißstimmung über die innere Zerfissenheit des Reichstages. Ohne die überragenden Kräfte und den politischen Willen des Reichskanzlers wäre die Sozialversicherung nicht Wirklichkeit geworden. Immer wieder zwang Bismarck die Parteien zu erneuter Stellungnahme, und immer wieder mußte er erleben, daß die Parteien die „Heckenschere“⁵ anlegten, die Vorlagen beschnitten oder nach ihrem Willen zurechtstutzten.

Der Linksliberalismus war vom ersten Gesetzentwurf an für eine positive sozialpolitische Mitarbeit ausgeschieden. Das grundsätzliche Festhalten an der individualistischen-manchesterlichen Doktrin erschwerte nicht nur eine reale Betrachtung der Arbeiterfrage, sondern verhinderte ebenfalls jedes tiefere Verständnis für die staatspolitische Notwendigkeit, die stärker und sichtbarer hervorbrechenden sozialen Gegensätze innerhalb der Volksordnung im Interesse der staatlichen Gesamtwohlfahrt auszugleichen. Die extremen Liberalen verharrten prinzipiell in der Opposition, weil das Gesetz „nicht bloß in bezug auf die Verhältnisse, . . . sondern für die gesamte Richtung der Gesetzgebung“⁶ schädlich sei. Dagegen hatte das unnachgiebige Vorandrängen des Kanzlers die Nationalliberalen zu einem Einschwenken gezwungen. Was Bismarck jahrelang versucht hatte, schien jetzt durch die Sozialpolitik zu gelingen: eine klare Scheidung in einen Linksliberalismus und ein Herüberziehen der gemäßigt Liberalen zur Regierungspolitik.

In der Frontstellung gegen den Liberalismus fand Bismarck sowohl bei den Ultramontanen wie bei den Konservativen Unterstützung. Das in seiner parlamentarischen Mittelstellung unentbehrliche und entscheidende Zentrum war bereit, liberale Zersetzung und revolutionäre Bedrohung vom Volke abzuwen-

5. Bismarck, Rede 5. Mai 1881, Ges. Werke, Bd. 12, S. 258.

6. Neues A-B-C-Buch, Handbuch der freisinnigen Partei, Berlin 1884.

den, wie die Kompromisse mit den Konservativen bewiesen. Ebenso fehlte dem Zentrum durch seine soziale Zusammensetzung ein gewisses Verständnis für praktische Sozialpolitik nicht. Aber die Haltung der katholischen Partei zur deutschen Sozialgesetzgebung wird andererseits doch stark von taktischen Momenten beherrscht. Bald förderten die Klerikalen durch eigene Gedanken, bald hemmten und zerstörten sie, um dem Machtbereich des Staates eine Grenze zu ziehen und vor der gefürchteten Staatsallmacht einen Schutzwall aufzuwerfen. Einer staatlich gebundenen Sozialpolitik widersetzen sich die Klerikalen nicht grundsätzlich, aber beharrlich und unnachgiebig bekämpften sie jeden reichseinheitlichen Ausbau und jede Stärkung der Reichsgewalt. Die ausschlaggebende Stellung im Reichstag wurde durch die straffe Führung Windthorst's, der wegen des Kulturkampfes die Partei fest zusammenhalten mußte, wesentlich verstärkt. Denn die Sozialpolitik konnte bei der heterogenen Zusammensetzung eine Gefahr für den inneren Bestand der katholischen Partei werden.

Die beiden konservativen Parteien bildeten zwar den Grundstock einer Regierungsmehrheit, aber es mangelte bei ihnen an klaren und entwicklungsfähigen Gedanken, so daß sie schließlich die Führung im Reichstag dem Zentrum überlassen mußten. Ihre eigentliche Aufgabe war es gewesen, den staatsauflockernenden Tendenzen des Zentrums ein gewisses Gegengewicht zu bieten und ein allzu weites Abweichen von den Regierungsvorlagen zu hemmen. Es gab innerhalb der konservativen Reihen Männer, die den sozialen Plänen Bismarcks willig folgten und auch die Größe der gestellten Aufgaben begriffen. Aber die politische Stoßkraft des Konservatismus erlitt durch das Fehlen einer kraftvollen, einheitlichen Führung, durch den Mangel einer breiten, weite Volksschichten erfassenden Organisation und besonders durch auseinanderstrebende Auffassungen innerhalb der Fraktionen eine Schwächung, die sich offensichtlich bei der Reichspartei bemerkbar machte. Überhaupt vermißt man trotz eines neuen belebenden Antriebes eine Klärung, eine bestimmtere Formung sozialkonservativen Gedankengutes, obwohl Schmoller, Wagner und Stöcker manche Waffe gegen Liberalismus und Sozialdemokratie geschmiedet hatten.

Inmitten dieser großen Parteigruppen stand die Sozialdemokratie, eifrig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht, „die bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit in die richtige Schmiede zu geleiten“.⁷ Unbeständig, aber nicht planlos schwankte die Taktik der marxistisch-sozialistischen Partei hin und her, um bald abzulehnen, bald zu verschleiern oder gar durch Forderungen zu übersteigern. Denn die staatliche Anerkennung einer sozialen Schutzbedürftigkeit des Arbeiters und der Versuch, die sozialen Gegensätze zu mildern und den Arbeiter mit dem Staat auszusöhnen, drängte die Sozialdemokratie in die Defensive. Nach dem Sozialistengesetz, das jede öffentliche Organisation unterbunden hatte, konnten die praktischen Maßnahmen leicht den Bestand der Partei völlig vernichten. Bismarck hoffte ja gerade auf eine solche politische und moralische Wirkung der Sozialreform. Die von Schriftstellern und Juden geleitete sozialdemokratische Partei fühlte sich dagegen berufen, als Vertreterin der unteren Klassen den Kampf gegen „das Doppeljoch der ökonomischen und politischen Sklaverei“⁸ zu beginnen. Sie sabotierte deshalb bewußt jede positive Sozialgesetzgebung, um die herrschende Staats- und Volksordnung zu unterwühlen und die Massen der deutschen Arbeiter in gärenden Unruhe zu halten.

Der Kampf Bismarcks mit dieser Partei, die den sozialrevolutionären Umsturz auf ihre Fahne geschrieben hatte, war durch die staatliche Sozialgesetzgebung in ein neues Stadium getreten. Bismarck ahnte die Tiefe und die Schwere des sozialen Problems, das bereits damals alle Schichten staatlichen, wirtschaftlichen und volklichen Lebens durchdrungen hatte. Er sah seiner Zeit voraus, wenn er 1881 im Reichstag erklärte: „... ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit fünfzig Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne und Enkel vollständig ins reine kommen werden.“⁹ Es ist das bleibende Verdienst des Kanzlers, aus seiner Zeit heraus und mit den Mitteln seiner Zeit eine, wenn auch nur beschränkte Lösung der sozialen Frage in An-

7. F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1921, Bd. 3, S. 209.

8. Sozialdemokrat, Nr. 11, 9. März 1882.

9. Bismarck, Rede 2. April 1881, Ges. Werke, Bd. 12, S. 237.

griff genommen zu haben. Der Anfang der deutschen Sozialgesetzgebung ist von seiner Persönlichkeit nicht zu trennen. Und wenn Bismarck bald taktisch, bald wechselnd und sprunghaft vorgehen mußte, um die Brandung im Reichstag zu überwinden, so stellte er durch die staatliche Initiative die Parteien vor neue Probleme und zwang ihnen gesetzgeberische Aufgaben auf, die sie bis jetzt nicht gesehen oder denen sie sich entzogen hatten. Das Ringen um den Arbeiter war gleichzeitig ein Kampf gegen das soziale Unverständnis der bürgerlichen Parteien, die um politischer Machtziele willen das größte innere Problem des deutschen Volkes, die soziale Frage, der eigensüchtigen und eigenwilligen Parteipolitik unterordneten.

Archivalische Quellen.

Reichsarchiv: 1. XII Akten des Reichsarbeitsministeriums Abteilung II, Arbeiterversicherung No. (Im Zitat abgekürzt: RA. A.V.)

2. Nachlaß v. Bennigsen (RA.Nachl. 5); Nachlaß Lohmann (RA. Nachl. 39); Nachlaß v. Stauffenberg (RA.Nachl. 71).

Geheimes Staatsarchiv zu Dahlem (GSTA): Berichte d. Regierungen und Landdrosteien über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Akten betr.: Die in Folge der Circular-Verfügung vom 22. Oktober 1878 eingegangenen Quartalsberichte über die Ausführung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.

Akten des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin: betr. die Versammlungen der christlich-sozialen Partei; betr. die conservative Partei; betr. Bestrebungen der Partei „Liberale Vereinigung“; betr. Umtriebe der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen pro 1881; betr. Wahlen zum deutschen Reichstag und preußischen Landtage.

Akten d. Geheimen Civil-Cabinets betr. den deutschen Reichstag, 1866—1881.

Akten d. Geheimen Civil-Cabinets betr. die Unterstützungskassen der Gewerbetreibenden und Arbeiter; eingeschriebenen Hilfskassen; desgl. die Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter.

Akten d. Ministeriums d. Innern: betr. Vorgänge auf dem Gebiete der socialistischen Bewegung; betr. socialdemokratische Agitation gegen das Reichskrankenkassengesetz sowie gegen die übrigen dem Reichstage vorliegenden socialpolitischen Vorlagen; betr. die Reichsgesetzgebung der Arbeiter gegen Unfälle sowie die Krankenversicherung.

Gedruckte Quellen.

A-B-C-Buch, Neues ... für freisinnige Wähler. Berlin 1884.

Baare: Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Arbeiter-Unfallversicherungskasse, nebst Motiven. Annalen d. dt. Reiches f. Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik. Jhrg. 1881, Leipzig.

Backhaus, W.: Der Liberalismus. Fürst Bismarck und die Parteien. Hamburg 1881.

Bähr, O.: Das Unfallversicherungsgesetz. Preuß. Jahrbücher. Bd. 49; 1882.

Bamberger, L.: Die Invasion der socialistischen Ideen. Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Heft 41/42. Berlin 1884.

Bamberger-Barth-Broemel: Gegen den Staatssocialismus. Berlin 1884.

- Bebel, A.*: Aus meinem Leben. Teil III. Stuttgart 1914.
- Bennigsen, R. v.*: Reden. Hrsg. von W. Schulze-F. Thimme. Halle 1911, 1922.
- Bismarck, O. v.*: Die Gesammelten Werke, Bd. 8, Gespräche, Berlin 1926; Bd. 6c, Politische Schriften, Berlin 1935, Bd. 12, Reden, Berlin 1929; „Erinnerung und Gedanke“, Kritische Neuausgabe auf Grund des gesamten schriftlichen Nachlasses von G. Ritter und R. Stadelmann, Bd. 15, Berlin 1932.
- Gedanken und Erinnerungen, 2 Bände. Stuttgart 1898.
- Bismarck-Regesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des ersten deutschen Reichskanzlers. Hrsg. von H. Kohl, 2 Bde. Leipzig 1891.
- Brentano, L.*: Der Arbeitsversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen. 1881.
- Busch, M.*: Tagebuchblätter, Bd. 3. Leipzig 1899.
- Findel, J.*: Des Reichskanzlers Wohlfahrtspolitik und die Demokratie. Leipzig 1881.
- Hertling, G. v.*: Naturrecht und Sozialpolitik. Köln 1893.
- Recht, Staat und Gesellschaft. Kempten-München 1918.
- Aufsätze und Reden sozialpolitischen Inhalts. Freiburg 1884.
- Erinnerungen aus meinem Leben, 2 Bde. München 1919/20.
- Hitze, F.*: „Kapital und Arbeit“ und die Reorganisation der Gesellschaft. Paderborn 1880.
- Konservatives-Handbuch. Hrsg. von Angehörigen beider konservativen Parteien. Berlin 1898.
- Kulemann, W.*: Politische Erinnerungen. Berlin 1911.
- Lucius von Ballhausen*: Bismarck-Erinnerungen. Berlin 1920.
- Miquel, J. v.*: Reden. Hrsg. von W. Schultze-F. Thimme. Halle 1913.
- Oldenburg, K.*: Aus Bismarcks Bundesrat. Berlin 1929.
- Philipp, E.*: Bismarck. Vertrauliche Gespräche. Dresden 1927.
- Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler. Berlin 1897.
- Poschinger, H. v.*: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 3. Breslau 1896.
- Bismarck als Volkswirt, 2 Bde. Berlin 1889/90.
- Fürst Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, 5. Stuttgart 1898.
- Neue Tischgespräche und Interviews. Stuttgart 1899.
- Bismarck-Portefeuille. Stuttgart 1898.
- Preußische Jahrbücher. Hrsg. von H. v. Treitschke-H. Delbrück. Jhrg. 1881—84.
- Reichstagssession, die ... 1884. Dargestellt für freisinnige Wähler.
- Richter, E.*: Im alten Reichstag. Erinnerungen, 2 Bde. Berlin 1896.
- Specht-Schwabe*: Die Reichstagswahlen von 1867—1903. Berlin 1904.
- Schäffle, A.*: Aus meinem Leben, Bd. 2. Berlin 1905.
- Der korporative Hilfskassenzwang. Tübingen 1882.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstages. 1881—1884. (Im Text abgek. Sten.Ber.)
- Stöcker, A.*: Christlich-sozial. Reden und Aufsätze. Bielefeld 1885.
- Ströll, M.*: Die staatssozialistische Bewegung in Deutschland. Leipzig 1885.

- Tiedemann, Chr. v.:* Aus sieben Jahrzehnten. Leipzig 1909.
Wentzke, P.: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, 2 Bde. Bonn-Leipzig 1926.
Wiß, E.: Sozialismus und Staatssozialismus. Vierteljahresschr. f. Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, 83. Bd. Berlin 1884.
-

Allgemeine Conservative Monatschrift. — Berliner Börsen-Courier. — Berliner Tageblatt. — Casseler Journal. — Christlich-soziale Blätter. — Deutsches Tageblatt. — Frankfurter Zeitung. — Die Freiheit. — Germania. — Die Grenzboten. — Hannoverscher Courier. — Historisch-politische Blätter. — Kasseler Zeitung. — Kölnische Zeitung. — Königsberger Hartung'sche Zeitung. — Kreuzzeitung. — Leipziger Zeitung. — National-Zeitung. — Norddeutsche Allgemeine Zeitung. — Parlamentarische Correspondenz. — Die Post. — Provinzial-Correspondenz. — Der Reichsbote. — Der Sozialdemokrat. — Staatsbürger-Zeitung. — Die Tribüne. — Volkszeitung. — Vossische Zeitung.

Literatur.

Im folgenden Literaturverzeichnis ist auf eine Angabe größerer, allgemeiner Werke verzichtet worden.

- Baare, Th.:* Die Anfänge der deutschen Sozialgesetzgebung. Gelbe Hefte. 10. Jhrg. 1934 Heft 9.
Bachem, K.: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrums-
partei, Bd. 5. Köln 1927/1929.
Bergsträsser, L.: Geschichte der politischen Parteien Deutschlands. Berlin-
Leipzig 1928.
Bismarck-Jahr, Das. Eine Würdigung Bismarcks und seiner Politik in
Einzelschilderungen. Hrsg. M. Lenz, E. Marcks. Hamburg 1915.
Borcht, R. van der: Die soziale Bedeutung der deutschen Arbeiterversiche-
rung. Festgabe für Johannes Conrad. Jena 1898.
Brodnitz, G.: Bismarcks national-ökonomische Anschauungen. Sammlung
nationalök. u. statistisch. Abhdlg. d. staatsw. Seminar z. Halle, Bd. 31.
Jena 1902.
Bruder: Katholisches Staatslexikon. Freiburg 1899.
Cahn, E.: Bismarck als Sozialpolitiker. Tübingen 1924.
Craemer, R.: Der Kampf um die Volksordnung. Von der preußischen Sozial-
politik zum deutschen Sozialismus. Hamburg 1933.
Deite, H.: Die katholisch-soziale Bewegung in Deutschland. Jhrg. f. Gesetz-
gebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 32. Jhrg. 1908.
Frank, W.: Hofprediger Adolf Stöcker und die christlich-soziale Bewegung.
Berlin 1928.
Gehrig, H.: Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Jena 1914.
Heidemann, K.: Bismarcks Sozialpolitik und die Zentrumspartei. 1881-1884.
Diss. Göttingen 1930.

- Hellwig, F.*: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg. Heidelberg 1936.
- Herx, E.*: Peter Franz Reichensperger als Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Diss. Köln 1933.
- Hüsgen, E.*: Ludwig Windthorst. Köln 1907.
- Hunkel, G.*: Fürst Bismarck und die Arbeiterversicherung. Diss. Erlangen 1909.
- Kardorff, S. v.*: Bismarck. Ein Beitrag zur deutschen Parteigeschichte. Berlin 1929.
- Wilhelm von Kardorff. Berlin 1935.
- Kelsch, W.*: Ludwig Bamberger als Politiker. Diss. Jena 1933.
- Kleis, F.*: Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland. Berlin-Lichterfelde 1928.
- Klein-Hattungen, O.*: Geschichte des deutschen Liberalismus, 2 Bde. 1911/12.
- Kranenberg, E.*: Die Stellung Ludwig Bambergers zur Sozialpolitik Bismarcks. Münster 1935.
- Kremer, W.*: Der soziale Aufbau der Parteien des deutschen Reichstages von 1871—1918. Diss. Düsseldorf 1934.
- Laveleye, E. v.*: Die sozialen Parteien der Gegenwart. Tübingen 1882.
- Leuß, H.*: W. Freiherr von Hammerstein. Berlin 1905.
- Lindemann, H.*: Alte und neue Sozialpolitik. Kölner sozialpolitische Vierteljahresschr., 10. Jhrg. 1931.
- Lütge, F.*: Die Grundprinzipien der Bismarckschen Sozialpolitik. Jhrb. f. Nationalök. u. Statistik, 3. Folge, 79. Bd. Jena 1931.
- Marzisch, K.*: Die Vertretung der Berufsstände als Problem der Bismarckschen Politik. Diss. Marburg 1934.
- Mehring, F.*: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart-Berlin 1921.
- Mommsen, W.*: Zur Methodik der Parteigeschichte. Hist. Zeitschr., Bd. 147. 1933.
- Bismarcks Sturz und die Parteien. Berlin-Leipzig 1924.
- Oncken, H.*: Rudolf von Bennigsen, 2 Bde. Stuttgart-Leipzig 1910.
- Bennigsen und die Epochen des parlamentarischen Liberalismus in Deutschland und Preußen. Hist. Zeitschr., Bd. 104. 1910.
- Pastor, L.*: August Reichensperger. Freiburg 1899.
- Pense, R.*: Bismarcks Sozialversicherung. Versuch einer Darstellung seiner Pläne und deren Verwirklichung. Diss. Greifswald 1934.
- Petersdorff, H. v.*: Kleist-Retzow. Stuttgart-Berlin 1907.
- Philippson, M.*: Max von Forckenbeck. Dresden 1898.
- Piloty, R.*: Das Reichsunfallversicherungsrecht, dessen Entstehung und System, 3 Bde. Würzburg-Dresden 1890—1893.
- Rachfahl, F.*: Eugen Richter und der Linksliberalismus. Zeitschr. f. Politik, 5. Bd. 1912.
- Richthofen, E. v.*: Über die historische Wandlung in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Motive ihrer Wandlungen. Diss. Heidelberg 1901.
- Röttger, H.*: Bismarck und Eugen Richter im Reichstag. Diss. Münster 1932.

- Rothfels, H.*: Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik. 1871—1905. Forschung. u. Darstellung. aus dem Reichsarchiv. 6. Heft. Berlin 1927.
- Seeberg, R.*: Das Christentum Bismarcks. Berlin 1915.
- Simon, O.*: Bismarcks Kampf gegen eine Mediatisierung des Staates durch die Sozialpolitik. Diss. Köln 1935.
- Schmoller, G.*: Charakterbilder. Leipzig 1913.
- Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 5. Jhrg. Leipzig 1881.
- Schön, M.*: Die Geschichte der Berliner Bewegung. 1889.
- Schriften der deutschen Gesellschaft für Politik an der Universität Halle. Heft 2. Bonn 1922.
- Stillich, O.*: Die politischen Parteien in Deutschland. I. Die Konservativen. Leipzig 1908. II. Der Liberalismus. Leipzig 1911.
- Stock, E.*: Wirtschafts- und sozialpolitische Bestrebungen der deutschkonservativen Partei unter Bismarck. 1878—1890. Breslau 1928.
- Thieme, K.*: Bismarcks Sozialpolitik. Archiv f. Politik u. Geschichte, 9. Bd. 1927.
- Wenk, M.*: Die Geschichte und Ziele der deutschen Sozialpolitik. Leipzig 1908.
- Zeitlin, L.*: Fürst Bismarcks sozial-, wirtschafts- und steuerpolitische Anschauungen. Leipzig 1902.

